PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a – Auflage: 55 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland, Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, 26.11.1974 fertiggestellt.

28. November 1974 Jg. 2 Nr. 26 50 Pfennig

Monopole wollen, Sachverständige empfehlen, Regierung handelt danach:

Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, Prämien für Kapitalisten

Die fünf Sachverständigen der Bundesregierung haben die Vorstellungen des großen Kapitals so unverfroren geäußert, wie es bisher die Bundesregierung sich nicht leisten konnte:
Tarifabschlüsse nicht über 6 % und keine Maßnahmen zur Minderung der Arbeitslosigkeit. Die Bundesregierung hat daraufhin dem Sachverständigenrat weitgehend zugestimmt und will nun außerdem den Kapitalisten für jede Investition 7,5 % Prämie zahlen. Außerdem will Bundeskanzler Schmidt wenigstens drei Milliarden Staatsaufträge an die Kapitalisten vergeben.



Spontane Demonstrationen gegen die Willkürmaßnahmen in vielen Städten, auf unserem Bild : Heidelberg

Lohnabbau auf der einen und breit gestreute Subventionen für die Kapitalisten auf der anderen Seite. Wenn sie wollen, können die Kapitalisten die Prämien auch für Rationalisierungsinvestitionen einsetzen, die noch mehr Entlassungen zur Folge haben. Das hat mit Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nichts zu tun. Im Gegenteil, die Arbeitslosenkassen werden noch den Kapitalisten zur Plünderung freigestellt (siehe Artikel Seite 2).
Wenn überhaupt durch solche Programme die Arbeitslosigkeit nur um ein Prozent zurückgeht, dann nur auf der Grundlage drastischen Lohnabbaus. Zunächst aber wird die Arbeitslosigkeit weiter steigen und einen wachsenden Teil der Lohnabhängigen in die elendste Lage bringen. Der Kampf um die Anhebung des Arbeitslosengeldes und die Zahlung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit wird immer dringlicher.

Denn während die Regierung den Kapitalisten die Subventionen in den Hintern bläst, denkt sie nicht im Traum an eine Verbesserung der Arbeitslosenversicherung. Vielmehr rechnet sie kühl damit, genauso wie die Lumpen von Sachverständigenrat, daß im nächsten Jahr die Arbeitslosenrate kaum unter die jetzt erreichte Höhe sinkt, nachdem sie im Winter eine Million erreichen wird.
Diese Herren, ob sie in der Regierung, in der Opposition, in den Konzernvorständen oder im Sachverständigenrat sitzen, glauben jetzt mit den Lohnabhängigen Schlitten fahren zu können, solange die Arbeitslosigkeit ihre Lage bis ins Elend drückt.

"Mehr Verständnis für die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Unternehmergewinne zu schaffen," das sei die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik, sagen die Sachverständigen.
An die Adresse der Gewerkschaften gerichtet fordern die "Weisen": Sollte sich "zeitweise eine überproportionale Zunahme der Gewinn- und Kapitaleinkommen ergeben, so wäre dies zu begrüßen, da die Ertragschancen der Unternehmen verbessert werden müssen, soll die Investitionsneigung sich nachhaltig beleben und ein hoher Beschäftigungsgrad wieder sicher erscheinen."
"In den anstehenden Tarifverhandlungen werden nur künftige Preissteigerungen berücksichtigt . . ., keine Ansprüche wegen zurückliegender Preissteigerungen." Die kommenden Preissteigerungen geben die Sachverständigen natürlich sehr niedrig an mit fünf Prozent. Damit aber nicht genug, verlangen sie, daß Lohnsteigerungen aus dem Jahr 1974 "den Neuabschluß für 1975 mitbestimmen müssen." Diese Forderungen an die Gewerkschaften nennen die Sachverständigen schlicht: "unstrittige Forderungen". Das heißt, sie wollen sogar verwehren, daß man diese Forderungen als für die Gewerkschaft verbindliche **bestreiten** kann.

Man sieht also, die "fünf Weisen" kommen nicht aus dem Morgenland, sondern direkt aus den Beratungszimmern des Großkapitals. Es ist schon ein schlechter Witz, daß ausgerechnet diese Lackaffen den Heiligenschein der Neutralität umgehängt bekommen, um desto "unabhängiger" die Wünsche des Großkapitals als Ausgeburt der Wissenschaft vortragen zu dürfen. Dafür werden sie bezahlt und dafür setzen sie ihre ganze Eitelkeit ein. So hochgeschraubt wie möglich müssen sie ihre "wissenschaftlichen Gründe" vortragen, damit man möglichst nicht ihrem platten Unternehmerstandpunkt auf die Schliche kommt.
Lohnabbau und Gewinnsteigerung, das vertritt der Sachverständigenrat nur noch offener als die Regierung. Monopole und Regierung handeln danach.

IG Metall: Tarifkommissionen beschliessen

Für die Bezirke Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben die Großen Tarifkommissionen 11 % Lohnerhöhung gefordert, für Unterweser 12 %. Damit haben sich die Vorstellungen des Hauptvorstandes in den Tarifkommissionen durchgesetzt. Vorstellungen, die dicht an die ehemaligen Orientierungsdaten (8 bis 9 %) von Kapital und Regierung herankommen.

Die Bourgeoisie aber ist inzwischen von diesen Vorstellungen abgerückt und setzt ihre Angebote noch einmal tiefer an; laut Sachverständigenrat sollen die Lohnerhöhungen nicht über 6 % liegen.
Die IG-Metall-Führung hat sich auf das Spiel der Kapitalisten eingelassen; sie hat in der Gewerkschaft auf Forderungen hingearbeitet, die einen schnellen Kompromiß mit den Arbeitgeberverbänden möglich machen sollten. Die Auseinandersetzung, die **zur Zeit** zwischen den Kapitalistenverbänden, der Regierung und ihren Wissenschaftlern auf der einen Seite und der IG-Metall-Führung auf der anderen Seite läuft, ist ein Streit zwischen zwei Bürgerlichen, wie die derzeitige Krise am besten überwunden werden kann. Die Vorstellungen des Sachverständigenrats sind denkbar einfach: keine oder ganz geringe Lohnerhöhungen, dadurch Steigerung der Gewinne, also mehr Investitionen, und die Krise ist vorüber. Die Vorstellungen der Reformisten in der

Fortsetzung Seite 5

Kalkulierte Willkürmassnahmen

In der Nacht vom Montag auf Dienstag wurden in verschiedenen Städten der Bundesrepublik, vor allem in Westberlin, Hamburg, Frankfurt, Bremen und Heidelberg Hausdurchsuchungen durchgeführt durch große und mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizeitruppen. Ein Teil dieser Hausdurchsuchungen richtete sich gegen Anwaltskanzleien, gegen die Anwaltskanzlei Eschen–Ströbele in Westberlin und gegen die Anwaltskanzlei Degenhardt–Reinhardt in Hamburg. Diese Durchsuchungen waren verbunden mit etlichen Rechtsbrüchen durch die Polizeitruppen. So fehlten zum Beispiel in den meisten Fällen Hausdurchsuchungsbefehle. Sie wurden mit der üblichen Brutalität durchgeführt: mit vorgehaltener Maschinenpistole wurden zum Beispiel die Bewohner einer Wohnung in Bremen dazu gezwungen, sich auf den Boden zu legen. In einem Heidelberger Studentenwohnheim wurden gegen die Hausdurchsuchung protestierende Studenten zusammengeschlagen.

Wie sind diese Hausdurchsuchungs- und Verhaftungsaktionen einzuschätzen?

Bei den zahlreichen Hausdurchsuchungen, die stattfanden, wurden nach bisherigen Meldungen 14 Verhaftungen vorgenommen. Die verantwortlichen Politiker wie Innenminister Maihofer und der Vorsitzende der Länder-Innenministerkonferenz, Schwarz, lobten am Abend die Planmäßigkeit des Überfalls und seine große Materialausbeute. So sei zum Beispiel in Frankfurt ein ganzer Lastwagen voll Material zusammengekommen. Einen Lastwagen voll Material, man kann sich gut denken, mit was der gefüllt ist: mit Büchern, den Manuskripten von Examensarbeiten, den Ersatzbenzinkanistern und sonstigem Hausrat in verdächtigen "Behältern".

Tatsächlich scheint es sich nämlich bei den Hausdurchsuchungen und Verhaftungen zwar um einen geplanten, aber völlig willkürlichen Überfall zu handeln. Geplant war ein Angriff auf die Rechtsanwaltsbüros, um dort die Akten der Anwälte aufzustöbern. In Berlin im Anwaltsbüro Ströbele–Eschen wurden vor allem Anwaltsakten zu Prozessen gegen die RAF durchgesehen und zunächst beschlagnahmt – was rechtlich durch nichts gedeckt ist. Der Grund dafür sind Beweisschwierigkeiten der Bundesstaatsanwaltschaft für den geplanten Großprozeß in Stuttgart. Da will sich die Bundesanwaltschaft offensichtlich die Beweisstücke bei der Verteidigung holen!
Geplant war ein weiterer Streich in der Kampagne gegen die Anwälte der RAF. Gehofft wird offensichtlich auf Material gegen die Anwälte, um diese Kampagne zu rechtfertigen. Geplant ist auch die Willkür der Hausdurchsuchungen, um von diesem Kern des Überfalls der Bundesstaatsanwaltschaft abzulenken.

Geplant ist auch durch die **Willkür** der Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, folgende Behauptung in der Öffentlichkeit durchzusetzen: "Es handelt sich bei der RAF um eine einheitlich organisierte – wenn auch nach außen hin **nicht abgrenzbare** – Gruppe . . . Je nach Lage und Eignung übernehmen (die Mitglieder) unterschiedliche Rollen und Aufgaben: 'drinnen' (in der Haft) und 'draußen', 'legal' oder 'illegal'." Diese Behauptung stammt vom Bundeskriminalamt, und auf ihrer Grundlage kann praktisch jeder zum "RAF-Mitglied" erklärt werden, der sich gegen die Isolationshaft ausgesprochen hat, der den bürgerlichen Staatsapparat als Unterdrückungsapparat bezeichnet hat usw. Organisationen, die gegen die Isolationshaft auftreten, können jederzeit als Zweitorganisationen der RAF behandelt werden usw.
So wurden bei den Überfällen der Polizei bereits jetzt die Wohnungen von Leuten durchsucht, die einfach Erklärungen gegen die Isolationshaft unterschrieben hatten, wie der Bremer Professor Holger Heide. Vielleicht auch, weil er den gleichen Vornamen wie Holger Meins hat. Die These des Bundeskriminalamtes läßt hier viel Spielraum. Sie wurde bei den Polizeiüberfällen von Montag auf Dienstag bereits in die Tat umgesetzt.

Die Fernsehsendung "Baader-Meinhof – wie groß ist die Gefahr?" diente zur Rechtfertigung der willkürlichen Polizeiüberfälle

Es traf sich gut für die Verfolgungsbehörden, daß für den Dienstagabend bereits ein Fernsehauftritt von Innenminister Maihofer, Justizminister Vogel, Pfalz-Innenminister Schwarz und Baden-Württembergs Justizminister Bender geplant war. Diese Sendung, in der drei Journalisten die Stichwörter für die bürgerlichen Politiker lieferten, diente dazu, die Polizeiüberfälle vom Morgen als großartige Taten zu feiern und gleichzeitig die These des Bundeskriminalamtes weiter zu begründen. Einer der Journalisten stellte die verrückte Frage, ob nicht die RAF auch die verschiedenen "außergewerkschaftlichen Streiks, die Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen und die Demonstrationen gegen die Isolationshaft organisiert hätte". Was antwortete Innenminister Maihofer? Er antwortete: Da seien sicherlich Verbindungen da!

Also können in Zukunft auch Arbeiter, die einen sogenannten "wilden" Streik durchführen, als "illegaler" Zweig der RAF behandelt werden (nicht gewerkschaftsoffizielle Streiks gelten ja als illegal), können die Aktionen von Tausenden, die gegen die Fahrpreiserhöhungen protestieren, wie vor ein paar Monaten in Frankfurt, als Aktionen der RAF behandelt werden und kann in Zukunft jeder, der gegen die Isolationshaft vorgeht, als RAF-Mitglied selber in Isolationshaft kommen. So verrückt das klingt, so verrückt ist die Logik der bürgerlichen Politiker, und das ist kein Zufall!

Die Herren bürgerlichen Politiker wollen die Rechnung ohne den Wirt machen!

Die braven Männer in ihren Ministersesseln haben gemerkt, daß es sich heute nicht mehr so gut in Ministersesseln sitzt. Die Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft bringen den Klassenkampf hervor, und die volksfeindlichen Maßnahmen des bürgerlichen Staates bringen den Widerstand des Volkes hervor.
Die RAF hat mit diesen Kämpfen überhaupt nichts zu tun und hat sich, seit es sie gibt, um diese Kämpfe einen Dreck geschert. Die bürgerlichen

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt:

Fortsetzung von Seite 1:

Willkürmaßnahmen . . .

Politiker wollen mit der Verfolgung der RAF nun zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Einerseits wollen sie die RAF-Häftlinge fertigmachen in der Hoffnung, das würde niemand kümmern, und viele würden es sogar richtig finden. Andererseits will sie alle, die einen bestimmten Kampf gegen die Kapitalisten oder den bürgerlichen Staatsapparat führen, zu legalen oder illegalen RAF-Mitgliedern erklären, um sie dann ebenfalls fertig zu machen. Da müßten zum Beispiel nach der Vorstellung dieser Politiker die Bauplatzbesetzer von Marckolsheim sagen: Eigentlich sollten die RAF-Häftlinge aufgehängt werden! Gleichzeitig soll die Bauplatzbesetzung selber durch die bürgerlichen Politiker zur heimlichen RAF-Aktion erklärt werden, um sie dementsprechend bekämpfen zu können.

Eine solch blödsinnige Rechnung der bürgerlichen Politiker kann natürlich nicht aufgehen. Die Sache wird sich anders entwickeln. Die Massen werden die Kämpfe führen, die sie für unvermeidlich und notwendig halten, und an den Maßnahmen des Staates gegen sie werden sie lernen: "Wenn der bürgerliche Staatsapparat gegen die RAF mit Isolations- und Vernichtungshaft vorgeht, dann hat er mehr im Sinn als die Zerschlagung einer Gruppe von 'fanatischen Verbrechern', dann übt er offensichtlich, wie er uns drankriegt." Diese Überlegung ist vollständig richtig.

–J.S.–

Hella-Prozeß

Paderborn. Am Freitag, dem 15. November, wurden die drei spanischen Arbeiter F. Ruela-Salas, V. Ramos und J.Suares-Niguens, die an dem selbständigen Streik der HELLA-Arbeiter in Lippstadt und Paderborn am 18./19. Juli 1973 teilgenommen hatten, wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu 5 bis 6 Monaten Freiheitsstrafe auf 3 Jahre Bewährung und zu Geldstrafen von 500 bis 800 DM verurteilt.

Der Streik bei HELLA in Paderborn und Lippstadt im Juli 1973 war Teil einer großen Streikwelle.

Am 18. Juli hatten die ausländischen Kollegen sich vor dem Werkstor versammelt, ihre Forderungen gerufen und versucht, die deutschen Kollegen für den Streik zu gewinnen. Das Werksgelände war von starken Polizeitruppen aus ganz Ostwestfalen abgeriegelt und besetzt.

Nachdem Kollegen aus Lippstadt eingetroffen und stürmisch begrüßt worden waren und Transparente entrollt hatten, war der Polizeispitzel Hermes von der Politischen Polizei aus dem Werkstor gekommen und hatte die Kollegen provoziert und versucht, ihnen das Transparent wegzureißen, wobei er eine spanische Kollegin verletzte. Es kam zu einer Rangelei, weil sich die Kollegen dies nicht gefallen ließen.

Sofort stürzten Polizeitrupps aus dem Tor, prügelten wahllos in die Streikenden, und Greiftrupps nahmen



willkürlich drei Kollegen fest und schleiften sie ins Werk. Natürlich haben sich die Kollegen gegen die Polizeischläger zur Wehr gesetzt.

Fernando wurde herausgegriffen, weil er, laut Aussage des Polizeispitzels Marx, der auch ständig photographierte, die Menge "aufgewiegelt" habe, die anderen, weil sie angeblich die Polizei geschlagen hätten.

Nach dem Ende der Gerichtsverhandlung sprangen aus den Nebentüren plötzlich 15 bis 20 Polizisten und zerrten einen Zuschauer, Mitglied des KBW, ohne Angabe von Gründen fort. Auf der Wache wurde der Genosse nach 10 Minuten wieder frei gelassen. Es habe eine "Verwechselung" vorgelegen.

Die Ortsaufbaugruppe des KBW organisierte mit anderen Zuschauern des Prozesses sofort eine Kundgebung in der Stadt

Schon nach kurzer Zeit hatten sich Nach etwa einer Dreiviertelstunde über 100 Menschen versammelt, mit denen wir diskutierten.

kam die Polizei mit gleich drei Wagen angerückt. Sie rissen die Wandzeitung herunter und nahmen die Personalien eines Genossen auf. Dabei wurden sie von fast 300 Menschen umringt, die sich nun noch mehr empörten und das Recht auf freie Meinungsäußerung forderten. Verunsichert und nervös zog die Polizei wieder ab

Die Arbeitslosenversicherung steht vor der Pleite

Wohin sind Millionen-Beiträge geflossen?

wie er uns drankriegt." Diese Überlegung ist vollständig richtig.

–J.S.–

Sofort stürzten Polizeitrupps aus dem Tor, prügelten wahllos in die Streikenden, und Greiftrupps nahmen

Wohin sind Millionen-Beiträge geflossen?

Eine gefährliche Waffe der Kapitalistenklasse bei ihrem Angriff auf das Lebensniveau der Masse der Lohnabhängigen ist deren Spaltung in Beschäftige und Arbeitslose. Schon "wenige" Hunderttausend Arbeitslose vor den Fabriktoren drücken mächtig auf die Stärke der übrigen Lohnabhängigen im Kampf gegen die Ausbeuter. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß die Arbeitslosen auch während der Arbeitslosigkeit ein ausreichendes Einkommen haben. Es muß sie vor dem größten Elend bewahren und sie von dem Zwang befreien, ihren beschäftigten Kollegen um jeden Preis auf dem Arbeitsmarkt Konkurrenz zu machen. Deshalb fordert der KBW in seinem Programm: "Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit."

Zur Zeit beträgt der Arbeitslosengeldsatz höchstens 67 % und wird nicht länger als ein Jahr gewährt. Doch selbst diesen mickrigen Satz wird die Arbeitslosenversicherung aus eigenen Mitteln bald nicht mehr zahlen können – sie steht kurz vor dem finanziellen Ruin. Im kommenden Jahr wird die Bundesanstalt für Arbeit, die die Arbeitslosenversicherung verwaltet, beim Bund Steuermittel anfordern müssen, um zahlungsfähig zu bleiben. Im Geschäftsbericht 1973 stellt die Bundesanstalt fest, daß die gesamten Rücklagen, die allerdings zum größten Teil gar nicht verfügbar sind, im Rahmen des für 1974 geplanten Haushaltes "nur für die Zahlung von Arbeitslosengeld an ca. 544 000 Leistungsempfänger für ein Jahr ausreichen" würde.

Wie ist das möglich, wo doch den Lohnabhängigen in der Bundesrepublik seit mehr als 220 Jahren Beträge von den Löhnen und Gehältern vorenthalten werden, die angeblich einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zufließen und jährlich zusammengenommen in die Milliarden gehen. Allein 1973 nahm die Bundesanstalt an Beiträgen 5,8 Mrd. DM ein.

Die Antwort ist einfach: Die Arbeitslosenversicherung steht vor der Pleite, weil in Gestalt des bürgerlichen Staates der Bock zum Gärtner gemacht wurde. Die Kapialistenklasse hat vermittels ihres Staates die volle Kontrolle über die Bundesanstalt und die Arbeitsämter an sich gezogen. Gesetzlich ist diese Kontrolle durch das "Arbeitsförderungsgesetz" (AFG) gesichert, das die gesamten Geschäfte der Bundesanstalt regelt. Danach beruft der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnune das oberste "Selbstverwaltungs"- Gremium (§ 197 AFG), und genehmigt die Bundesregierung den Haushaltsplan der Bundesanstalt (§ 216 AFG).

Wie schon der Name Arbeitsförderungsgesetz sagt, hat die Verwaltung der Arbeitslosenversicherungs-Milliarden herzlich wenig mit dem Zweck zu tun, unter dessen Nennung die Gelder kassiert werden. Die Gewährung von Arbeitslosengeldern ist nur eine von acht Aufgaben, die das Gesetz der Bundesanstalt zuweist.

Worum es dem Staat hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung geht, sagt der § 1 AFG deutlich:

"Die Maßnahmen nach diesem Gesetz sind im Rahmen der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung darauf auszurichten, daß ein hoher Beschäftigungsstand erzielt und aufrechterhalten, die Berufsstruktur ständig verbessert und damit das Wachstum der Wirtschaft gefördert wird."

Das AFG ist in Wahrheit ein "Wirtschafts-" sprich "Kapitalistenförderungsgesetz". Es bietet die Grundlage zu einer unverschämten Ausplünderung der Arbeitslosenversicherung zum besten des vergeblichen "Krisenmanagements". Ein Blick in den Jahreshaushalt 1973 macht dies deutlich:

Die Gesamteinnahmen von 7,4 Mrd. DM wurden folgendermaßen verausgabt:

1,4 Mrd. DM für den riesigen Apparat der Bundesanstalts-Zentrale in Nürnberg und der Arbeitsämter, die mit ihren 39 600 Bediensteten allerhand Funktionen auszuüben haben, aber nur zum geringsten Teil für die wirklich Arbeitslosen eingeplant sind. Jeder, der sich auf dem Arbeitsamt um Arbeitslosengeld bemühen und oft 8 Wochen warten muß, bekommt dies zu spüren. Stattdessen gibt es zum Beispiel einen großen Wissenschaftlerstab, der mit nichts anderem befaßt ist, als das Chaos der kapitalistischen Wirtschaft "transparent" zu machen, Arbeitsmarktforschung zu betreiben und zu orakeln, wie es wohl weitergeht. (Meist irren sich die Herren dabei.)

2,2 Milliarden DM wurden als "Leistungen für Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik" gezahlt, zu deutsch für berufliche Aus-, Um- und Fortbildung sowie für berufliche Rehabilitation. Auf diese Weise werden den Kapitalisten und dem Staat Investitionen und Unterhaltungsgelder für die Ausbildung von Arbeitskräften erspart. Man sieht hieran auch, wie die sozialliberale Regierung ihre großen Reformrenner finanziert: die berufliche Fortbildung zum Beispiel durch einen tiefen Griff in die Kasse der Arbeitslosenversicherung.

"Zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen" wurden 1,5 Milliarden DM ausgezahlt, und zwar hauptsächlich an Baukapitalisten, damit sie nicht so viele Arbeiter den Winter über auf die Straße schmeißen oder kurzarbeiten lassen.

Und dann kommt ein Posten von 1,5 Milliarden DM, der tatsächlich aus "Leistungen an Arbeitslose" besteht. Wie sehr dieser Posten in die Höhe schnellt, wenn Massenarbeitslosigkeit herrscht, sieht man an den diesbezüglichen Ausgaben vom Januar bis Oktober 1974: Es wurden bereits 5,1 Milliarden DM ausbezahlt.

Für solche Zeiten ist es wichtig, daß die Arbeitslosenversicherung auf genügende Reserven zurückgreifen kann. Doch damit sieht es schlecht aus. Nach der Plünderung der Jahreseinnahmen bleibt nicht viel: 1973 waren es gerade 600 Millionen DM (weniger als 10 %). Oft schon wurden sogar ohne große Arbeitslosigkeit die Reserven angegriffen. Heuer werden die Rücklagen nach viel zu optimistischen Vorausberechnungen um 2,1 Milliarden DM bis auf 3,3 Milliarden DM geschröpft, von denen aber 2,5 Milliarden DM so angelegt sind, daß sie 1975 nicht flüssig gemacht werden können.

Wo also blieben die wenn auch spärlichen Überschüsse der vergangenen Jahre? Sie verschwanden in den Taschen der Kapitalisten oder wurden vom Staat wie Steuereinnahmen behandelt. 7,3 Milliarden DM, die immerhin die jährliche Ausplünderung überdauert hatten, wurden folgendermaßen "an den Mann gebracht":

Sozialer Wohnungsbau 1,8 Milliarden DM;

Wirtschafts-"Kredite", die meist in Zuschüsse verwandelt wurden, 1,9 Milliarden DM;

für Bundesbahn, Bundespost und Bundesautobahnen 1,1 Milliarden DM;

"Umstrukturierungshilfen" für Steinkohlebergbaugebiete, das heißt Zechenstillegungen, die jetzt wieder rückgängig gemacht werden, 371 Millionen DM;

Anlagen der Energie- und Wasserwirtschaft und Kredite für sonstige kommunale Zwecke 450 Millionen DM;

Ausländerunterkünfte und Kindertagesstätten 465 Millionen DM;

Eventualhaushalt der Bundesregierung für konjunkturpolitische Maßnahmen 600 Millionen DM.

Diese Verschleuderung der Arbeitslosenversicherungs-Gelder versuchen die bürgerlichen Politiker einschließlich der Vertreter der Gewerkschaftsführung in den Verwaltungsorganen der Bundesanstalt damit zu rechtfertigen, daß sie vorgeben, durch "Strukturmaßnahmen" Arbeitslosigkeit verhindern zu können. Doch eine Sicherheit der Arbeitsplätze kann es im Kapitalismus nicht geben. Dafür sind gerade die nicht zuletzt aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung immer wieder beschenkten Bau- und Textilindustrien besonders in den wirtschaftsschwachen Gebieten ein Beweis, die als erste in der gegenwärtigen Krise Lohnabhängige auf die Straße warfen.

Sicherheit der Arbeitsplätze kann es nur geben, wenn die Arbeiterklasse nach ihrer politischen Machteroberung eine sozialistische Wirtschaft aufbaut.

Um dieses Ziel im einheitlichen Kampf erreichen zu können, braucht sie eine Arbeitslosenversicherung, die im Notfall nicht sofort pleite ist, sondern einen wirksamen Schutz gegen die Aufspaltung des Proletariats bietet. Dazu müssen die Lohnabhängigen die Arbeitslosenversicherungs-Kasse dem bürgerlichen Staat entreißen und ihrer Selbstverwaltung unterstellen.

Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen!

–TT, GUV Heidelberg Sektion Sozialpolitik–

Bochumer Genossen demonstrieren gegen Arbeitslosigkeit

Dem Bock glaubt keiner, daß er Gärtner werden will

"Großkundgebung" der NPD zur Arbeitslosigkeit verhindert

Für Samstag, den 23. November, hatte die NPD auf dem Husemannplatz in Bochum zu einer "Groß"kundgebung aufgerufen, mit der sie offensichtlich ihren Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen eröffnen wollte. Thema: Arbeitslosigkeit.

Um der Demagogie der NPD entgegenzutreten, hatte die Ortsleitung der Bochumer Sympathisantengruppe des KBW beschlossen, zur gleichen Zeit am selben Ort Informationen über die Arbeitslosigkeit durch Lautsprecheransagen und ein Flugblatt zu verbreiten. Darin haben wir darauf hingewiesen, daß die NPD keineswegs die Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit beseitigen will – die Profitwirtschaft des Kapitalismus – sondern sich der Frage der Arbeitslosigkeit nur zuwendet, weil sie selber an die Futtertröge der Regierung will.

Um 10.30 Uhr dann sollte eigentlich die Kundgebung der NPD beginnen. Es geschah aber nicht mehr, als daß sich etwa 30 Faschisten in einer verlorenen Ecke des Platzes sammelten. Dort standen sie eine Zeitland ratlos und mußten zusehen, wie wir – umringt von großen Menschentrauben – die Forderungen "Mindestens 80 % vom Lohn bei Arbeitslosigkeit, Bezahlung durch die Kapitalisten!" und "Arbeitsämter in die Selbstverwaltung der Lohnabhängigen!" erläuterten. Immer wieder mußten wir Stellung nehmen zu den Fragen der Diskussionsteilnehmer. Dabei entlarvte sich auch die ganze Hilflosigkeit der Faschisten. Mehr, als daß man sie bei der nächsten Gelegenheit wählen müsse, hatten sie nicht vorzuschlagen – wenn sie sich überhaupt in die Debatte trauten.

Bei ihrer Hilflosigkeit ertappt, ließen sie dann gleich ihre Maske fallen: Uns wollten sie als Verbrecher hinstellen, wie auch die hungerstreikenden Gefangenen welche seien. Als wir den Umstehenden zeigten, daß man mit solchen Argumenten sehr schnell dabei landet, auch streikende Arbeiter als Kriminelle zu verteufeln, bezog der Faschist beinah Prügel von einem älteren Kollegen: "Ich soll ein Verbrecher sein?! Ich hab selber lange Jahre im Gefängnis gesessen, weil ich beim Streik mitgemacht hab!"

Dieser Kollege ist auch sehr in Wut geraten darüber, daß während der ganzen Zeit unserer Agitation ungefähr dreißig Polizisten in Reih' und Glied am Rande des Platzes, aber für jeden sichtbar, standen und darüber wachten, daß der Meinungskampf unter der Bevölkerung nicht zu heftig werde. Als sie das Megaphon eines Genossen, der sich gerade an die Diskussionsteilnehmer gewandt hatte, beschlagnahmten, sagte er: "Ich hab genau zugehört, was gesagt wurde. Er hat nur über Arbeitslosigkeit gesprochen, und trotzdem haben sie ihm das Megaphon weggenommen. Das haben sie früher auch so gemacht."

An diesem Samstag sind zwei Dinge klar geworden:

1. Die Faschisten wollen die Krise nutzen, um auf der Woge der Empörung über die herrschenden Zustände ins Parlament gespült zu werden.
2. Mit den Arbeiterschutzforderungen, die der KBW in seinem Programm aufgestellt hat, und der Enthüllung der Ursachen der Arbeitslosigkeit sind wir bestens gerüstet, um diese Pläne der Faschisten zu durchkreuzen und ihnen jeglichen öffentlichen Einfluß zu nehmen.

Denn schließlich mußte die NPD den Kundgebungsplatz verlassen und irgendwo anders hingehen, um wenigstens noch vor ihren eigenen zwanzig Mann ihre "Kundgebung" abzuhalten.

hd., KBW-Sympathisantengruppe Bochum

Westberlin: Die Arbeiter liessen sich nicht gegen die eigenen Interessen mobilisieren

In Westberlin wollten die Bourgeoisie und ihre Parteien und Verbände am vergangenen Donnerstag, dem 21.11.74 beweisen, daß sie die Massen hinter sich haben und gegen die Linksradikalen auf der Straße führen können. Die Erschießung des Richters von Drenkmann wollten sie nutzen, um eine Massenkundgebung "gegen Gewalt und Terror" durchzuführen. Darauf hatten sich alle staatstragenden Parteien von der CDU, der FDP bis zur SPD geeinigt. Weiter haben dazu aufgerufen: Der westberliner Senat und das Abgeordnetenhaus. Die Industrie- und Handelskammer hatte aufgerufen und die Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeber-Verbände, die Handwerkskammer und die Einzelhändler, der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Richterbund. Und mit ihnen ins gleiche Horn geblasen hatten die Führungen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Westberlin.

Als Redner waren angekündigt und sind auch gekommen: der Bundespräsident Scheel, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Benda und der Regierende Bürgermeister von Westberlin Schütz. Anwesend waren weiter: die Bundestagspräsidentin Renger, die drei westalliierten Stadtkommandanten. In ganzseitigen Titelblättern hatte insbesondere die Berliner Springer-Presse die Bevölkerung dazu aufgerufen zu dieser Kundgebung "gegen Gewalt und Terror" zu kommen. Aber obwohl sie alle gerufen haben, blieb die Heerschau der bürgerlichen Klasse in Westberlin weitgehend ohne Truppen. Die bürgerliche Presse hatte sich am nächsten Tag darauf geeinigt, daß 20 000 auf dem Platz vor dem Schöneburger Rathaus gewesen seien. In Wirklichkeit waren es wohl nur 15 000 auf diesem Platz, wo es dem Senat früher häufig gelungen war, hunderttausende zu seinen "Freiheitskundgebungen" zusammenzutrommeln.

Und aus der "Freiheitskundgebung gegen Gewalt und Terror", aus der zwischenzeitlich schon eine "Trauerkundgebung gegen Gewalt und Terror" geworden war, wurde am Tag darauf in der Presse eine "Trauerfeier" anläßlich der Beerdigung des Richters von Drenkmann. Für eine Beerdigung, so hatte man wohl überlegt, sind 15 000 oder 20 000 Zuschauer immerhin noch ganz gut. Für eine mit soviel Aufwand angekündigte politische Kundgebung war die Zahl eine komplette Pleite.

Die CDU hatte aufgerufen, in einem
Die CDU hatte aufgerufen, in einem
Demonstrationszug zum Kundgebungsplatz zu marschieren. Zu ihrem Zug erschienen 1 500 Aktive. Und der DGB hatte gleich zu zwei Demonstrationen aufgerufen, zu denen auch die Westberliner SPD mobilisierte. Auf beiden DGB-Demonstrationen zusammen marschierten etwa 1 000 Gewerkschafter und SPDler, der Kern des rechten Funktionärskaders. Vorneweg wurde die Parteifahne der SPD getragen. Und dann kam nicht mehr viel: Die Masse der Arbeiter lehnte es ab, gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband zu einer politischen Kundgebung der bürgerlichen Klasse für die Verteidigung der bestehenden Verhältnisse zu demonstrieren. Auch der Versuch, die Arbeiter durch vorzeitigen Arbeitsschluß zu gewinnen, schlug fehl. Bei der Maschinenfabrik Fritz Werner z. B. war davon die Rede, daß man dafür plötzlich frei bekäme, während die Kapitalisten sich bei der Fußballweltmeisterschaft so angestellt hätten.

Gekommen waren zur Kundgebung schließlich: Bourgeoisie selber, kleine Geschäftsleute, Beamte und höhere Angestellte, wenig Arbeiter. Unter den Teilnehmern waren viele ältere Leute und Rentner.

Aber es waren nicht nur wenige, die von der bürgerlichen Klasse und ihren Politikern mobilisiert werden konnten. Diejenigen, die auf den Platz kamen, hatten die bürgerlichen Politiker keinesweg alle fest hinter sich. Als 1968 in Westberlin von der Bourgeoisie das letzte Mal in dieser Weise gegen "Gewalt und Terror" mit deutlicher Stoßrichtung gegen die "Linksradikalen" mobil gemacht worden war, waren wesentlich mehr Menschen dorthin gekommen. Und obwohl der bürgerlichen Klasse damals keine Leiche zur Verfügung stand, mit der sie Politik machen konnte, gelang es ihren Politikern damals, eine blinde Wut gegen die linken Studenten zu entfachen, die sich darin Luft machte, daß Leute mit längeren Haaren gejagt und böse verprügelt worden sind.

Inzwischen hat sich die Lage geändert. Die Bauarbeiter, die damals das Transparent mit sich trugen: "Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen!" leben heute in ständiger Furcht vor der Arbeitslosigkeit, die viele von ihnen schon getroffen hat. Und die kommunistischen und sonstigen revolutionären Organisationen sind heute keineswegs mehr auf die Hochschule beschränkt in ihrer Tätigkeit, sondern wirken unter der Arbeiterklasse und im Volk. Die arbeitenden Massen können sich viel genauer über sie ein Urteil bilden.

Ausgehend von der Einschätzung dieser veränderten Lage hat die Ortsgruppe Westberlin des Kommunistischen Bundes Westdeutschland beschlossen, mit dem gesamten Verband einschließlich der Massenorganisationen auf den Kundgebungsplatz zu gehen und dort unter den Massen verstreut Flugblätter zu verteilen. Auch dort, wo die Bourgeoisie zu einem für sie günstigen Anlaß die Massen auf die Straßen zu bringen versuchte, sollte ihr entgegengetreten und ihr das Feld nicht überlassen werden. Neben dem Kollektiv des Georg-von-Rauch-Hauses, das eine eigene Erklärung gegen die Kundgebung auf dem Platz verteilte, war die Ortsgruppe Westberlin des KBW die einzige Organisation auf der Linken, die diesem von der Bourgeoisie geplanten Aufmarsch der Reaktion direkt entgegentrat. Die Jungsozialisten riefen auf, an der Trauerfeier teilzunehmen. Die in Westberlin starke spontaneistische Strömung blieb sprachlos und räsonnierte auf Veranstaltungen wortreich über die Rechtsentwicklung in Westdeutschland. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) verhielt sich ebenfalls zunächst ruhig und rief dann zum Boykott der Veranstaltung auf. Ihr Studentenverband KSV erklärte, warum sie zum Boykott aufriefen und der Kundgebung fernbleiben wollten: "Wir werden ihm (dem SPD-Senat) aber nicht den Gefallen tun, durch unsere Anwesenheit auf der Kundgebung es ihm zu ermöglichen, eine Pogromhetze zu entfalten und den Bürger zur Selbsthilfe aufzufordern." (Flugblatt mit der Überschrift: "Jetzt den weiteren Kampf organisieren!")

Auch alle übrigen Organisationen, die sonst nicht müde werden, die Parole zu zitieren "Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!", blieben weg, in der Erwartung, auf der Kundgebung möglicherweise zu viele Faschisten zu treffen und geschlagen zu werden.

Diese Furcht vor den Massen und vor den Fähigkeiten der bürgerlichen Politiker, sie für ihre trüben Zwecke in Bewegung zu setzen, erwies sich als unbegründet.

Unsere Genossen konnten sich auf dem Kundgebungsplatz gut bewegen und ihre Flugblätter verteilen. Die bürgerlichen Politiker beherrschten die Tribüne und die Lautsprecher. Wir traten ihren Auffassungen, für die sie die Menschen zu gewinnen versuchten, mit dem Flugblatt und in Diskussionen unter den Teilnehmern entgegen. Bei der Zahl der Verteiler dürften wir jeden der Kundgebungsteilnehmer erreicht haben. Und die Anwesenheit der Kommunisten wurde auch von denen registriert, die das Flugblatt zurückwiesen, weil sich unsere Genossen völlig offen bewegten. Nur wenige organisierte Reaktionäre und Faschisten machten den Versuch, uns die Flugblätter zu entreißen und Rempeleien zu beginnen. Sie fanden dabei keine Unterstützung und zogen nach der Kundgebung mit einem 300 Mann starken Trupp ab. Angeschlossen hat sich ihrer Demonstration gegen den "Roten Dreck" niemand weiter. Jungfaschisten, Junge Union und Berliner Schüler-Union blieben dabei unter sich.

Dafür kam es vor und nach den Kundgebungsreden zu erregten Debatten zwischen Kundgebungsbesuchern und unseren Genossen, bei denen sich größere Menschentrauben bildeten. Selbst die Polizei wurde höflich, sobald sie es mit solchen Diskussionsrunden zu tun hatte. Obwohl reaktionäre Auffassungen vorherrschten und häufig sehr wütend vertreten wurden, konnte man ihnen entgegentreten, wenn man auf die tatsächlichen Verhältnisse vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus einging.

Das war eine wichtige Erfahrung. Sie hat bestätigt, daß die Klassenkampfverhältnisse sich seit 1968 stark verändert haben und die Möglichkeiten der Kommunisten, der Bourgeoisie entgegenzutreten und die Massen zu gewinnen, sich verbessert haben. Sie hat bewiesen, was unsere Genossen auch am nächsten Tag im Betrieb ihren Kollegen berichtet haben, die dieses Mal noch nicht riskiert hatten, mitzukommen und gegen die Bourgeoisie aufzutreten: "Es sind – Tatsache – nicht viele, die die auf die Beine bringen! Und die haben sie noch nicht mal sicher, sondern darunter sind viele, die sich mit uns streiten wollen!" Diese Erfahrung zu machen, war gut für unsere Genossen selber. Sie war zugleich von Bedeutung für die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse insgesamt. Sie hat aktuell bestätigt, daß die Bourgeoisie besiegt werden kann, und daß es ihr nicht mehr gelingt, die Revolutionäre von den Massen zu isolieren. Sie hat bewiesen, daß man der bürgerlichen Klasse und ihren Anschauungen überall unter den Massen entgegentreten kann.

–W.M.–

Können die Arbeiter und Angestellten gemeinsame Interessen mit der Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände haben?

NEIN ! Aufgerufen sind sie heute zur TRAUER-kundgebung. Beweisen sollen sie, daß es ihnen um die Verteidigung des Rechts geht und daß sie gegen GEWALT und TERROR eintreten.

Das RECHT können die Arbeiter aber nicht gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband verteidigen. Sie müssen gegen den Arbeitgeberverband ihre Rechte durchsetzen. Jeder Arbeiter und jeder Angestellte weiß, wie wichtig für ihn und seinesgleichen das Streikrecht ist. Der Arbeitgeberverband weiß das auch und deshalb versucht er ständig, dieses Recht einzuschränken. Wenn der Arbeitgeberverband von Verteidigung des Rechts spricht, dann meint er vor allem das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln. Dieses Recht sichert ihm die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten und erlaubt es den Kapitalisten, von fremder Hände Arbeit glänzend zu leben. An der Verteidigung dieses Rechts haben die Arbeiter kein Interesse.

Die Arbeiter können auch nicht gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband gegen GEWALT und TERROR kämpfen. Die Arbeiter und Angestellten werden in Schrecken gehalten durch drohende Arbeitslosigkeit. Niedrige Löhne und steigende Preise bedeuten für die Arbeiter und Angestellten ständige Furcht, die Raten nicht mehr bezahlen zu können, das Geld für die Miete nicht mehr zusammenzukriegen. In der Fabrik oder im Büro befinden sie sich unter der Gewalt der Kapitalisten. Durch ständig steigendes Arbeitstempo wird vielen die Gesundheit ruiniert. – Die arbeitende Bevölkerung wird nicht terrorisiert durch kleine Gruppen, die mit untauglichen Mitteln gegen die Ausbeuterordnung vorgehen wollen. Der tägliche Schrecken für die Arbeiter und Angestellten, das ist die Ausbeuterordnung selber. Dagegen aber können die Arbeiter und Angestellten nicht gemeinsam mit den Kapitalisten kämpfen. Denn die genießen alle Vorteile dieser Gesellschaft und verteidigen sie.

Ausbeutung und Unterdrückung, Unsicherheit der Existenz, diese großen Übel für die arbeitende Klasse, können die Arbeiter und Angestellten nur im Kampf gegen die Kapitalisten beseitigen und gegen den Staat, der die Kapitalisten schützt.

Selbst über den Tod eines Menschen können die Arbeiter und Angestellten nicht gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband trauern. Die Arbeiter und Angestellten Westberlins haben auf der heutigen Kundgebung zur TRAUER keinen Anlaß. Der Richter von Drenkmann ist nicht für ihre Sache gestorben. Er war hoher Richter in einem Staat, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln schützt und damit den Kapitalisten die Möglichkeit zur Ausbeutung der Arbeiter sichert. Seine Erschießung war eine sinnlose Aktion. Und sinnlose Aktionen schaden der Befreiung der Arbeiter von Ausbeutung und Unterdrückung. Deshalb besteht aber für die Arbeiter und Angestellten in Westberlin kein Anlaß, die Trauer der Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeber-Verbände um den Richter von Drenkmann zu teilen. Es ist das nur Grund für sie, den Kampf gegen die Kapitalisten und den Staat, der ihnen die Ausbeutung der Arbeiter sichert, entschlossen anzupacken. Je entschiedener die Arbeiter die Kapitalisten und den kapitalistischen Staat bekämpfen, um so weniger wird es zu einzelnen Aktionen von Einzelgängern kommen. Die Arbeiter und Angestellten müssen den Kapitalisten das Recht nehmen, sie auszubeuten. Wenn sie das tun, können sie sicher sein, daß die Kapitalisten über Gewalt und Terror schreien werden. Schon heute bezeichnen sie Streiks als Gewaltaktionen und Streikposten als Terroristen. Und wenn die Arbeiter gesiegt haben und den Kapitalisten die Fabriken, Maschinen und Gebäude, den Grund und Boden weggenommen und sich zu Herren machen, dann wird die Trauer der Kapitalisten grenzenlos sein. Für die Arbeiter aber wird das ein Tag der Freude werden.

ZWISCHEN AUSBEUTERN UND AUSGEBEUTETEN GIBT ES KEINE GEMEINSAMKEIT!

KOMMUNISTISCHER BUND WESTDEUTSCHLAND

Ortsgruppe Westberlin Leberstr. 6 Tel. 7826237 21.11.74 Auflage 100 000

Antwort auf einige Fragen

Betrifft: KVZ Nr. 24, Artikel: "Die Isolations- und Vernichtungshaft muß weg!"

Liebe Genossen!

In diesem Artikel habt Ihr richtig herausgearbeitet, daß Holger Meins kein hilfloses Opfer der bürgerlichen Justiz geworden ist. Falsch ist jedoch, daraus zu folgern: "Deshalb ist es auch nicht richtig, von Mord zu reden."

Ohne die grausame Isolationshaft, die früher oder später zur Zerstörung seiner Persönlichkeit geführt hätte, würde Holger Meins wohl kaum das Mittel "Hungerstreik" angewandt haben. Er kalkulierte dabei sein physisches Zugrundegehen ein, aber nur deshalb, weil er psychisch zugrundegerichtet werden sollte, und zwar durch den Vollstreckungsapparat der bürgerlichen Justiz. Somit setzte also die bürgerliche Justiz die Ursache für sein Handeln. . .

Richtig wäre es . . . gewesen, wenn Ihr geschrieben hättet, daß es sich um keinen "gewöhnlichen" Mord gehandelt hat. Dadurch hätte einerseits die Bedeutung und das Gewicht des Todes von Holger Meins ebenso klar verdeutlicht werden können, und gleichzeitig wäre die Planmäßigkeit der bürgerlichen Justiz in ihrem Streben nach der psychischen und physischen Vernichtung dieses politischen Gefangenen nicht verloren gegangen.

K.-H., Westberlin

Lieber Genosse!

Es kommt nicht darauf an, eine Auseinandersetzung über Tatbestände im juristischen Sinn zu führen und Begriffsklaubereien zu machen. Es kommt darauf an, eine richtige politische Linie festzulegen, auf der wir die Massen davon überzeugen können, daß die Isolations- und Vernichtungshaft weg muß, weil sie gegen die Interessen der Massen gerichtet ist. Daß deshalb der Kampf gegen die Isolationshaft und durch den Einsatz der Massen zum Erfolg gebracht werden muß. Jeder Arbeiter, der heute beginnt, für seine Interessen den Kampf aufzunehmen, jeder, der beginnt, sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse zu wehren, muß wissen, daß die Bourgeoisie die Gefängnisse für ihn bereithält, genauso wie ihre Polizei, ihren Bundesgrenzschutz, ihre mobilen Einsatzkommandos und die Bundeswehr, genauso wie ihre Staatsanwälte und Richter. Jeder muß wissen, daß an den RAF-Häftlingen wie auch an allen anderen Häftlingen, die den Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat führen, Methoden erprobt werden, die dazu taugen sollen, den Kampf der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Dies klarzumachen, ist unsere Aufgabe: die positiven Ziele des Hungerstreiks aufzugreifen und eine breite Unterstützung für die Aufhebung der Isolationshaft zu organisieren. Da die RAF sich durch ihre falsche Politik selber unter den Massen isoliert hat, ist diese Aufgabe schwierig. Um so
ist diese Aufgabe schwierig. Um so
notwendiger ist es, daß wir die Auseinandersetzung um die öffentliche Meinung auf der richtigen Linie führen, damit wir die Kräfteverhältnisse zugunsten der Kräfte der Revolution verändern können.

Selbstverständlich hat der bürgerliche Staatsapparat und die bürgerliche Justiz den Tod von Holger Meins auf dem Gewissen. Holger Meins hat den Hungerstreik geführt gegen die Isolationshaft und Vernichtungshaft, und der bürgerliche Staatsapparat hat lieber diese Haftbedingungen aufrechterhalten als der Forderung des Hungerstreiks nachzugeben. Auch jetzt nach dem Tod von Holger Meins will der bürgerliche Staatsapparat und die bürgerliche Justiz die Isolationshaft auf jeden Fall aufrechterhalten und will die RAF-Häftlinge sogar noch weiter isolieren: Er will ihre Verteidiger aus den Verfahren ausschließen, um jede Verbindung zur Außenwelt auszuschließen. Wenn die Haftbedingungen nicht mehr an die Öffentlichkeit dringen und auch nicht der Kampf dagegen, dann können sie weiter verschärft werden. Dies ist zweifellos die Absicht der bürgerlichen Justiz.

Die RAF ist angetreten zur Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates, wie alle Revolutionäre, und der bürgerliche Staatsapparat ist angetreten zur Vernichtung der RAF, wie aller Revolutionäre. Hier handelt es sich um einen Kampf, den jede der beiden Seiten bewußt führt und in dem jede der beiden Seiten weiß, daß es keine friedliche Koexistenz gibt. Holger Meins hat diesen Kampf im Gefängnis fortgesetzt. Hätte er sich als Spitzel anwerben lassen, wäre er aussagebereit gewesen, um seine Mithäftlinge vor Gericht zu belasten, dann hätte der bürgerliche Staat auch sein Verhalten gegenüber ihm geändert. Dazu war Holger Meins nicht bereit.

Dem bürgerlichen Staat geht es nicht um die Vernichtung von Menschen, nicht um Mord, sondern um die Vernichtung der Revolutionäre, die gegen ihn aufstehen. In dem Kampf zwischen dem bürgerlichen Staatsapparat und den Revolutionären geht es um Sieg oder Niederlage für beide Seiten in einem Kampf auf Leben und Tod. Die Revolution wird siegen, wenn die Revolutionäre die Arbeiterklasse von der Notwendigkeit der Revolution überzeugen, wenn sie vom Klassengegensatz ausgehen und von den Interessen der Arbeiterklasse, wenn sie sich mit der Arbeiterklasse fest verbinden und die Arbeiterklasse sich in den täglichen Kämpfen von der Richtigkeit der Auffassungen der Revolutionäre überzeugt und sich diese Auffassungen aneignet. Dies ist möglich, denn die Arbeiterklasse ist aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft und in der gesellschaftlichen Produktion die revolutionäre Klasse, und nur die Arbeiterklasse kann die Kapitalistenklasse schlagen, und nicht kleine Gruppen von Revolutionären, selbst wenn sie noch so entschlossen sind. Dies jedenfalls ist die Auffassung der Kommunisten.

Die RAF hat das nicht begriffen, denn sie hat niemals versucht, sich auf die Arbeiterklasse zu stützen, ist nicht vom Klassenkampf ausgegangen, sondern von ihrer Empörung über den bürgerlichen Staat.

Wenn wir als Kommunisten, die uns darin grundsätzlich von der RAF unterscheiden, nun die gerechten Ziele des Hungerstreiks der RAF unterstützen wollen, dann können wir das nur, wenn wir uns an die Massen wenden und sie von der Gerechtigkeit dieser Ziele des Hungerstreiks überzeugen. In erster Linie ist jeder Kampf gegen die Bourgeoisie ein Kampf um die Meinung der Massen, denn nur wenn er sich auf die Massen stützt, kann er erfolgreich durchgeführt werden. Wie aber sollen wir die Massen gewinnen, wenn wir die Sache nicht so darstellen, wie sie ist: daß nämlich der Hungerstreik der RAF-Häftlinge ein Kampf auf Leben und Tod mit dem bürgerlichen Staatsapparat ist. Hat es in einem solchen Kampf, der von beiden Seiten bewußt geführt wird, über-
den Seiten bewußt geführt wird, über-
haupt Sinn, nach Mördern und Gemordeten zu unterscheiden anstatt nach gerecht und ungerecht? Nicht weil einer getötet oder ermordet worden ist für eine Sache, findet diese Sache Unterstützung, sondern weil die Sache gerecht ist, für die er kämpft und sich einsetzt. Man kann den Kampf gegen den bürgerlichen Staat niemals erfolgreich führen, wenn man auf der einen Seite diesen Kampf zwar aufnimmt, sich auf der anderen Seite jedoch über die Schläge des Gegners beklagt, als hätten sie Unbeteiligte getroffen. Wenn wir so an die Sache herangehen, hat die Bourgeoisie leichtes Spiel. Sie bezeichnet den Tod von Holger Meins als Selbstmord und spekuliert dabei auf den Augenschein, daß Holger Meins unmittelbar an den Folgen des Hungerstreiks gestorben ist. Dem kann man nicht entgegentreten und sagen: Nein, es war kein Selbstmord, sondern Mord. Mit einer solchen Agitation kann man vielleicht einige Professoren gewinnen oder Theologen, aber niemals die Massen, um deren Meinung es jedoch geht. Die Meinung der Massen kann man nur gewinnen, wenn man ihnen aufzeigt, daß ein bestimmtes Ziel, für das wir kämpfen, gerecht ist und den Interessen der Massen entspricht und daß wir keine Opfer scheuen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wir streiten uns mit niemand, der den Tod von Holger Meins als Mord versteht. Wir meinen aber, auf dieser Linie werden die Massen nicht für den Kampf gegen die Isolationshaft gewonnen werden. Darauf kommt es für uns jedoch an.

J.S.

80 Häftlinge im Hungerstreik

80 Häftlinge der Vollzugsanstalt Stuttgart Stammheim haben am Montag, dem 18.11.1974 einen unbefristeten Hungerstreik begonnen, mit dem sie ihrer Solidarität mit den RAF-Häftlingen Ausdruck geben und zugleich verschiedene weitere Forderungen zur Verbesserung der Rechte der Gefangenen durchsetzen wollen. In ihrer der Presse übergebenen Proklamation fordern sie unter anderem Gesetzesänderungen, "wodurch Vorkommnissen wie zum Beispiel in Mannheim, aber auch in Wittlich (Tod von Holger Meins) . . . entgegengetreten werden kann", bessere ärztliche Betreuung, bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung, Informations- und Meinungsfreiheit und Rechte zur Wahrnehmung ihrer Interessen durch den Gefangenenbeirat.

Seit vier Wochen Streik bei Steinway

Hamburg. Der Streik der Klavierfabrik Steinway wird von den 300 Kollegen schon in der 4. Woche durchgehalten.

Dieser Streik findet viel Bewunderung und Sympathie unter den Lohnabhängigen in Hamburg. Bis jetzt lehnt die Betriebsleitung jede Stellungnahme zu der Forderung nach 13 % Lohnerhöhung ab und weichen nicht von ihrem 8,4 %-Angebot ab.
Der Streik bei Steinway ist gegenwärtig der einzige Streik, der um höheren Lohn geführt wird. Er gehört zu den längsten Kämpfen, die die Arbeiterklasse um höheren Lohn geführt hat. Unter den Kollegen wird gegenwärtig überlegt, wie man die Kapitalisten zwingen kann, auf die Forderungen einzugehen. Gut wird es sein, den Streik mit entschiedener Schärfe auch in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die bürgerliche Presse hat bis auf wenige Ausnahmen vom Streik bisher kaum Notiz genommen. Offensichtlich hat die Presse Angst, die Arbeiter in den anderen Betrieben und die Bevölkerung über diesen Streik zu informieren. Sicherlich befürchten die Kapitalisten, daß das Beispiel Schule macht.

Anders die Arbeiter. Sie haben ein Interesse, daß die Bevölkerung von dem gerechten Streik etwas erfährt. Solidaritätsadressen aus der Fensterfabrik Aldra (Meldorf), aus Nordrhein-Westfalen, aus Niedersachsen, vom Vertrauensleutekörper Conz, von Kollegen aus der GEW, selbst Erklärungen von Kollegen aus der Schweiz und Unterstützungen von gewerkschaftlichen Jugendgremien zeigen, mit welchem Interesse diese Kollegen diesen Streik verfolgen.

–R., Hamburg–

50 Pfennig mehr Lohn in der Schuhindustrie

Darauf einigten sich jetzt die Gewerkschaft Leder und die Kapitalisten in der Schuhindustrie. Wie schon die Forderung der Gewerkschaft (75 Pfennig mehr), so wird auch der Abschluß bei den Schuharbeitern auf wenig Gegenliebe stoßen. Sie gucken sich die Löhne von unten an: Der Abstand zu den übrigen Industriearbeiterlöhnen wird immer größer. Nach dieser Lohnerhöhung (ab 1.11.) kriegen sie 5,40 DM in der niedrigsten und 6,21 DM in der höchsten Lohngruppe.
Das ist das Ergebnis einer jahrelangen Gewerkschaftspolitik, deren Vertreter (besonders der Tarif-"experte" van Haaren) ständig die "schwierige wirtschaftliche Situation in der Schuhindustrie" bejammern. Die Arbeiter müssen sehen, daß sie im Akkord 130 bis 160 Prozent über der sogenannten "Normalleistung" liegen, damit sie überhaupt leben können. Denn selbst bei den neuen Tariflöhnen kommen sie mit Normalleistung oft nicht einmal auf 1 000 DM brutto!

–H.R., OAG Speyer–

Kurzarbeit bei VW

Vom 2.1. bis 10.1.1975 wird voraussichtlich in allen sechs inländischen Werken von VW Kurzarbeit gemacht. Und zwar im ganzen Produktionsbereich. Ob Facharbeiter und Angestellte betroffen sind, ist noch unklar. Das Bundesarbeitsministerium hat bereits eine Sondergenehmigung für alle Werke außer Hannover und Kassel erteilt. Der Betriebsrat hat noch nicht zugestimmt. Er will die Belegschaften befragen.

sichtlich in allen sechs inländischen Werken von VW Kurzarbeit gemacht. Und zwar im ganzen Produktionsbereich. Ob Facharbeiter und Angestellte betroffen sind, ist noch unklar. Das Bundesarbeitsministerium hat bereits eine Sondergenehmigung für alle Werke außer Hannover und Kassel erteilt. Der Betriebsrat hat noch nicht zugestimmt. Er will die Belegschaften befragen.

Die Zustände beim Bau

Streik gegen üble Arbeitsbedingungen

Nach amtlichen Angaben stehen 375 000 Wohnungen leer. Die Baukapitalisten rufen laut nach Milliardenunterstützungen. Ein großer Teil der Bauarbeiter ist arbeitslos, bis zum nächsten Jahr sollen 400 000 weniger in der Bauindustrie arbeiten. Wie die Baukapitalisten in der Krise die Verluste wieder aus den Knochen der Bauarbeiter herausschinden, schildert ein Bauarbeiter aus München.

München. Seit gut zwei Monaten arbeite ich nun auf einer Münchner Baustelle. Die Arbeitsbedingungen und Zustände dort scheinen mir beispielhaft für die momentane Lage in der Bauwirtschaft zu sein.

Zwar ist die Arbeitslosenquote nirgends so hoch wie in der Bauwirtschaft, doch bei der Baustelle, auf der ich arbeite, handelt es sich um einen Terminbau. Das bedeutet, daß der Fertigstellungstermin unter allen Umständen eingehalten werden muß, da sonst der ausführenden Baufirma eine Konventionalstrafe droht.
Um den Auftrag überhaupt zu bekommen, mußte die Firma ihr Angebot äußerst scharf kalkulieren, absolut gesehen – Lohnerhöhungen und Materialkostenverteuerung nicht eingerechnet – sogar um 10 % billiger anbieten als ein vergleichbares Projekt zwei Jahre zuvor.

In Zeiten der Krise sind eben Kapitalisten gezwungen, kurzfristig selbst mit Verlust zu arbeiten, um den Maschinenpark nicht verrotten zu lassen, um über die Durststrecke zu kommen. Kleine Baufirmen gehen dabei kaputt. Die Folgen einer solchen Krise werden dann voll auf die Arbeiter abgewälzt, denn das kapitalistische Unternehmen versucht natürlich, den einkalkulierten Verlust wenn irgend möglich noch in Profit umzusetzen. Und in solchen Situationen hält der Kapitalist fast alle Trümpfe in der Hand.
Zunächst zahlt er nur noch die tariflich festgesetzten Löhne, stuft Kollegen, die in Zeiten der Hochkonjunktur zum Beispiel als Bauhelfer übertariflich bezahlt wurden, jetzt als Hilfsarbeiter ein. Die Sparmaßnahmen dieser Firma gingen gar soweit, daß jeder Kollege seit kurzem seine Arbeitsgeräte, sowie Stiefel, Handschuhe usw. selbst kaufen muß. Wofür brauchen wir überhaupt noch Kapitalisten, wenn sie nicht einmal mehr die Arbeitsmittel zur Verfügung stellen ...?
Obwohl die letzten Wochen extrem schlechtes Wetter herrschte, wurde nur widerwillig völlig zerschlissene Regenbekleidung ausgegeben, denn gearbeitet werden mußte bei jeder Witterung, und zwar ohne jede Wetterzulage. Kollegen, die sich darüber beschwerten, wurde von der Bauleitung nur geantwortet: sie könnten ja gehen, wenn es ihnen nicht paßt, denn jeden Tag würden bis zu zehn Mann nach Arbeit fragen. Und die Bauleitung handelte rigoros danach. In den letzten zwei Monaten wurde fast die Hälfte der zirka 50 Mann Belegschaft, die zu 90 % aus ausländischen Kollegen besteht, "ausgewechselt". Darunter waren Kranke wie Kollegen, die zu oft aufgemuckt hatten. Das hatte zur Folge, daß vor allem die ausländischen Kollegen die gesteigerte Arbeitshetze ziemlich widerstandslos hinnahmen, denn jeder fürchtete um seinen Arbeitsplatz.

Bis eines Tages das Faß zum Überlaufen gebracht wurde. Bei strömendem Regen und ohne ausreichende Regenbekleidung sollte "normal" gearbeitet werden. Als wir nach einer halben Stunde klatschnaß waren, genügte schon die Aufforderung eines Kollegen, nicht mehr weiterzuarbeiten, daß die Arbeit kurz darauf überall ruhte. Inzwischen waren wir zu den anderen Kollegen gegangen, um sie ebenfalls zur Arbeitsniederlegung aufzufordern.
Der Kollege, der diesen Streik ausgelöst hatte, wurde dann auch zum Sprecher gegenüber der Bauleitung gemacht. Und er hielt allen zunächst "freundlichen" Beteuerungen und später Drohungen seitens der Bauleitung standhaft unseren Beschluß entgegen, unter diesen Bedingungen nicht weiterzuarbeiten. Die Bauleitung erkannte den Ernst ihrer Situation und gab wenig später klein bei, indem sie uns Arbeit im Trockenen anbot.

Wie sehr der Kollege nur das aussprach, was alle dachten, zeigte, daß ihm nach Durchsetzen unserer Forderung viele Kollegen spontan die Hand drückten. Das Selbstbewußtsein und die Solidarität waren dadurch für alle, auch die Bauleitung, ersichtlich gestiegen. Und die Bauleitung zog ihre Konsequenzen daraus.
Als jetzt gegen Ende der Bauzeit Entlassungen anstanden, wagte man nicht mehr, knallhart die Liste der Entlassenen auszuhängen. Zufällig wurde ich Zeuge, nach welchen Kriterien die Entlassungen vorgenommen wurden. Die Bauleitung hatte ein internes Benotungssystem aller Kollegen angelegt, leicht zu erraten, wer wohl die schlechtesten Noten bekam. Das hörte sich dann beispielsweise so an: Polier: "Petrovic – drei". Bauleiter: "Raus!" ... Kommt hinzu, daß allen Kollegen zum 30. November gekündigt wurde, so daß die Firma bei jedem der 25 Entlassenen das Weihnachtsgeld einsparte.
Statt Entlassung sagte man diesen Kollegen, sie dürften früher nach Hause fahren. Um die Kollegen hinters Licht zu führen, versicherte man ihnen, es stünde im Januar ein neues Projekt an, weshalb jeder seine genaue Heimatadresse zu hinterlegen habe, um sofort benachrichtigt werden zu können. Aus sicherer Quelle weiß ich, daß es dieses Projekt gar nicht gibt ...

Der Bau steht kurz vor seiner Fertigstellung und die Bauleitung hat allem Anschein nach den anfangs auf 200 000 DM angesetzten Verlust zumindest auf Null drücken können, besser gesagt aus uns Kollegen herauspressen können.

–F., München–

Zunächst zahlt er nur noch die tariflich festgesetzten Löhne, stuft Kollegen, die in Zeiten der Hochkonjunktur zum Beispiel als Bauhelfer übertariflich bezahlt wurden, jetzt als Hilfsarbeiter ein. Die Sparmaßnahmen dieser Firma gingen gar soweit, daß jeder Kollege seit kurzem seine Arbeitsgeräte, sowie Stiefel, Handschuhe usw. selbst kaufen muß. Wofür brauchen wir überhaupt noch Kapitalisten,
Stunde klatschnaß waren, genügte schon die Aufforderung eines Kollegen, nicht mehr weiterzuarbeiten, daß die Arbeit kurz darauf überall ruhte. Inzwischen waren wir zu den anderen Kollegen gegangen, um sie ebenfalls zur Arbeitsniederlegung aufzufordern.
Der Kollege, der diesen Streik ausgelöst hatte, wurde dann auch zum Sprecher gegenüber der Bauleitung
den zu können. Aus sicherer Quelle weiß ich, daß es dieses Projekt gar nicht gibt ...
Der Bau steht kurz vor seiner Fertigstellung und die Bauleitung hat allem Anschein nach den anfangs auf 200 000 DM angesetzten Verlust zumindest auf Null drücken können, besser gesagt aus uns Kollegen herauspressen können. –F., München–

Opel-Betriebsrat stimmte der Kündigung zu

600 Vertrauensleute fordern sofortige Wiedereinstellung des Kollegen Verschuer

Opel-Betriebsrat stimmte der Kündigung zu
600 Vertrauensleute fordern sofortige Wiedereinstellung des Kollegen Verschuer

Rüsselsheim. Der Kollege Verschuer bei Opel Rüsselsheim hatte auf der letzten Betriebsversammlung die Zustände in seiner Abteilung geschildert und dabei auch den zuständigen Werkmeister scharf kritisiert.
Dies nahm die Geschäftsleitung zum Anlaß, dem Kollegen am 28.10.74 fristlos zu kündigen wegen Störung des "Betriebsfriedens".
Der Betriebsrat und der zuständige Personalausschuß stimmten der Kündigung durch die Geschäftsleitung zu, ohne den betroffenen Kollegen zu hören.

Diese Maßnahme der Geschäftsleitung und das Verhalten des Betriebsrates stießen auf den Protest der Vertrauensleutevollversammlung, die mit über 600 Stimmen eine Resolution verabschiedete, die die Solidarität mit dem Kollegen Verschuer zum Ausdruck bringt und seine sofortige Wiedereinstellung fordert.
Unter heftiger Kritik an der Haltung des Betriebsrats wurde an den Beschluß der Vertrauensleutevollversammlung vom Dezember 1972 erinnert, der festlegt, daß bei jeder Kündigung vor der Zustimmung des Betriebsrates der betroffene Kollege gehört und beraten werden muß.

–G.B., KBW-Sympathisantengruppe Rüsselsheim–

10 Kollegen fristlos entlassen

Neckargemünd. Alle fünf Assistenzärzte am Südwestdeutschen Rehabilitationszentrum für Kinder und Jugendliche wurden am 19.11. fristlos entlassen, nachdem 160 Kollegen mit ihren Unterschriften gegen die Entlassung von fünf Sozialpädagogen protestiert hatten, die öffentliche Kritik an Willkürmaßnahmen der Leitung geübt hatten (KVZ Nr.25). Alle zehn Entlassenen fordern die Rücknahme der Kündigungen aller zehn und eine außerordentliche Betriebsversammlung unter Beteiligung der zehn Gekündigten. Diese Forderungen wurden am 19.11. auch auf einer Versammlung von 80 Kollegen einstimmig aufgestellt.

Betriebsräte von Pierburg Neuss vor Gericht

Den Pierburg-Kapitalisten gelingt es nicht, der Belegschaft über die Kündigungen das Rückgrat zu brechen

Düsseldorf. Am Dienstag, dem 19.11., wurde in Düsseldorf vor dem Arbeitsgericht die Beweisaufnahme im Prozeß gegen vier Mitglieder des Betriebsrates der Firma Pierburg Autogerätebau KG Neuss abgeschlossen. Den Kollegen Leipziger, Braeg, Jiminez und Kelidis wird vorgeworfen, den selbständigen Streik im August 1973 vorbereitet und organisiert zu haben.



Das Bild zeigt die Pierburger Arbeiter und Arbeiterinnen nach ihrem Sieg im Juli 1973

Mit diesem Streik erkämpften damals über 2 000 Kolleginnen und Kollegen eine außertarifliche Lohnerhöhung von 50 bzw. 60 Pfennig, die Abschaffung der Leichtlohngruppe 2, die Bezahlung von vier Streiktagen
Seit dem Ende des Streiks aber ließen die Kapitalisten nicht locker in ihren Versuchen, die Erfolge des Kampfes abzubauen und die Kollegen einzuschüchtern. Nur das einheitliche und entschiedene Handeln der Kollegen hat verhindert, daß ein Teil des Betriebes stillgelegt wurde und die erkämpfte Lohnerhöhung auf die Monate später erfolgte Tariferhöhung angerechnet wurde. Jetzt soll dieser entschiedenen Haltung das Rückgrat gebrochen werden, indem die damaligen und im Mai mit großer Mehrheit wiedergewählten Betriebsräte gefeuert werden sollen. An den vier Betriebsräten soll ein Exempel zur Einschüchterung der Kollegen statuiert werden. Aber die vier haben das volle Vertrauen und die Unterstützung der gesamten Belegschaft; sie sind nicht isoliert, wie es die Kapitalisten gerne hätten. Über 80 Kollegen aus den verschiedenen Abteilungen waren in den viel zu kleinen Gerichtssaal gekommen. Fast fünfeinhalb Stunden mußten sie, meist die ganze Zeit stehend, erleben, wie Pierburg-Anwalt Pellmann mit den unverschämtesten Tricks "beweisen" wollte, daß die vier Betriebsräte den selbständigen Streik vorbereitet und organisiert haben.
Ihnen wurde zum Beispiel vorgeworfen, auf Solidaritätsadressen zum Streik dankend geantwortet zu haben und Gelder zur Streikunterstützung angenommen zu haben
Sogar die Sippenhaft brachte der Pierburg-Anwalt schließlich ins Spiel, indem er dem Betriebsrat Braeg ankreidete, daß seine Frau in der Zeitschrift "Spontan" einen Artikel über den Streik geschrieben hat. Das soll also ein Grund für die Kündigung sein!

Den Höhepunkt dieses Prozesses bildet aber immer noch die zwielichtige Rolle des ehemaligen griechischen Betriebsrates Satolias, der, nachdem er von Pierburg in einem gerichtlichen Vergleich 25 000 DM erhalten hat, bereit war, ungeheuerliche Anschuldigungen gegen seine Kollegen im Betriebsrat vom Stapel zu lassen. Interessant ist dabei, daß diese Anschuldigungen im Wortlaut genau gleich sind mit einem Schriftsatz des Pierburg-Anwaltes, den dieser zwei Tage vorher dem Gericht übersandte. Der so gekaufte Zeuge Satolias widerrief aber sehr bald bei einem Notar in Griechenland nach Ablösung der Militärjunta seine Anschuldigungen. Er behauptete jetzt, daß er damals im Auftrag der Kapitalisten durch die Junta unter Druck gesetzt worden sei.
Doch damit nicht genug. Bald ließ er durch seinen Bruder mitteilen, daß die Anschuldigungen gegen die Betriebsräte doch richtig seien. War er wieder unter Druck gesetzt worden? Als Satolias dann plötzlich wieder in Neuss auftauchte, konnte man hoffen, daß nun endlich Licht in die Affäre gebracht würde. Das aber war ein Irrtum. Satolias wurde in der Nähe des Bahnhofs zusammengeschlagen und ins Krankenhaus eingeliefert. Dem Betriebsrat Leipziger, der ihn dort besuchte, versicherte er, daß er bereit sei, auf einer Pressekonferenz endlich die Wahrheit zu sagen und die Betriebsräte zu entlasten. Die Pressekonferenz allerdings fand nicht statt, weil Satolios es vorzog, wieder nach Griechenland zu reisen und vorher mit dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes zum Notar ging und seinen Widerruf widerrief.
Angesichts dieses Kronzeugen der Kapitalisten, dessen Meinung sich schneller ändert als das Wetter, mußte sogar der Vorsitzende des Arbeitsgerichtes zugeben, daß die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen "unter den gegebenen Umständen in Zweifel geraten" sei. Das alles störte Anwalt Pellmann aber nicht im geringsten. Er suchte sich die Aussagen heraus, die ihm paßten, und hatte so "zweifelsfreie Beweise".
Der Anwalt der Betriebsräte machte in seinem Schlußwort klar, daß alle "Beweise" der Pierburg-Kapitalisten auf Sand gebaut sind und bei genauem Betrachten wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Diese Feststellungen quittierten die anwesenden Zuschauer mit lautstarkem Beifall.
Das Urteil soll am 3. Dezember um 12.30 Uhr im Saal R 157 verkündet werden. Wie die Sache auch ausgeht, in diesem Prozeß ist jedermann klargeworden, welche Mittel die Kapitalisten bereit sind anzuwenden, um einen Betriebsrat an einer klaren Interessenvertretung der Kollegen zu hindern, und welche für die Arbeiterklasse schädliche Rolle dabei das Betriebsverfassungsgesetz mit seiner "Friedenspflicht" gegenüber den Kapitalisten spielt. Klar ist aber auch geworden, daß die Solidarität und Kampfeskraft der Pierburg-Kollegen so nicht gebrochen werden kann.

–R.W., Neuss–

Bremer Vulkan: Gewerkschaftsausschluss

Bremen. Am Donnerstag, den 14.11.74 hat eine Untersuchungskommission der IGM unter Vorsitz des Kollegen Schütze aus Wilhelmshaven den Ausschluß der Kollegen Scholz, Elster, Koldehofe und Bachmann aus der IGM empfohlen. Der Vorstand der IGM muß jetzt endgültig über den Ausschluß entscheiden.

Alle vier Kollegen waren angeklagt, auf der Streikversammlung der Vulkanesen im März durch ihre Kritik an dem Tarifabschluß der IGM die IGM öffentlich diffamiert zu haben. Weiter hätten sie kommunistische Aktivitäten und Parolen unterstützt. All das faßte man zusammen in der Anklage als Gewerkschaftsfeinde!

Daß das Untersuchungsverfahren keineswegs den Beweis erbracht hat, daß die vier Kollegen Gewerkschaftsfeinde sind, zeigen sie in ihrer persönlichen Erklärung auf, die sie am Montag vor dem Betrieb verteilt haben:

Ausschuss empfiehlt unseren Ausschluss

Erklärung von Scholz, Bachmann, Elster und Koldehofe

Kolleginnen und Kollegen!

Am Donnerstag, den 14.11. war die Verhandlung des Ausschusses wegen unseres Gewerkschaftsausschlußverfahrens. Bei uns allen entschied der Ausschuß: Empfehlung an den Vorstand der IG-Metall, uns wegen gewerkschaftsfeindlicher Aktivität auszuschließen. Unsere Beisitzer, alles Kollegen aus dem Betrieb, die unsere gewerkschaftliche Arbeit gut kennen, haben dieser Empfehlung jedoch in keinem Fall zugestimmt.

Wie kam es zu dieser Entscheidung?

Wir wurden beschuldigt, uns gewerkschaftsschädigend verhalten zu haben. Nachgewiesen wurde uns das allerdings nicht. Die von uns benannten Zeugen wurden zur Aussage nicht zugelassen. Auch anderes Entlastungsmaterial, das wir vorlegen wollten, wurde nicht behandelt. So wurde das Tonband, auf dem alle Reden, die auf der Streikversammlung im März gehalten wurden, aufgezeichnet waren, nicht angehört – obwohl der Vorsitzende über die schriftliche Fassung der Reden verfügte und mit einzelnen, aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen versuchte, gegen uns Stimmung zu machen. Ebenso wurde eine Resolution der Kranführerbranche, die den Kollegen Scholz und Koldehofe gute Vertrauensleutearbeit bescheinigte und aussagte, daß auch bei Ausschluß sie ihre Interessenvertreter bleiben sollen, nicht behandelt. Der Verlauf der ganzen Verhandlung war völlig undemokratisch. Deshalb verweigerten auch einige unserer Beisitzer, das Verhandlungsprotokoll zu unterschreiben.

Unsere konkrete gewerkschaftliche Tätigkeit als Gewerkschafter auf dem Bremer Vulkan, die ihr alle kennt, stand in dem Verfahren überhaupt nicht zur Überprüfung. Man hat uns sogar zugestanden, daß wir möglicherweise eine gute gewerkschaftliche Arbeit gemacht hätten.

Jedoch ginge es gar nicht darum! Es ginge einzig und allein darum, ob wir das, was wir z. B. auf der Streikversammlung gesagt haben, auch wirklich gemeint hätten. Es ginge nur darum, uns nochmal zu fragen, ob wir als Kommunisten eine kommunistische Politik unterstützt hätten. Wir konnten natürlich nur festhalten und bestätigen, daß wir nach wie vor zu dem stehen, was wir gemacht haben! Doch es war vorher schon festgelegt, daß das gewerkschaftsfeindlich ist! Daß an dieser vorherigen Festlegung nicht mehr gerüttelt wurde, dafür hatte die Ortsverwaltung der IGM durch die Besetzung der Mehrheit des Ausschusses bereits gesorgt (3 gegen 2)!

Wir können jedoch in unserer Arbeit überhaupt nichts gewerkschaftsschädigendes sehen. Denn was sind die Gewerkschaften? Die Gewerkschaften sind die Mitglieder, die sich zusammengeschlossen haben, um ihre Interessen gegenüber den Kapitalisten vertreten zu können. Gewerkschaftsfeinde – das sind Leute, die auf Seiten der Kapitalisten stehen. Das kann man von uns wahrlich nicht behaupten! In all unserer Arbeit sind wir von dem Ziel ausgegangen, wie für die Arbeiter am meisten herauszuholen ist, wie für die Arbeiter ein Sieg über die Kapitalisten möglich ist.

Weswegen sollen wir also ausgeschlossen werden?

Wir sollen ausgeschlossen werden, weil den Gewerkschaftsführern unsere politischen Auffassungen nicht passen, weil sie sicherstellen wollen, daß ihre politischen Auffassungen in der Gewerkschaft weiter vorherrschen. Dabei verlassen sie sich nicht auf die Überzeugungskraft ihrer Argumente, sondern auf Ausschlüsse und Ausschlußdrohungen. Deswegen darf es nach ihrem Willen keine Kritik geben, deswegen wird jeder Kollege mit Ausschluß bedroht, der kommunistische Positionen in der einen oder anderen Weise unterstützt. Deswegen haben die Gewerkschaftsführer auf dem letzten Gewerkschaftstag auch den Unvereinbarkeitsbeschluß ausdrücklich bestätigen lassen. Die Mitglieder haben sie dazu jedoch nicht befragt!

Die Ausschlüsse, die Ausschlußdrohungen und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind jedoch eine äußerst schädliche Sache für die Gewerkschaften. Gerade heute, wo die Kapitalisten schon viele unserer Kollegen arbeitslos gemacht haben und sie diese Lage ausnutzen, um die Lage aller Arbeiter zu verschlechtern und dadurch ihre Profite weiter steigern, kommt doch alles darauf an, daß wir Arbeiter fest zusammenstehen. Da darf es keine Spaltung der Gewerkschaft geben. Da muß es eine freie Diskussion darum geben, was die Gewerkschaft tun muß, damit sich die Arbeiter den Plänen der Kapitalisten entgegenstellen können und ihre Lebensbedingungen verteidigen können.

Kolleginnen und Kollegen!

Ausschlüsse darf es deswegen nicht geben; die Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen deswegen wieder fallen. Das ist möglich, wenn alle Gewerkschaftsmitglieder aktiv dagegen auftreten. Gut wäre es deswegen, wenn unsere gewerkschaftlichen Vertrauensleute am Dienstag auf ihrer nächsten Sitzung folgende Beschlüsse fassen:

1) Wir bekräftigen unseren Beschluß aus dem Juni 74, wo wir gefordert hatten, daß die Kollegen Scholz, Elster, Koldehofe und Bachmann nicht aus der IGM ausgeschlossen werden sollen. Wir fordern deswegen den Vorstand auf, der Empfehlung des Ausschusses nicht zu entsprechen und die vier Kollegen nicht auszuschließen.
2) Wir halten es für falsch und im Interesse einer einheitlichen und starken IG-Metall für schädlich, daß der letzte Gewerkschaftstag die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausdrücklich bestätigte. Wir werden uns deswegen mit aller Kraft dafür einsetzen, daß der nächste Gewerkschaftstag der IG-Metall dies wieder korrigiert und dafür sorgt, daß alle Kollegen, die deswegen ausgeschlossen wurden, wieder aufgenommen werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wenn der Vorstand die Empfehlung des Ausschusses bestätigt, ist für uns damit der Kampf als Gewerkschafter nicht zu Ende. Wir werden weiterhin versuchen, auf die innergewerkschaftliche Meinungsbildung Einfluß zu nehmen. Dabei vertrauen wir darauf, daß wir dann, wenn wir für die Arbeitersache gute und gerechte Vorschläge machen, auch Unterstützung finden werden. Deswegen glauben wir, daß unser Ausschluß den Gewerkschaftsführern nicht viel nützen wird.

Bremen, den 17.11.1974

Heinz Scholz
Hartwig Elster
Heinz Koldehofe
Dieter Bachmann



Bremen, März 1974: Zehntausende von Bremer Metallarbeitern führten Streikdemonstrationen durch. Die Mehrheit lehnte den Abschluß in der Urabstimmung ab. Gegen vier Kommunisten, die den Abschluß durch die IGM-Führung scharf auf Streikversammlungen kritisierten, sind jetzt Ausschlüsse empfohlen worden.

Bremen: Tarifbeschlüsse der IGM–Vertrauenskörper und der Tarifkommission

Krupp Atlas Electronic, Vertrauenskörper	12 %, mindestens 140 DM
VFW Mitte, Vertrauenskörper	12 %, mindestens 140 DM
Lloyd-Dynamo (AEG) Vertrauenskörper	15 %, mindestens 150 DM. Die Lehrlingsforderung von 150 DM wird wohlwollend an die Tarifkommission weitergegeben.
Erno, IGM-Mitgliederversammlung	14 %, mindestens 250 DM
Krupp Atlas MAK Vertrauenskörper	170 DM linear
VWF Lemwerder	14 %
Vulkan Vertrauensleutekörper	1,– DM, Empfehlung an die große Tarifkommission (sind etwa 173 DM)

Die große Tarifkommission Unterweser tagte am Montag, 25.11.1974, und beschloß:
12 % und 80 DM für Lehrlinge zu fordern.

Forts. IGM Tarifbeschlüsse

IG Metall sind etwas komplizierter: Konjunkturspritzen durch die Bundesregierung, dadurch Investitionsmöglichkeiten der Kapitalisten, angemessene Lohnerhöhungen, dadurch Steigerung der Massenkaufkraft, und ebenfalls soll dann die Krise vorbei sein. In der "Metall" vom 26. November stellt Loderer in seinem Leitartikel fest: "Es ist die Aufgabe der IG Metall, dem (der weiteren Verschlechterung der Lebenslage) auch unter erschwerten Bedingungen entgegenzutreten. Zuerst aber sind die Konjunkturpolitiker zum Handeln aufgerufen." Doch die Konjunkturpolitiker wollen nicht handeln, das haben sie in aller Deutlichkeit gesagt. Nach den Vorstellungen Loderers kann das nur heißen, daß auf Lohnerhöhungen ebenfalls nicht verzichtet werden muß. Das sind die irrigen Wege eines Reformisten, der nicht Stärkung und die Einheit der Arbeiterbewegung will, sondern das Heil in Hilfsmaßnahmen bürgerlicher Regierungen sucht.

Die Lage ist verfahren. Einerseits ist klar, daß es zu keinem schnellen Kompromiß bei 9 % kommt, andererseits haben die Tarifkommissionen Forderungen aufgestellt, die nicht in der Lage sind, die Einheit aller Metaller herzustellen. Dadurch können die Metallarbeiter in die Situation kommen, daß sie den Lohnkampf unter einer schlechten Forderung führen müssen, wollen sie nicht einen Abschluß hinnehmen, der Teile von ihnen dem nackten Elend ausliefert.

Die Tarifkommissionen haben die Forderung zum Teil mit übergroßer Mehrheit (Nordrhein-Westfalen: 172: 10) verabschiedet. Soweit stehen die Forderungen erst einmal. Sicher werden die Verhandlungen unter diesen Forderungen aufgenommen werden. Das heißt aber nicht, daß den Metallern für den weiteren Verlauf der Tarifauseinandersetzung die Hände gebunden sind. Kommen die Verhandlungen an den Punkt, wo die Verhandlungskommissionen der IG Metall den Angeboten der Kapitalisten nicht weiter nachgeben können, so sind die Reformisten gezwungen, sich auf die Arbeiter zu stützen, wollen sie gegen die Kapitalisten nicht völlig abschiffen. Dann haben die Metallarbeiter eine gute Gelegenheit, sich von dem Forderungsdiktat der Reformisten zu befreien und den Kampf zu führen unter Losungen und Forderungen, die tatsächlich in der Lage sind, die Einheit herzustellen und die Reihen der Metaller zu stärken. Um diese Situation vorzubereiten, damit sie tatsächlich ausgenutzt werden kann, muß schon jetzt jede Möglichkeit genutzt werden, um diese jetzt aufgestellte Forderung zu diskutieren, wieso die Tarikommission oder gar ihre Mitglieder, die aus dem eigenen Betrieb kommen, eine andere Forderung aufgestellt haben als der Vertrauenskörper beschlossen hat, um so allen Kollegen die Lage klarzumachen, wer auf welche Weise diese Lage herbeigeführt hat und wie sich die Metaller daraus wieder lösen können.

In einigen Bezirken stehen die Forderungen der Tarifkommissionen noch aus. Klar ist, daß die IG-Metall-Führung auch hier auf eine Forderung von ungefähr 11 % hinauswill. Schwerer wird es ihr fallen, wenn aus vielen Betrieben noch einmal die aufgestellte Forderung des Vertrauenskörpers oder der Vertreterversammlung bekräftigt wird.

Solange Leute die Macht in den Gewerkschaften haben, die stets und überall versuchen, den Ausgleich und den Kompromiß mit den Kapitalisten zu finden, werden die Gewerkschaftsmitglieder und alle Arbeiter immer wieder in die Situation geraten, wo sie schutzlos den Angriffen der Kapitalisten ausgeliefert sind, wo sie unter erschwerten Bedingungen gezwungen sind, den Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz zu führen. Aber je mehr die Gewerkschaftsspitzen in so entscheidenden Fragen wie der Lohntarife ihr Unwesen treiben, desto geringer wird ihr Einfluß auf die Mitglieder, desto brüchiger werden ihre Positionen. Auch diese Tarifrunde steht bislang voll unter dem Einfluß der reformistischen Führung. Um diesen voll zur Geltung zu bringen, geht sie mit ihren eigenen Beschlüssen um, als seien sie nicht vorhanden; so der Beschluß 169 des Gewerkschaftstages: "... Unter Beachtung der Erfahrungen aus der Lohn- und Gehaltsbewegung der letzten Jahre sind die Mitglieder in allen Phasen des Lohnkampfes verstärkt und aktiv mit einzubeziehen, d.h. von der Erstellung der Forderung bis hin zu deren voller Durchsetzung." Solche Beschlüsse, für deren Ablehnung sie auf dem Gewerkschaftstag nicht offen auftreten konnte, versuchen sie immer wieder zu unterlaufen; an diese Beschlüsse gilt es jetzt sie immer und überall zu erinnern.

– db –

Hamburg: IGM–Tarifabschlüsse

Hamburg. An einer Umfrage bei Heidenreich und Harbeck zur Metalltarifrunde beteiligte sich knapp die Hälfte der Kollegen. Von ihnen stimmten 189 für Prozentforderungen, durchschnittlich 16,1 %. 150 Kollegen stimmten für eine Festgeldforderung, durchschnittlich 153 DM. Vom Vertrauensleutekörper wurde als Forderung aufgestellt: 15 % und mindestens 170 DM.

Auf der kleinen Funktionärskonferenz der IGM wurde noch kein Beschluß gefaßt. Die meisten Beiträge gingen in die Richtung: Festgeldforderungen in ausreichender Höhe. 200 DM wurden von vielen als das Mindeste angesehen, was alle Kollegen brauchen.

Ludwigsburg. Die Kollegen der Maschinenfabrik Hüllerer sollen die im gültigen Tarifvertrag vereinbarte Lohnerhöhung von 2 % für Dezember nicht effektiv ausgezahlt bekommen. Die Hüllerer-Geschäftsleitung will sie auf die innerbetrieblichen Zulagen anrechnen, so daß die Kollegen keinen Pfennig mehr rauskriegen. Dazu findet am 27. November eine Betriebsversammlung statt.

Funktionärskonferenz

Köln. Am 21.11.1974 fand in der Kölner Flora eine Funktionärskonferenz statt. Hier wurde die von der Vertrauenskörperleitung und Tarifkommissionsmitgliedern eingebrachte Forderung verabschiedet.

- Kündigung der Tarifverträge zum 31.12.1974
- Erhöhung des Tariflohns und -gehalts um 12 %.
- Wegfall der Altersabschläge für Auszubildende
- Erhöhung der Löhne für Auszubildende
  1. Lehrjahr um 90 DM
  2. Lehrjahr um 80 DM
  3. Lehrjahr um 60 DM
  4. Lehrjahr um 50 DM
- Wegfall der Lohngruppe 2 (70 000 in Nordrhein-Westfalen)
- Wegfall der Altersstaffelung für jugendliche Arbeitnehmer.

Diese Entschließung wurde mit 224 Stimmen gegen 149 Stimmen durchgesetzt.

Vielen Kollegen war klar, daß diese Forderung zu gering ist. Die Vorstellungen reichten von 15 % bis zu linearen Forderungen.

Vor allem die ausländischen Kollegen setzten sich für lineare Forderungen ein (Ford).

Es wurde auch ein Vorschlag für eine Mindestforderung eingebracht mit 16 %, mindestens 220 DM.

Als man zur Abstimmung gekommen war, wurde ein Vorschlag eingebracht, die Höhe der Forderung aus der Entschließung herauszunehmen und gesondert abzustimmen. Die Vertrauenskörperleitung und Tarifkommissionsmitglieder wollten ihre Entschließung jedoch nur zusammenhängend abstimmen lassen.

Zum zweiten lag eine Entschließung des Felten & Guilleaume Vertrauensleutekörpers vor: Die IGM Köln wird beauftragt, eine Kundgebung und Demonstration durchzuführen unter dem Thema: Gegen Kurzarbeit und Massenentlassungen.

Die Kollegen begründeten ihre Entschließung damit, daß es endlich an der Zeit wäre, einen Vorstoß zu unternehmen gegen die Hetze der bürgerlichen Presse. "Nicht die Kollegen mit ihren Lohnforderungen sind schuld an Kurzarbeit und Entlassungen, sondern die Kapitalisten mit ihrem Profitstreben."

Gegen diesen Vorschlag trat der Vertrauenskörperleiter der Ford-Werke, Kuckelhorn, mit dem Argument auf: "Bei uns, bei Ford, gibt es nur Kurzarbeit, wir haben noch keinen entlassen. Deshalb können wir die Demonstration gegen Kurzarbeit und Entlassungen nicht unterstützen." Dem berufsmäßigen Spalter Kuckelhorn fiel zu den 10 500 Arbeitslosen in Köln nichts Besseres ein.

Die Ortsverwaltung wandte sich ebenfalls gegen die Demonstration: "In der augenblicklichen Situation wäre diese Demonstration ein Zeichen der Schwäche." Deshalb dürfe man keine Demonstration machen. Jeden öffentlichen starken Protest der Arbeiter gegen die kapitalistische Krisenabwälzung auf ihren Rücken will die Ortsverwaltung von vornherein torpedieren.

Die Entschließung wurde schließlich mit 138 Ja-Stimmen gegenüber 185 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Putsch in der Grossen Tarifkomission wird die Lohnbewegung nicht brechen!

Mit 83 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung (unbestätigte Meldung) hat die große Tarifkommission der ÖTV die Forderung übernommen, die der Hauptvorstand vor drei Wochen ins Spiel brachte und von der seitdem nichts Gutes mehr gesprochen wurde.

Diese Forderung lautet: 50 DM für jeden, 6 %, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM Urlaubsgeldzuschlag für jedes Kind.
Diese Forderung bedeutet: Lohnerhöhungen um die 220 DM herum, wie sie in vielen Betrieben beschlossen wurden, werden erst bei Gehältern ab 2 900 DM etwa herauskommen. Für Löhne und Gehälter so um die 1 500 DM herum, wie sie im öffentlichen Dienst durchschnittlich sind, bedeutet diese Forderung 140 DM. Und das ist als Verhandlungsangebot gedacht! Man kann sich also ausrechnen, was die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu dieser Forderung sagen werden, und man kann sich auch ausrechnen, was sie über diejenigen sagen werden, die solches beschlossen haben.

Sie werden sagen, daß es sich bei dieser niedrigen Forderung um eine große Lumperei handelt. Feiner ausgedrückt handelt es sich um sozialdemokratische Lohnpolitik, die das sogenannte Allgemeinwohl über die Interessen der Lohnabhängigen stellt. Insoweit die "Allgemeinheit" viel hat, kommt dabei ein Wohl heraus. Insofern sie lohnabhängig ist, eine Lumperei.
Bezüglich der Mitglieder der großen Tarifkommission kann es leicht sein, daß es einen ziemlichen Wettlauf geben wird auf jene 18 Stimmen, die gegen diese Forderung waren. Und es ist fraglich, ob es gelingt, jene 83 zu ermitteln, die dafür gestimmt haben. Allemal wird es nützlich sein, in Erfahrung zu bringen, wer es nun gewesen ist. Einladungen von Mitgliedern der Großen Tarifkommission in die Betriebe sind dafür gut geeignet. Nicht, daß es plötzlich keiner mehr gewesen ist.

Überhaupt muß man vom Betrieb her unbedingt verlangen, daß diese Forderung so nicht stehenbleibt. Sondern daß eine Forderung nachgeschoben wird, bei der eine Mindesterhöhung von 200 DM abgesichert wird. Nicht, daß man besondere Aussichten hätte, die Hauptvorstandsforderung vom Tisch zu bringen. Aber wenn jetzt der Eindruck entsteht, daß die Moral der Lohnbewegung gebrochen ist, dann wird die Regierungsseite ein Schlachtfest veranstalten. Der Regierung kommt es darauf an, sehr niedrig abzuschließen und womöglich ohne daß sich Widerstand regt. Das zweite ist ziemlich wichtig. Knechte braucht die Regierung im öffentlichen Dienst. Knechte kuschen. Die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst haben aber nicht gekuscht im letzten Winter. Sie haben gekämpft. Das soll ihnen jetzt ausgetrieben werden. Lohnabbau ohne Gegenwehr ist dazu dienlich. Ein Wunschtraum der Regierung von Schmidt/Genscher, Ruhe, Ordnung, Lohnraub schwebt ihr für den öffentlichen Dienst vor.

Demgegenüber dürfen die Arbeiter und Angestellten in der Lohnbewegung keinen Zweifel lassen, daß keinerlei Ruhe eintreten wird. Gleich jetzt muß man beginnen, die Absichten der Regierung in den Belegschaften zu beraten. Nach wie vor und verstärkt muß man in der Gewerkschaft für Maßnahmen gegen den Lohnraub eintreten. Die Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftern muß man suchen. Man muß ihnen erklären, daß auf der Linie ihrer Partei der entschlossene Lohnkampf nicht möglich ist. Manchen Sozialdemokraten wird man erklären müssen, daß die Gewerkschaft ÖTV nicht ihre Partei ist.

Man muß festhalten: Jeder Abschluß unter 200 DM bedeutet Lohnraub. Lohnabhängige haben nichts als ihre Arbeitskraft. Lohnraub können sie nicht dulden. Jede Tendenz zur Passivität und zum Verzicht auf Gegenwehr ist gefährlich. Die selbständige Lohnbewegung im öffentlichen Dienst muß fortgeführt werden.

–M.F.–

ÖTV-Magazin zurückgeschickt

Westberlin. In der letzten Woche erhielt unsere Betriebsgruppe wie üblich das ÖTV-Magazin zur Verteilung an die Kollegen zugeleitet.
an die Kollegen zugeleitet.
Die "Karikatur" auf der Rückseite dieses November-Heftes schlug dem Faß den Boden aus. Benutzte der Hauptvorstand dieses Magazin schon bisher, um gegen Kommunisten zu hetzen (siehe die "Extremisten"-Artikel), so war die Darstellung von wühlenden Gnomen, mit denen wohl Kommunisten gemeint sein sollen, die ein gewichtiger Herr (so werden in diesem Magazin sonst immer die Kapitalisten gezeichnet) mit "Satzungs-Spray" verscheucht, zuviel des Guten.
Der Vorstand der Betriebsgruppe beschloß mit einer Gegenstimme, die ganze Ladung an den Hauptvorstand zurückgehen zu lassen.
Der Antrag dazu wurde von einem sozialdemokratischen Kollegen gestellt, der in der Begründung sagte, daß sich die Gewerkschaft zwar mit Gewerkschaftsfeinden auseinanderzusetzen habe, die Form der Auseinandersetzung jedoch die Diskussion sei und nicht ein Insektenvertilgungsmittel.

–He., Zelle Klinikum Steglitz Ortsgruppe Westberlin–

Delegiertenkonferenz

Berichte aus den Betrieben und Verwaltungen

Etwa 90 Delegierte aus den hannoverschen Verwaltungen und Betrieben des öffentlichen Dienstes hatten sich im DGB-Haus versammelt.
Obwohl man sich bereits seit Monaten darum bemüht hatte, fand es kein Mitglied des geschäftsführenden ÖTV-Hauptvorstandes (gHV) für nötig, auf dieser Versammlung Rede und Antwort zu stehen. Kluncker, Hoffmann und Jacobi glänzten durch Abwesenheit. " . . . keiner war bereit, nach Hannover zu kommen", mußte ÖTV-Geschäftsführer Kraayvanger den Delegierten sagen.

Aus den Verwaltungen und Betrieben wurde berichtet, wie die Stimmung unter den Kollegen ist:
Ein Kollege berichtete, daß bei den meisten Kollegen Empörung über den "Vorschlag" des geschäftsführenden Hauptvorstandes besteht; ein geringerer Teil sei aber auch resigniert und sage: "Was können wir denn noch machen? Die da oben machen ja doch, was sie wollen."
Beim Landkreis Hannover wurden 70 Unterschriften gesammelt für mindestens 200 DM Festbetrag, mindestens 300 DM Urlaubsgeld und für die Durchführung einer ÖTV-Kreismitgliederversammlung.
Aus der Betriebsgruppe der Stadtsparkasse wurde berichtet, daß die Kollegen dort beschlossen hätten, die Fragebögen zur Tarifrunde gar nicht erst zu beantworten, nachdem Klunckers Vorschlag veröffentlicht worden war. Sie forderten, umgehend eine große ÖTV-Mitgliederversammlung einzuberufen, auf der breit über die Forderungen diskutiert werden kann.

Die Meinung der Delegierten zur Fragebogenaktion war einhellig: Das ist eine gute Sache, das muß im nächsten Jahr wieder so gemacht werden, und nicht nur in Hannover, sondern überall.
Die Empörung über die Haltung der SPD/FDP-Regierung zu den Kollegen im öffentlichen Dienst ist groß. Wenn man auch keineswegs einverstanden ist mit Klunckers Vorschlag, so mußte ein SPD-Kollege selbst dazu feststellen: "Unsere Mitglieder in der Regierungspartei waren die ersten, die die Forderung zerrissen haben."

Bei der Abstimmung über die Struktur der Forderung kam es zu einem eindeutigen Ergebnis: Von den 90 Delegierten enthielten sich gerade eine Handvoll, alle übrigen waren für den Festbetrag. Ein Delegierter hatte schon vorher gesagt: "Ich kann mich bei meinen Kollegen im Betrieb nur wieder sehen lassen, wenn ich für 200 DM Festbetrag stimme." Und diese Forderung wurde dann auch bei 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen beschlossen.
Die Forderung nach einem Festbetrag steht also in Hannover. Die Delegiertenkonferenz zeigte aber auch, daß keineswegs eine ausreichende Klarheit unter den Delegierten darüber besteht, wie eine solche Forderung durchzusetzen ist. Eine große ÖTV-Mitgliederversammlung, die ein ausgezeichnetes Mittel wäre, um eine breite Mobilisierung der Kollegen einzuleiten, wurde gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Es kommt jetzt darauf an, unseren Forderungen durch Mitgliederversammlungen in den Betrieben und Verwaltungen den nötigen Rückhalt zu geben, die Diskussionen unter den Kollegen zu führen und so eine breite und vor allem aktive Bewegung in Gang zu setzen.

–K.R., Hannover–

Das Ergebnis der Fragebogenumfrage in Hannover

4 000 Fragebögen wurden bis zum 19.11. ausgewertet. Auf dieser Grundlage wurde von der Kreisdelegiertenkonferenz ein 200 DM Festbetrag verabschiedet.
Mit dem Ergebnis der letzten Tarifrunde waren 69,44 % der befragten Arbeiter nicht zufrieden, vor allem, weil das Urlaubsgeld nicht durchgesetzt worden war.

Die Fragen zur Struktur der Forderung wurden wie folgt beantwortet:

Es sprachen sich aus für:	Arbeiter	Angestellte	Beamte
Nur Prozentforderung	18,22 %	21,11 %	25,5 %
Prozentforderung + Mindestbetrag	11,87 %	11,97 %	44,9 % (zusammen)
Prozentforderung + Sockelbetrag	23,08 %	30,60 %	
Nur Festbetrag	46,83 %	36,32 %	29,6 %

ÖTV-Tarifforderungen

Meldungen, die im Zeitraum 19. bis 26.11. bei der KVZ ein-

Hannover
ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz am 21.11.: 200 DM Festbetrag, mindestens 100 DM Festbetrag für Auszubildende, 300 DM plus 50 DM für jedes Kind Urlaubsgeld. (auf der Grundlage einer Fragebogenumfrage unter den Gewerkschaftsmitgliedern)

Mitgliederversammlung **Jugendamt und Sozialamt der Stadt Hannover** (anwesend etwa 40 Kollegen):
Festgeld 300 DM und Austritt aus der Konzertierten Aktion.

Kreisjugendausschuß 100DM mindestens für Auszubildende.

Mitgliederversammlung der **Ämter Bauverwaltung** (20-25 Kollegen): 200 DM Festgeldforderung, 300 DM Urlaubsgeld 50 DM für jedes Kind.

Im **Jugendamt** sind über 50 Unterschriften für 200 DM-Forderung und 300 DM Urlaubsgeld gesammelt worden, im **Fuhramt** 100 Unterschriften dafür. Im **Krankenhaus Siloah und Nervenklinik** 50 Unterschriften für 200 DM-Forderung.

Hildesheim
Veranstaltung des **Kreisjugendausschusses der ÖTV**: Die ganze Versammlung sprach sich für 170 DM mehr für alle aus, Urlaubsgeld 300 DM plus 50 DM für jedes Kind.

Wolfsburg
Die **ÖTV-Mitgliederversammlung** hat 180 DM für alle gefordert.

Köln
Kreisdelegiertenkonferenz am 18.11.: 100 DM plus 6 %, Urlaubsgeld 300 DM plus 50 DM für jedes Kind.
Die **Schülermitverwaltung der Krankenpflegeschule Unikliniken** schrieb an die große Tarifkommission, was die SMV-Vertreterversammlung am 21.11. beschloß: Für die Auszubildenden in der Krankenpflege sollen in der Tarifrunde die folgenden Forderungen aufgestellt werden: Eingliederung der Krankenpflegeschüler in das System der Vergütungsgruppen für Krankenpflegepersonal nach BAT (Tarife für Krankenpflegepersonal = Kr) Vergütungsgruppe Kr 1 als Entlohnung für alle Kran-
Krankenpflegepersonal = Kr) Vergütungsgruppe Kr 1 als Entlohnung für alle Kran-
kenpflegeschüler, Urlaubsgeld 300 DM für alle Kollegen plus 50 DM Urlaubszuschlag für jedes Kind. Allgemein an die große Tarifkommission: die Tarifrunde ist so zu führen, daß beim Abschluß jeder Kollege mindestens 200 DM erhält. Falls kein Festbetrag von der großen Tarifkommission beschlossen wird, sind die 200 DM als Mindestforderung zu betrachten. Tarifverhandlungen für Krankenpflegeschüler, Praktikanten, Medizinalassistenten und ähnliches gleichzeitig mit den Tarifverhandlungen für die ausgebildeten Kollegen.

Mitgliederversammlung an der Uniklinik am 25.11. bestätigte Forderung der Kreisdelegiertenkonferenz vom 18.11. (siehe oben). Zu Beginn waren 88 Mitglieder anwesend, am Schluß stimmten 43 ab, 24 mit Ja.

Karlsruhe
Betriebsgruppe Stadtamt Durlach, Mitgliederversammlung einstimmig 155 DM für alle und 300 DM Urlaubsgeld, Universität: Betriebsgruppenleitung: 200 DM, Urlaubsgeld 300 DM.
Betriebsgruppe Arbeiter-Wohlfahrt, Mitgliederversammlung einstimmig für 200 DM und Urlaubsgeld 300 DM

Marburg
Betriebsgruppe der Universitätszahnklinik, einstimmig für 250 DM Festbetrag, Urlaubsgeld rückwirkend vom 1.1.1974 300 DM, Angleichung des Urlaubs an die höchste Gehaltsgruppe, tarifliche Absicherung der Vertrauensleutearbeit, Kündigungsschutz, gewerkschaftliche Betätigung während der Arbeitszeit.

Hamburg
Mitgliederversammlung Hafenkrankenhaus: 6 % und 80 DM
Post, Amtsgruppe Fernmeldeamt 3: 200 DM. **Fernmeldeamt 5:** 5 % und 100 DM, 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM pro Kind, 13 DM Sparzulage.

München
Mitgliederversammlung Fachgruppe Hochschulfreie Forschung am 21.11.: Festgeld 250 DM für alle, Urlaubsgeld 300 DM plus 50 DM pro Kind.

Heidelberg
Institutsgewerkschaftsgruppe **Max-Planck-Institut für Kernphysik**, Telegramm an die große Tarifkommission: Wir sind nicht bereit, die Krise der Kapitalisten und des Staates zu finanzieren. Der Vorschlag von Kluncker, 50 DM + 6 %, ist nicht unsere Forderung und die der Masse der Kollegen. Wir fordern Euch auf, als Lohnforderung 250 DM und 50 DM pro Kind zu vertreten.
Resolution des **Max-Planck-Instituts für Medizinische Forschung**: Die Betriebsversammlung des MPI für Medizinische Forschung am 26.11.74 unterstützt die Forderung der Mitglieder der Hochschulfreien Forschung von 250 DM und 50 DM fürs Kind, hält es jedoch für richtig, daß wie im vergangenen Jahr eine Mindestforderung aufgestellt wird, die nicht unter 200 DM mindestens für jeden liegen soll. Mehrheit dafür: 42 gegen 2, 14 Enthaltungen.

Berichtigung: Bei der Meldung über die Sitzung der Amtsgruppe Post der Postgewerkschaft in KVZ Nr.25, Seite 5 unten rechts fehlt die Ortsangabe: **Kiel**

Neustadt/Weinstraße
Deutsche Postgewerkschaft, **Mitgliederversammlung des OVA** am 18.11.: 70 DM plus 7 %, Urlaubsgeld 300 DM.

Post Bremen
Mitgliederversammlung Amtsgruppe Fernmeldeamt 1: 50 DM plus 7 %, mindestens 160 DM.

Braunschweig
Bezirksarbeiterausschuß Post: 50 DM plus 6 %, Auszubildende 50 % von Lohngruppe 4, Urlaubsgeld 300 DM
Vertrauensleuteversammlung des Postamtes Braunschweig: Wie Hauptvorstand der ÖTV

Berichtigung: Braunschweig, Forderungen des Post-Ortsjugendausschusses:
1. Die Forderung für Lehrlinge heißt 50 % von Lohngruppe 4, nicht "einheitlich 600 DM".
2. Urlaubsgeldforderung: 360 DM plus 50 DM pro Kind, nicht 300 DM.

Bremen
Betriebsgruppe der Verwaltungsschule DM 260DM Festgeld, 300DM Urlaubsgeld
Betriebsgruppe beim Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst am 19.11. (25 anwesend): für 200 DM Festgeldforderung, Urlaubsgeld 300 DM plus 50 DM für jedes Kind, Stellenzulagen sollen auf das Grundgehalt angerechnet werden, keine Schlichtungsordnung.
Betriebsgruppe am Zentralkrankenhaus St. Jürgen am 19.11.: 8 %, mindestens 180 DM, 500 DM Urlaubsgeld.
Betriebsgruppe Ausgleichsamt am 19.11. (25 anwesend): 220 DM Festgeld, 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM pro Kind.
Ortsamt Obervieland: ÖTV-Mitglieder fordern gegen die Empfehlung des Hauptvorstandes 200 DM Festgeldbetrag und das Urlaubsgeld von 300 DM plus 50 DM pro Kind.

Herne
Jahreshauptversammlung der ÖTV: 200 DM Sockelbetrag und 3 %, 300 DM plus 60 DM fürs Kind Urlaubsgeld, 650 DM für jeden Auszubildenden.

Mainz
Delegierten- und Vertrauensleuteversammlung der ÖTV-Kreisverwaltung (70 Kollegen anwesend). Bei 4 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen: Festgeld von 250 DM für jeden. Die Forderungen der einzelnen Kreisverwaltungen sollen im ÖTV-Magazin veröffentlicht werden.

Dortmund
Kreisdelegiertenkonferenz: 100 DM plus 6 %, 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM pro Kind. Schlichtung soll erst auf dem nächsten Gewerkschaftstag entschieden werden.

Northeim
Mitglieder der Abteilung Betriebe und Verwaltungen in der Bundeswehr: 200 DM mehr für jeden, 300 DM Urlaubsgeld

Hannoversch-Münden
Ortsverwaltung: 200 DM linear

Göttingen
Mitgliederversammlung der **Abteilung Wissenschaft und Forschung:** 250 DM Festgeldbetrag plus 50 DM für jedes Kind, sowie 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM pro
geldbetrag plus 50 DM für jedes Kind, sowie 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM pro
Kind. Urabstimmung vor Abschluß, keine Schlichtung.

Dortmund
Der **Bundesbeamtenausschuß der Gewerkschaft ÖTV** hat sich für die Aufstellung einer Prozentforderung verbunden mit einem Mindestbetrag ausgesprochen.
Der Arbeiterausschuß der ÖTV, Kreisverband Dortmund, fordert: 120 DM plus 7,5 %, zuzüglich 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM mehr für jedes Kind.
Technikerausschuß: für die Aufstellung eines Sockelbetrages zuzüglich einer Prozentforderung. Das Gesamtvolumen der Forderungen soll 10 % nicht übersteigen.
Die Mitgliederversammlung der Abteilung Wissenschaft und Forschung: 180 plus 3% und ein einheitliches Urlaubsgeld von 300 DM und 50 DM mehr für jedes Kind beschlossen.
Vertrauensleuteversammlung des Bereichs Gesundheitswesen 14.11.74: 6 % plus 100 DM. Darüberhinaus wurde ein einheitliches Urlaubsgeld von 300 DM und 50 DM mehr für jedes Kind gefordert. Bei der Abstimmung über die Struktur der Forderung hatten sich von 50 Vertrauensleuten 24 Kollegen für einen Festbetrag entschieden.
Mitgliederversammlung der Abteilung Energie- und Wasserversorgung: 6 % plus 100 DM
Die Kolleginnen und Kollegen des **Gewerbeaufsichtsamtes** haben für die Tarifrunde eine Erhöhung um 150 DM plus 5 % gefordert.

Kiel
Mitgliederversammlung der ÖTV-Kreisverwaltung Kiel am 18.11.: Mit 64 zu 48 Stimmen beschlossen die Kollegen: mindestens 200 DM für jeden, 300 DM Urlaubsgeld, 600 DM für alle Auszubildenden.

Stuttgart
Kreisdelegiertenvollversammlung der Kreisverwaltung am 13.11. stellt fest: " . . . daß die Richtlinien zum Antrag 408 und der darauf beruhende Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstands dem Sinn des Antrags 408 widersprechen, weil sie die Diskussion in den Betrieben und den Verwaltungen behindern, anstatt sie zu intensivieren."

Etwas über 100 Meldungen erreichten die KVZ von Nummer 21 bis Nummer 26 über Tarifforderungen von ÖTV-Gremien. Wir haben einmal zusammengestellt, welche Gremien was gefordert haben. Wie die Tabelle zeigt, sind in ganz überwiegendem Maße Festgeld- bzw. Mindestforderungen aufgestellt worden. Hier lagen die meisten Forderungen zwischen 200 und 250 DM.

	in %	% + Sockel	Mindestforderung bei % oder gemischt	Festgeld
Mitgliederversammlung		4	9	45
Betrieb und Betriebsgruppe				
Mitgliederversammlung Abteilung		3		5
Vertrauensleute Betrieb		1	1	5
Vertrauensleute Abteilung		1		2
Kreismitgliederversammlung				3
Ortsmitgliederversammlung		1		2
Kreisjugendausschuß				2
Kreisdelegierte		2	1	3

In der Tabelle sind nicht aufgeführt: eine Jugendmitgliederversammlung = Festgeld, drei Arbeiterausschüsse = zweimal Festgeld, einmal % + Sockel, eine Angestelltentagung von zwei ÖTV-Kreisen = Festgeld, drei Angestelltenausschüsse = zweimal % + Sockel, einmal Festgeld, ein Tarifseminar = Festgeld.

Jugendarbeitslosigkeit

130 000 Jugendliche sind in der Bundesrepublik gegenwärtig arbeitslos. Das sind zirka 23 % der Arbeitslosen überhaupt. Über 100 000 Schulabgänger im Herbst stehen ohne Lehrstelle da. Junge Leute, die die Schule hinter sich haben, die meist mit ihren Eltern in viel zu kleinen Wohnungen zusammenhocken müssen, in Vierteln, die ihnen außer Straßen und Kneipen wenig zu bieten haben, die darauf drängen, ihre Kräfte einzusetzen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, ihre Kenntnisse zu vervielfachen – sie werden gezwungen, monatelang wie überflüssige Existenzen herumzulungern, ihren Familien voll auf der Tasche zu liegen oder geraten einfach ins Elend. Die Schulabgänger bekommen entweder gar nichts oder 40 DM in der Woche, bemessen an den geringsten Lehrlingslöhnen.

Bevor sie noch das Los des ausgebeuteten Proletariats erleiden, geraten sie schon an das viel schwerere Los, keinen Ausbeuter ihrer Arbeitskraft, geschweige denn einen Lehrherrn zu finden. Sie erhalten früh ihre Lehre in den Gesetzen der kapitalistischen Profitwirtschaft. Also müssen sie ebenso früh die Konsequenzen aus diesen Lehren ziehen. Die folgende Korrespondenz berichtet von der Situation der arbeitslosen Jugendlichen. –Red.–

2000 von 4000 ohne Lehrstelle

Schon in der Hauptschule beginnt der Kampf um eine Stelle

In den Landkreisen Göttingen, Northeim und Osterode/Harz haben für Ostern 1975 rund 2 000 der insgesamt etwa 4 000 Hauptschüler noch keine Lehrstelle (laut Göttinger Allgemeine vom 29. Oktober). Zuerst versucht die bürgerliche Klasse, speziell ihre Tintenkleckser, diese Tatsachen einfach vom Tisch zu lügen, weil sie sich wohl vor dem Aufruhr unter der Arbeiterjugend fürchten. So hieß es erst am 13. August im Göttinger Tageblatt, daß die Industrie- und Handelskammer ein größeres Angebot an Lehrstellen erwarte. Am 30. August hieß es dann schon im Göttinger Tageblatt, es seien zwar ausreichend Lehrstellen vorhanden, "aber nicht in den gewünschten Berufen", und am 29. Oktober wird schließlich in der Göttinger Allgemeine berichtet, daß eben noch 2 000 eine Stelle suchen.

Die Lage der noch zur Schule gehenden Arbeiterjugendlichen sieht nicht rosig aus. Um die Lehrstellen entsteht in den letzten Klassen ein regelrechter Kampf um die besseren Noten, um die Chance, noch eine Lehrstelle zu bekommen. Die Schulbehörden sind in der Lage, trotz der schlechten Situationen in den Volksschulen – fehlende Lehrer, überfüllte Klassen, Raumnot und geringe Stundenzahlen – den Leistungsdruck bis auf die Spitze zu treiben. Schließlich sieht es dann so aus, daß Einige eine einigermaßene Lehrstelle bekommen, Viele werden in eine Lehrstelle gezwängt, die zu den untergehenden Gewerben gehört, oder sind dreieinhalb Jahre lang eine billige Arbeitskraft in Handwerksklitschen, wo sie dann nach dreieinhalb Jahren arbeitslos sind, oder, wenn sie Arbeit bekommen, als Hilfs- oder Bandarbeiter in die Fabriken gesteckt werden. Ihnen bleibt entweder übrig, Monate oder Jahre auf eine Lehrstelle zu warten. Dann bekommen sie keinen Pfennig vom Arbeitsamt, denn man muß erst 10 Wochen gearbeitet haben, um Arbeitslosengeld zu bekommen. Man kann zwar Unterstützung beim Sozialamt beantragen, aber dies hält es in den meisten Fällen für besser, daß die arbeitslosen Jugendlichen ihren Eltern auf der Tasche liegen.

Oder man kann gleich nach der Schule als Hilfsarbeiter anfangen, wenn man eine Stelle bekommt, und dies ist auch ziemlich schwierig. Die großen Betriebe stellen keine Jugendlichen ein, weil sie von vornherein zugeben, daß sie auf die Jugendarbeitsschutz-Bestimmungen keine Rücksicht nehmen wollen. So bleibt den Jugendlichen dann meistens nichts anderes übrig, als zu sehen, als Hilfsarbeiter in den abenteuerlichen Berufen unterzukommen, z.B. auf dem Bau, als Transport- oder Lagerarbeiter oder bei irgendwelchen Reinigungsfirmen, und dies ist kein Zuckerschlecken. Erstmal ist man bei der Arbeitslosigkeit, und weil man außerdem noch Jugendlicher ist, oft schon von vorneherein der größten Schikane durch Meister und Vorarbeiter ausgesetzt. Und außerdem ist man immer der, der am ehesten wegen jeder Kleinigkeit rausfliegt; und wenn eine junge Arbeitskraft so geschunden wird, dann ist es eben kein Wunder, wenn sie öfter krankmachen muß. So ist der Weg der arbeitslosen Jugendlichen oft ein schikanöser zwischen Arbeitsamt, Arbeitslosigkeit und ekligster Ausbeutung in Betrieben und Klitschen.

Viele Kollegen, die dann eine Lehrstelle bekommen haben, fühlen sich anfangs wie kleine Könige. Aber das dauert nicht lange; man bekommt eben schnell mit, daß man in Handwerksklitschen nur als billige Arbeitskraft gekauft worden ist. Und wenn man anfängt zu rebellieren dagegen, dann sind die Meister und Kapitalisten schnell dabei, zu sagen: "Hier in Süd-Niedersachsen haben wir außer dir noch Zweitausend."

E.G., Göttingen

Stufenausbildung schürt die Konkurrenz

Erfahrungen bei Lloyd-Dynamo Bremen

12 Lehrlinge (6 Elektroanlageninstallateure und 6 Wickler) werden bei LDW nach dem neuen Stufenplan ausgebildet.

Die Ausbildung dieser Kollegen ist in zwei Stufen gegliedert. In den ersten zwei Jahren wird man z. B. Elektroanlageninstallateur, das ist das Gleiche wie ein halbfertiger Starkstromer. Obwohl die Kollegen nur die Hälfte von dem gelernt haben, was früher die Starkstromer wissen mußten, ist ihre Berufsausbildung nach zwei Jahren zunächst abgeschlossen. Die zweite Stufe vom Elektroanlageninstallateur zum Elektroanlagenelektroniker wird bei LDW nicht ausgebildet. Da es in anderen Bremer Großbetrieben genauso aussieht, haben diese Kollegen praktisch keine Chance, in die zweite Stufe zu kommen. Die Einführung des Stufenplans bedeutet also eine offenkundige Verschlechterung der Berufsausbildung.

Wir sind grundsätzlich gegen die Stufenausbildung, selbst wenn in anderen Berufen (Wickler) die Chance besteht, in die zweite Stufe zu kommen. Durch die Stufenausbildung bekommen die Unternehmer ein weiteres Mittel in die Hand, die Ausbildung der Arbeiterjugend ihren Interessen zu unterwerfen.

Brauchen sie viele qualifizierte Fachkräfte, nehmen sie entsprechend viele Kollegen in die zweite Stufe. Brauchen sie wenige, dann schrauben sie die Anforderungen so hoch, daß die Lehrlinge systematisch zur Streberei und zum Arschkriechertum erzogen werden.

Die Stufenausbildung schürt die Konkurrenz und die Unsicherheit. Alle Arbeiter haben ein Interesse daran, daß die Arbeiterjugend gut ausgebildet wird, daß sie lernt, die Produktion zu meistern und für ihre Interessen einzutreten. Mit dem Stufenplan wollen die Kapitalisten genau das Gegenteil.

Es ist deshalb gut, wenn die Arbeiterjugend beginnt, sich gegen diese Ausbildungskonzeption zur Wehr zu setzen. Der Schülerring an der Berufsschule für E-Technik führt gerade eine Unterschriftensammlung durch. Der Ortsjugendausschuß der IG Metall führt am 27.11. eine Veranstaltung gegen die Stufenausbildung durch.

Weg mit der Stufenausbildung!

–LDW/KAJB-Zelle, Bremen–
(aus: Ortsbeilage Bremen)

Darmstädter Lehrlinge machen Fest in eigener Regie

Bei Röhm, einer Chemiefabrik in Darmstadt, haben sich Jugendvertretung und Gewerkschaftsjugendgruppe entdlich einmal etwas Vernünftiges für die Freizeit einfallen lassen. Wir haben uns überlegt, daß man ein Lehrlingsfest machen kann, wo wir über unsere Probleme als Lehrlinge diskutieren können, und wo auch Lehrlinge anderer Betriebe da sein können. Wo man Bier trinken und tanzen kann, ohne daß man gleich von irgendjemand ausgenommen wird.

Dazu haben wir dann folgendes vorbereitet: Die Jugendgruppe hat sich vorgenommen, ein Theaterstück zu spielen, das von unseren Problemen im Betrieb handelt. Dazu griffen wir einen Vorfall im Betrieb heraus: Konkret, die Ablehnung der Forderung nach Fahrgeldrückerstattung – und dann, wie wir es in einem anderen Fall geschafft haben, für unsere Forderung so einzutreten, daß die Geschäftsleitung zu Zugeständnissen gezwungen war. Die Frage des Aufenthaltsraumes nämlich, wo alle Lehrlinge gemeinsam während der Arbeitszeit die Räume, die als Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen, "besichtigt" haben. Das nannte damals die Geschäftsleitung eine "Demonstration".

Gut – wir haben also das Fest vorbereitet, das Theaterstück geschrieben und geprobt, eine Musikgruppe aus Frankfurt-Bornheim eingeladen, Brot, Bier und Schmalz eingekauft – alle Lehrlinge waren eingeladen – und da wollte die Geschäftsleitung uns dazwischenfunken.

Sie wandte sich am Abend, an dem das Fest stattfinden sollte, an den Betriebsrat und meinte, das mit dem Fest, das ginge wohl nicht, die Jugendvertretung hätte dazu eingeladen und die Zustimmung des Betriebsrates würde nicht vorliegen, und das sei rechtswidrig. Im Klartext: Die Geschäftsleitung wollte uns verbieten,

Lehrlingsfest

am 20.11.74
ab 17 Uhr
im Schloßkeller

VERANSTALTET VOM ARBEITSKREIS RÖHM, VON DER JUGENDVERTRETUNG RÖHM UND VOM VERWALTUNGSSTELLENJUGENDAUSSCHUSS DER IG CHEMIE

EINGELADEN SIND DIE LEHRLINGE VON RÖHM, MERCK UND ANDEREN BETRIEBEN IN DARMSTADT UND UMGEBUNG

Lehrlinge

Es gibt Musik, Bier, Schmalzbrot und ein "Sketch" des Arbeitskreises Röhm

das Fest, das nach der Arbeitszeit stattfinden sollte, zu machen.

Am Anfang sind wir ganz erschrocken gewesen und haben uns gefragt, was wir jetzt machen, weil die Geschäftsleitung sich auf Gesetze bezogen hat – und diese Rechtsverdreher es dann wirklich meistens so hinbiegen, daß sie einem an den Karren fahren können. Dann haben wir uns überlegt, daß es wohl wirklich reichlich unverschämt ist, daß sie sich auch jetzt noch in unsere Freizeit reinhängen wollen, und zwar dann, wenn wir etwas Selbständiges unternehmen wollen. Das Rumrennen in Diskotheken wollen sie uns ja auch nicht verbieten!

Wir haben also das Fest trotzdem gemacht, und zwar so, daß einfach ein Anderer offiziell die Einladung übernommen hat, und die Firma uns auch rechtlich nichts mehr kann.

Und das Fest, wie es dann gelaufen ist, ist natürlich wirklich etwas, was den Kapitalisten nicht gefallen kann. Zeitweise sind bis zu 130 Lehrlinge dagewesen. Erst haben wir getanzt. Dann haben wir das Theaterstück aufgespielt. Die Leute haben gejohlt, als wir Szenen gebracht haben, wie die Vertreter der Geschäftsleitung untereinander beredet haben, wie sie uns von unseren Forderungen abbringen können, oder wie sie fast ausflippen, wenn wir selber was machen, ohne sie zu fragen. Danach gab es ziemliche Diskussionen, ob sie sich nun wirklich so verhalten, wenn sie unter sich sind usw. Als dann noch die Musikgruppe aufgetreten ist und Lieder gespielt hat über Arbeitslosigkeit und andere Probleme, war die Stimmung ziemlich oben. Später wurde noch ein Film gezeigt über die letzte Tarifrunde und die Forderung der Lehrlinge nach 600 DM. So um 12 Uhr haben wir dann Schluß gemacht.

Viele waren sich darüber einig, daß man sowas öfters machen sollte. Nur die Geschäftsleitung nicht. Die rasen jetzt im Betrieb herum und wollen die Leute schikanieren, die das Fest aktiv mit vorbereitet haben. Auf die Tour werden sie sich aber nur noch unbeliebter machen.

A.M.

2 Jahre Kampf um eine Rente

Sozialgericht zwingt kranken Dreher, sich im Bundesgebiet leichte Halbtagsstelle zu suchen

In der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten haben 1973 – so der jetzt vorgelegte Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung für 1975 – von den knapp 700 000, die neu ihre Rente erhalten haben, fast 214 000 eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, fast 42 000 eine Rente wegen Berufsunfähigkeit erhalten. 14 000 Männer sind mit 60 Jahren in den Rentenstand versetzt worden, weil sie keine Arbeit mehr finden konnten. Über 80 000 Frauen haben ihre Erwerbstätigkeit mit dem 60. Lebensjahr aufgegeben.

Diese Zahlen verraten, wie die Kapitalisten mit der Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten Schindluder getrieben haben. Auch nach Einführung der flexiblen Altersgrenze sind jährlich Hunderttausende schon vor Erreichen der gesetzlich festgesetzten untersten Grenze von der Hetze und der Schinderei für den Profit der Reichen verschlissen.

Anschließend müssen sie sehen, wie sie ihr Leben fristen können. Nach der Statistik beträgt die Durchschnittsrente für die insgesamt 1 000 000 Erwerbsunfähigkeitsrenten bei Arbeitern im Juli 1974 ganze 348,80 DM, davon bei Männern 604,40 DM, bei Frauen ganze 166,20 DM.

Geraten die Arbeiter und Angestellten aber in die Lage, frühzeitig ihre Rente nötig zu haben, müssen sie anstehen wie lästige Bettler, als hätten sie nicht selbst mit ihrer Hände Arbeit die Rentenkassen gefüllt.

Wie es einem Arbeiter ergangen ist, schildert die folgende Korrespondenz. –H.V.–

Jeder Arbeiter und Angestellte muß jeden Monat ungefähr 9 % seines Lohnes für die Rentenversicherung abführen. Sollte man da nicht annehmen, daß der, der seine Rente braucht, wenigstens ohne Abstrich und Verzögerung zu seinem Recht kommt? Während meiner Ausbildungszeit als Gerichtsreferendar an einem Sozialgericht habe ich täglich miterlebt, was sich abspielt, wenn ein Arbeiter, weil er zu krank zum Arbeiten ist, seine Rente haben will.

Nehmen wir einen der Fälle. Ein Kollege, 50 Jahre alt, litt schon seit geraumer Zeit an Gelenkschäden an Knie und Ellenbogen, Halswirbelsäulenschaden (Kopfweh), Leberschaden, Gastritis, chronischer Bronchitis, Kreislaufstörungen.

Aus diesem Grunde war der Kollege, der seit 20 Jahren in einem großen Betrieb schaffte, während der letzten zwei Jahre 400 Tage lang krank. Anfang des Jahres 1971 wurde er so krank, daß er gar nicht mehr arbeiten konnte. Sein Hausarzt bescheinigte ihm völlige Erwerbsunfähigkeit. Der Kollege stellte daher einen Rentenantrag bei der Landesversicherungsanstalt (LVA). Die LVA ließ ihn von ihrem Arzt untersuchen. Der stellte fest, der Kollege sei zwar nicht völlig gesund, aber er könne noch weiter in seinem Beruf als Dreher ohne Einschränkungen arbeiten (was der Kollege aus Gesundheitsgründen in seinem Betrieb schon seit 10 Jahren nicht mehr tat!). Die LVA lehnte es daraufhin ab, dem Kollegen irgendeine Rente zu zahlen.

Der Kollege ging vors Sozialgericht. Ende des Jahres 1971 wurde ihm dann vom Betrieb gekündigt. Da er sehr krank war und sich gar nicht absehen ließ, ob und wann er wieder gesund werden würde, wäre ein Prozeß vor dem Arbeitsgericht gegen die Kündigung ziemlich aussichtslos gewesen. Inzwischen zog sich sein Prozeß vor dem Sozialgericht ein Jahr lang hin mit Wechseln von Fragebögen und Schriftsätzen.

Da die Krankenkasse ihm jetzt kein Krankengeld mehr weiterzahlte (nach 78 Wochen Krankheit wird man von der Krankenkasse "ausgesteuert"), lebte er jetzt vom Arbeitslosengeld. Das Sozialgericht hatte inzwischen den Bericht seines Hausarztes zur Kenntnis genommen. Obgleich der Hausarzt doch am besten wissen müßte, wie es um seinen Patienten steht, hat er im Verfahren vor dem Sozialgericht überhaupt keine Funktion. Stattdessen muß das Gericht Gutachter bestellen, auf die der Kollege nach dem Gesetz keinen Einfluß hat. Das Gericht bestimmte u.a. den Chef einer Klinik zum Gutachter. Der Kollege ließ sich in der Klinik untersuchen und bekam nach vielen Wochen sein Gutachten. Obwohl er den Klinikchef nicht zu Gesicht bekommen hatte, war das Gutachten von ihm unterschrieben.

Am Ende des mit lateinischen Ausdrücken gespickten Befunds hieß es, der Begutachtete sei fähig, "... leichte, allenfalls mittelschwere Tätigkeiten ohne Heben und Tragen schwerer Lasten bis zu 10 Kilogramm und ohne Bücken vorwiegend im Sitzen auszuüben. Die Tätigkeit sollte in geschlossenen Räumen ohne Einwirkung von Staub, Gasen und Dämpfen, Kälte und Nässe ausgeübt werden und auf ebener Erde stattfinden. Die Arbeit sollte nicht unter Zeitdruck und in einer zeitlichen Eingrenzung von 4 bis 6 Stunden täglich geschehen."

Das Gericht entschied: Der Kollege kann noch arbeiten

Nach inzwischen zwei Jahren fällte das Gericht seine Entscheidung: Es erkannte dem Kollegen eine sogenannte "Berufsunfähigkeitsrente" zu. Das ist eine niedrige Rente, die Ausgleich dafür sein soll, daß ein Kollege durch seine Krankheit nicht mehr in seinem erlernten Beruf arbeiten kann. Eine volle sogenannte "Erwerbsunfähigkeitsrente" gestand ihm das Gericht nicht zu. Er könne noch halbtags als Hilfsarbeiter arbeiten. Wo der 52-jährige Kollege eine Stelle bekommen sollte, kümmerte das Gericht wenig. Nach der Sozialgerichtsrechtsprechung kommt es nämlich nur darauf an, ob im ganzen Bundesgebiet (diese feine "soziale" Rechtsprechung mutet alten und kranken Kollegen ausdrücklich jede Art von Umzug zu!) Hilfsarbeiterhalbtagsstellen überhaupt vorhanden sind (nicht, ob sie frei sind!).

Resultat für den Kollegen: Er bekam ein Zubrot zum Arbeitslosengeld, das ihm später, wenn er statt Arbeitslosengeld nur noch Arbeitslosenhilfe bekommen wird, auch noch auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet wird!

Die oben beschriebene Entscheidung fiel vor einem Dreivierteljahr. Inzwischen hat sich einiges geändert: 1. Wegen der immer stärker anwachsenden Arbeitslosenzahl hat sich die Arbeitslosenversicherung offensichtlich dagegen gewehrt, auch noch ältere und kranke Kollegen, die sie einfach nicht vermitteln kann, unterstützen zu müssen. Stattdessen zeigt sich die LVA jetzt in wesentlich mehr Fällen als bisher bereit, Renten zu geben.

2. Auch die Sozialgerichte entscheiden anders als vor kurzem: Plötzlich heißt es in Fällen wie dem oben beschriebenen, daß der Arbeitsmarkt "verschlossen sei" und der Kollege daher Rente zu bekommen habe.

Es geht wohl darum, die Arbeitslosenversicherung zu entlasten und die Arbeitslosenstatistik etwas niedriger zu halten. Das ändert aber nichts daran, daß die Arbeiter und Angestellten diesen Anstalten, die mit Anteilen ihres Lohnes wirtschaften, ausgeliefert bleiben, solange sie diese Anstalten nicht selbst in die Hand nehmen.

e.n. Heidelberg

Zum 30. Jahrestag der Befreiung und der Errichtung der Volksrepublik Albanien

Das sozialistische Albanien baut erfolgreich seine Industrie auf.


Schüler in der Produktion

Am 29. November 1974 feiert das Volk von Albanien das dreißigjährige Bestehen der Volksrepublik Albanien.

Seit Hunderten von Jahren war Albanien von fremden Mächten besetzt, die das Land und die Menschen rücksichtslos ausbeuteten und nicht im geringsten an den Aufbau des Landes dachten.
So war Albanien bei seiner Befreiung im Jahre 1944 das rückständigste Land Europas: es gab nicht einen einzigen Meter Eisenbahnschienen, so gut wie keinerlei Industrie. Der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung war in der Landwirtschaft beschäftigt, (87 %), über 80 % der Bevölkerung konnten weder lesen noch schreiben. Das albanische Volk, das heute nicht mehr als 2 Mio Menschen zählt, hat unter Führung der PAA aus eigener Kraft einen gewaltigen Schritt nach vorn gemacht. Im ganzen Land gibt es heute große Industrieanlagen, die die einheimischen Rohstoffe (Kupfer, Kohle, Öl etc.) verarbeiten und das Land weitgehend unabhängig machen von Einfuhren aus fremden Ländern.

Während der Anteil der Industrie an der gesamten Produktion des Landes vor der Befreiung nur 8 % betrug und nur 4 % des Nationaleinkommens in der Industrie erzeugt wurden, stieg der Anteil der Industrie bis zum Jahre 1973 auf 60 %. Während unseres zweiwöchigen Aufenthaltes in Albanien hatten wir Gelegenheit, 3 Industriebetriebe Albaniens kennenzulernen (Kupferdrahtwerk in Skhodra, Traktorenersatzteilwerk in Tirana, Stickstoffwerk, Fieri).

Die Grundlage der kapitalistischen Ausbeutung, der Privatbesitz an Produktionsmitteln, wurde durch die sozialistische Revolution in Albanien zerschlagen, und an ihre Stelle setzte die Arbeiterklasse das gesellschaftliche Eigentum und die Leitung der Betriebe (und des Staates) durch die Arbeiter.

In einem sozialistischen Staat wird nicht produziert nach dem Prinzip der Profitmaximierung, es gibt keine Konkurrenzkämpfe, keine Überproduktion, keine Arbeitslosigkeit. Zum einen, weil die Produktion einzig und allein den Menschen dient, weil sie ausgerichtet wird an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen, zum anderen, weil die Produktion nicht chaotisch ist, sondern weil sie planmäßig organisiert wird, weil es die sozialistische Planwirtschaft gibt.

Wie wird der Plan erstellt?

Bei der Besichtigung des Kupferdrahtwerkes in Skhodra (Nordalbanien) stellten wir die Frage:
Wie wird der Plan erstellt?
Wir erfuhren, daß es zur Erstellung des letzten Fünfjahresplanes (1966-71) im ganzen Land über 170 000 Diskussionsveranstaltungen zu den Planvorschlägen gab, auf denen über 140 000 Verbesserungsvorschläge gemacht wurden.
Die Grundlage der ersten Plandiskussion ist ein Vorschlag, der zentral ausgearbeitet wird, von Spezialisten (Ökonomen). Es wird der gesamtwirtschaftliche Rahmen abgesteckt (z. B. Maßnahmen zum Ausgleich des Unterschiedes von Stadt und Land, Akkumulationsfonds). Diese groben Richtlinien werden in den Betrieben, LPG's, Wohnblocks diskutiert. Die einzelnen Abteilungen beraten in ihren Versammlungen, wie sie den Plan erfüllen oder übererfüllen können, welche Verbesserungsvorschläge sie haben, welche Normen sie festlegen, wie sie die Maschinen verbessern, Material sparen und die Produktion erhöhen können.
Die Kritik und Verbesserungsvorschläge werden zentral gesammelt. Auf ihrer Grundlage wird der Plan geändert. Dieser 2.Vorschlag wird erneut von allen Albaniern beraten. Das 2.Mal werden also im ganzen Land Kritiken gesammelt und wieder verarbeitet – jetzt erst entsteht der endgültige Plan, der als Norm zurückgeht in die Betriebe.
Auf diese Art der Plandiskussion ist die gesamte Arbeiterklasse und das albanische Volk beteiligt an der direkten Planung der Produktion.
In den Fabriken, aber auch in den Dörfern, sahen wir Tafeln, die sowohl über die Projekte des 5-Jahres-Planes informierten als auch den gegenwärtigen Stand der Planerfüllung angaben. Wird die Kontrolle über die Einhaltung der Pläne nun von Ingenieuren, Verwaltungsangestellten oder Meistern durchgeführt, die die Arbeiter zu immer höheren Leistungen anspornen?
Natürlich nicht – für die Einhaltung der Pläne sorgt – ebenso wie für die Erstellung – die Arbeiterklasse und das Volk.
In jeder Abteilung jedes Betriebes werden Komitees gewählt, die insbesondere die Aufgabe haben, die Einhaltung des Planes bezüglich der festgelegten Qualität und Quantität, aber z. B. auch die Einhaltung der Maßnahmen des Unfallschutzes etc. zu überwachen.

Die Arbeiter regeln auftretende Probleme selbst

Alle Arbeiter wählen die Mitglieder der Komitees, bei denen es sich um erfahrene und gute Arbeiter handelt. Die Komitees sind den Arbeitern gegenüber rechenschaftspflichtig und bei Fehlern jederzeit abwählbar.
Im Kupferdrahtwerk wurde uns folgendes Beispiel über die Arbeit der Komitees berichtet:
"Früher arbeiteten wir mit Sperrholzspindeln. Diese waren schlecht. So ging eine Gruppe nach Elbansan (wo diese hergestellt werden) und brachte das in Ordnung." An diesem Beispiel wird besonders gut die direkte Herrschaft der Arbeiterklasse in der Produktion deutlich.
Es ist kein Weg durch die Verwaltung erforderlich (wobei dann letztlich die Verwaltung entscheidet), sondern die Arbeiter der Fabriken regeln ihre Probleme selbst.
Ein anderes Beispiel erfuhren wir im Traktorenersatzteilwerk (TEW) in Tirana:
"Vor einiger Zeit konnte in einer Abteilung der Plan nicht erfüllt werden, da vom Ministerium keine
Materialien geschickt wurden. Daraufhin ging die Arbeiterkontrollgruppe ins Ministerium und stellte dort Schlampereien fest. Diese wurden kritisiert, das Ministerium leistete Selbstkritik und die Materialien kamen, sodaß der Plan erfüllt werden konnte."
Ein Prinzip der Albaner ist es, den Verwaltungsapparat so gering wie nur möglich zu halten. Im Mao Tse-tung-Textilkombinat gibt es z. B. 6 500 Arbeiter, aber nur 20 Verwaltungsangestellte.
Die Partei der Arbeit Albaniens achtet besonders darauf, daß sich der Verwaltungsapparat nicht verselbständigt, daß nicht, wie in der Sowjetunion, die Bürokratie sich zu einem Apparat entwickelt, der die Arbeiter beherrscht. In Albanien verbringen alle, die nicht in der Produktion arbeiten, eine bestimmte Zeit in der Fabrik oder in der Landwirtschaft, und zwar entweder 1-3 Monate im Jahr oder 1 Tag in der Woche. Hierdurch wird eine enge Verbindung der Kader und der Massen gewährleistet. Gleichzeitig ist dieses Prinzip ein wichtiger Hebel im Kampf gegen die Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Auch für die Aufnahme in die PAA ist eine 3jährige Bewährung in der Produktion Voraussetzung. Im TEW begegneten wir einem Mathematik-Professor, der im Rahmen dieser Kandidatenzeit dort arbeitete.

Der Verwaltungsapparat so klein wie möglich

Besonders auffällig für uns war das äußere Erscheinungsbild der Fabriken: die Fabriken umfassen ein sehr großes Gelände. Zu jeder Fabrik gehören z. B. Sportanlagen wie Fußball- und Volleyballplatz, auf denen die Arbeiter zum Ausgleich und zum allseitigen Training des Körpers Sport treiben können. Besonders überrascht waren wir über das viele Grün, das sich in den Fabriken befand. Auf allen Wegen, zwischen den einzelnen Werkhallen usw. standen Blumen, Büsche und Bäume. Dies ist für unsere Verhältnisse ein unvorstellbares Bild.

Sportplätze und Schule bei jeder Fabrik

Für uns unvorstellbar, für das sozialistische Albanien jedoch eine Selbstverständlichkeit ist es auch, daß zu jeder Fabrik eine Schule gehört.
Um die Fabriken und auch den gesamten Staat leiten zu können, sind große fachliche und politische Kenntnisse erforderlich. Die Kommunistische Partei sorgt dafür, daß jeder Arbeiter sich diese erwerben kann. Im Kupferdrahtwerk z. B. besuchten 75 % der Arbeiter eine Mittel- oder Berufsschule, die innerhalb des Betriebes untergebracht sind. In großen Betrieben gibt es auch eine Fachschule oder eine Zweigstelle der Uni.

> **Grußtelegramm**
>
> An die
> Regierung der Volksrepublik Albanien
>
> An das
> Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens
>
> Genossen,
> zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens und der Errichtung der Volksmacht senden wir dem albanischen Volk und der Partei der Arbeit Albaniens herzliche Glückwünsche.
>
> In den 30 Jahren sozialistischen Aufbaus hat das albanische Volk große Siege gegen äußere und innere Feinde, gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Revisionismus errungen und sich als Bollwerk des proletarischen Internationalismus erwiesen.
>
> Wir sind sicher, daß das albanische Volk unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens auf diesem Weg weiter als leuchtendes Beispiel für die Völker der Welt und die internationale Arbeiterklasse voranschreiten wird.
>
> Zentrales Komitee
> des Kommunistischen Bundes
> Westdeutschland

In Albanien hat der Arbeiter während des Schulbesuches nicht große Schwierigkeiten zu überwinden, sondern die Schule/Uni kommt in die Fabriken, es wird von seiten des Staates gefördert, daß sich die Arbeiter weiterbilden. So kann jeder Arbeiter, jeder Hilfsarbeiter zum Ingenieur werden. Für die Dauer der Weiterbildung wird selbstverständlich der Lohn weitergezahlt, die Arbeiter werden für einige Zeit z. B. 2 Stunden täglich, von der Arbeit freigestellt.

Fachliche und politische Ausbildung

Neben der fachlichen gibt es in Albanien auch eine intensive politische Schulung der Arbeiter. Die Schulungen werden von der Gewerkschaft in Zusammenarbeit mit dem KJV durchgeführt. Im TEW in Tirana sahen wir ein Plakat, auf dem das Schulungsprogramm der nächsten Monate stand. Neben Texten der Klassiker des Marxismus-Leninismus und der Schriften des Genossen Enver Hoxha wird regelmäßig, während der Arbeitszeit, das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, Zeri Populi und wichtige Beschlüsse der Partei studiert und diskutiert.
Die Ausbildung der Lehrlinge dauert in Albanien 9 Monate.
Zu Beginn der Ausbildung werden die Lehrlinge vertraut gemacht mit den Sicherheitsmaßnahmen im Betrieb. (Auch zum Abschluß der 8-jährigen Schule muß jeder Schüler eine Prüfung ablegen in Unfallverhütungsmaßnahmen). Die Lehrlinge werden von erfahrenen Arbeitern und Ingenieuren im Betrieb und in der werkseigenen Schule ausgebildet. Sie erhalten 50 % des Lohnes eines Arbeiters. Die Normen für die Löhne werden festgesetzt für jede Brigade – entsprechend den besonderen Bedingungen an den verschiedenen Arbeitsplätzen. Eine Höherstufung in eine andere Lohngruppe erfolgt bei weiterer Qualifizierung. Dies ist gleichzeitig ein Anreiz zur Weiterbildung der Arbeiter, und dies ist gerade für ein so rückständiges Land wie Albanien von großer Bedeutung.

Schwerarbeiter – mehr Urlaub, mehr Pausen

Für Schwerarbeit z. B. gelten folgende Bedingungen:
Schwerarbeiter bekommen mehr Urlaub, können den Urlaub billiger verbringen oder es gilt die Regelung: 1 Std. Arbeit, 1/2 Std. Pause und dann einige Stunden leichte Arbeit. Die Differenz zwischen den Löhnen ist äußerst gering: Im Stickstoffwerk in Fieri erfuhren wir, daß dort der Anfangslohn eines Arbeiters 550,– lek ist, ein mittlerer Arbeiter verdient 720,– -820,- lek, ein Ingenieur 950,– lek und der höchste Lohn im ganzen Werk beträgt 1 050,– lek.
Für uns völlig unbekannt ist auch, daß es in Albanien gesetzlich verboten ist, Lohnrückstufungen vorzunehmen.
Eine Selbstverständlichkeit ist es für die Albaner, daß jeder Betrieb seine eigene Kantine (Mittagessen kostet 1,30 - 1,50 lek) hat, seinen eigenen Kindergarten sowie Ärzte und Krankenschwestern, die die Gesundheit der Arbeiter überwachen.
Völlig unbekannt ist natürlich für die Albaner auch so etwas wie Werksschutz – denn in Albanien gibt es ja schon seit 30 Jahren keine Kapitalisten mehr, die sich und ihr Werk schützen lassen müssen. In diesem Zusammenhang will ich kurz auf das Verhältnis zwischen der Polizei und der albanischen Bevölkerung eingehen: schon durch das äußere Erscheinungsbild unterscheiden sich die albanischen Polizisten erheblich von ihren "Kollegen" in den kapitalistischen Ländern: bei ihnen findet man weder eine Waffe noch eine pikobello sitzende Uniform, sie haben weder die angsteinflößende Haltung noch den feindseligen Blick.
Zur Erkennung tragen die albanischen Polizisten zwar eine Uniformjacke, ansonsten unterscheidet sie jedoch nichts von den übrigen Menschen: freundlich mit den Menschen redend sieht man sie an den Straßen stehen, sie werden gegrüßt und grüßen wieder, man merkt: dies sind keine Polizisten gegen das Volk, sondern Polizisten des Volkes, es besteht ein Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und dem Volk.
Doch zurück zur Industrie.

Arbeiter und Bauern beraten sich gegenseitig

In Albanien bestehen feste Verbindungen zwischen den Produzenten und Konsumenten. Regelmäßig gehen z.B. Arbeiter des TEW aufs Land, um die Bauern über die Qualität und Nützlichkeit ihrer Produkte zu befragen; ebenso kommen häufig Bauern in die Fabrik, um gemeinsam mit den Arbeitern und Technikern über eine Verbesserung der Produkte zu beraten.

Ein Erfolg des Sozialismus

Ein Beispiel der Hilfe soz. Bruderstaaten erlebten wir im TEW: wir sahen, wie chinesische und albanische Arbeiter gemeinsam an einer neuen Maschine arbeiteten, die aus China importiert worden war. Wir erfuhren, daß ein albanischer Arbeiter an einer anderen Maschine, die auch aus China kam, einen Verbesserungsvorschlag erarbeitet hatte, der die Produktion dieser Maschine erhöhte. Dieser Verbesserungsvorschlag wurde unverzüglich den chinesischen Arbeitern zugestellt, damit er auch in China zum Vorteil aller Menschen angewandt werden konnte.
Bei der Besichtigung der Industriebetriebe wie bei allen Besichtigungen und Fahrten konnten wir die großartigen Erfolge bewundern, die das albanische Volk unter Führung der PAA mit dem Genossen Enver Hoyha an der Spitze errungen hat.
Wir sahen, daß nur im Sozialismus, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist und die Arbeiter die Macht haben, daß nur dort sich wirklich alles nach den Bedürfnissen und Interessen der Mehrheit der Menschen richtet.

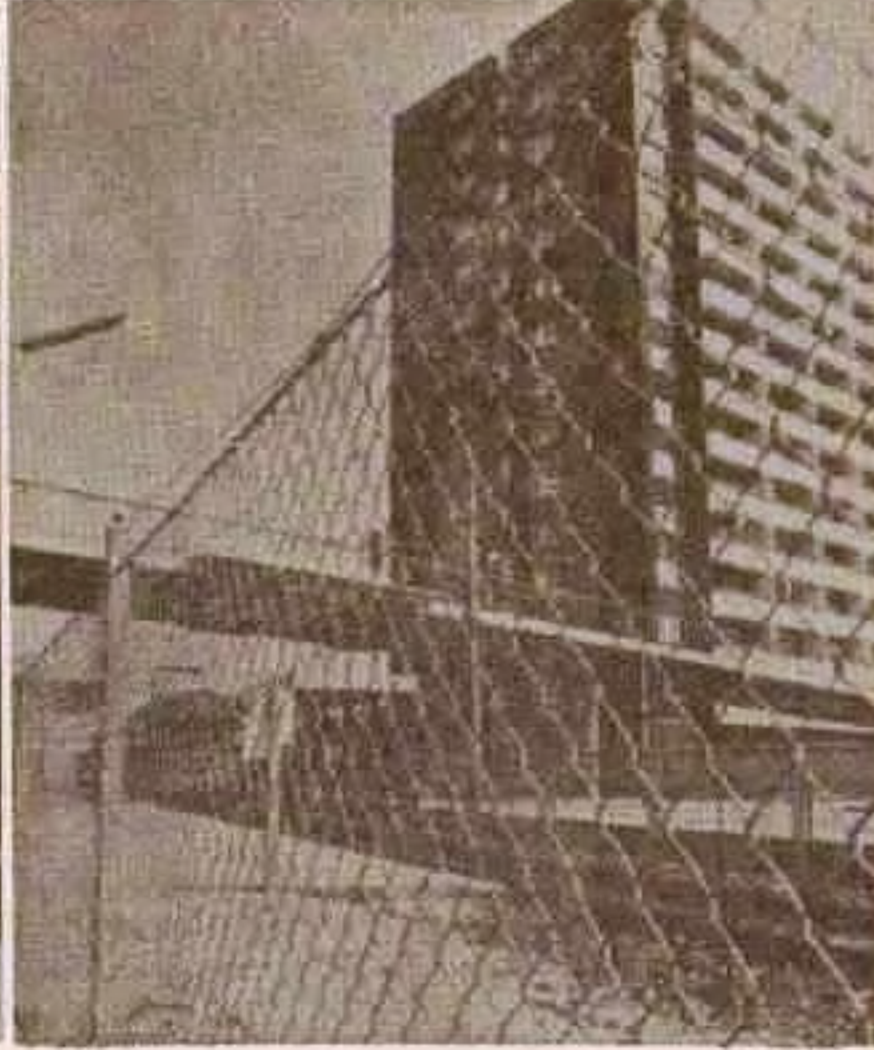
–H.G.–

Fremdsprachige Sendungen von Radio Tirana

Uhrzeit	Meterband
deutsch	
5.00– 5.30	50; 41; 215
12.00–12.30	32; 41
13.30–14.00	32; 41
15.00–15.30	32; 41
17.00–17.30	32; 41
18.00–18.30	50; 41
20.30–21.00	50; 41; 215
22.00–22.30	50; 41; 206
serbo-kroatisch	
5.00– 5.30	42; 49; 247
12.30–13.00	42; 247
14.00–14.30	42; 247
16.00–16.30	42; 49; 247
17.30–18.00	42; 49
20.00–20.30	42; 247
22.00–22.30	42; 49

In den nächsten Ausgaben der KVZ werden wir die Sendezeiten und Bandbreiten für die weiteren Sendungen in anderen Sprachen abdrucken.





Mit einem abgezäunten Straßenbahngleis wurde das Viertel auseinandergeschnitten.

Wohnkäfige für die arbeitenden Massen

Aus dem Untersuchungsbericht der Stadtteilzelle Kattenturm in Bremen

Das Kattenturmer Wohngebiet wurde 1968/69 erbaut. Zu dieser Zeit lagen die negativen Erfahrungen mit dem Bau reiner Wohngebiete, die man besser als Schlafstätten bezeichnen sollte, bereits lange vor. Trotzdem wurde in Kattenturm wieder ein Wohngebiet ohne eine ausreichende Anzahl von Kindergärten, Sportanlagen, Spielplätzen, Kinos, Jugendheime, Büchereien usw. gebaut. Es gibt lediglich vier kleine Kneipen, die Treffen auch außerhalb der Wohnung möglich machen. Heute müssen in Kattenturm über 15 000 Menschen mit diesen unhaltbaren Zuständen leben.
In unserem Stadtteil wohnen, wie in anderen Trabantenstädten auch, in erster Linie Arbeiterfamilien. Die Werktätigen sind gezwungen, sich in den Randgebieten anzusiedeln, da sie die wahnwitzigen Mieten in den zentral gelegenen Stadtgebieten nicht zahlen können. Und die gerade noch erschwinglichen zentralgelegenen Altbauwohnungen werden abgerissen, damit an ihrer Stelle Bürosilos entstehen können, die den Eigentümern mehr Profit bringen. Die Menschen sind also nicht freiwillig nach Kattenturm gezogen, etwa weil hier die Lebensbedingungen so anziehend wären, sondern sie wurden durch ihre materielle Lage gezwungen, diese menschenfeindliche Betonlandschaft zu beziehen.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt

Aber nicht nur in den Altbauvierteln steigen die Mieten durch die Sanierung, sondern auch in den Neubauwohnungen der Randgebiete steigen sie unablässig und erreichen astronomische Höhen. Aus diesem Grund und weil die Situation in Kattenturm so trostlos ist, verlassen viele Menschen schon nach kurzer Zeit dieses Wohngebiet wieder. Die Zahl dieser Menschen ist sprunghaft gestiegen:
Allein im Januar/Februar 1974 gab es mit etwa 75 Umzügen so viele wie im gesamten zweiten Halbjahr 1973. Rechnet man diese Zahl auf ein Jahr um (= 450 Umzüge) – und der Trend hält an – bei etwa 2 700 Neubauwohnungen, so zieht innerhalb eines Jahres jede sechste Familie von Kattenturm weg. Diese Zahl ist außerordentlich hoch und spiegelt die Verhältnisse in Kattenturm wider.
Jetzt, fünf Jahre seit Erbauung des Stadtteils, kürzte der Bremer Senat auch noch die Zuschüsse, die er an die unersättlichen Wohnungsbaugesellschaften zahlt, um 45,9 Pfennig je Quadratmeter. Die Wohungsbaugesellschaften legten diese Kürzung natürlich prompt auf die Mieten um, was zu einer erneuten Steigerung der Mieten um 35 bis 45 DM führte.
Unabhängig davon dürfen die "sozialen" Wohnungsbaugesellschaften auf Beschluß der Bundesregierung ihre Mieten ab 1. Januar 1975 nochmal um 30 Pfennig pro Quadratmeter erhöhen. Es dauert also nicht mehr lange, dann müssen einige Mieter einen Hundertmarkschein mehr auf den Tisch legen.

Eine 33-jährige Frau aus Kattenturm (verheiratet, ein 7-jähriges Kind) erzählte uns:
Wir sind im Oktober 1970 hierher gezogen. In Huckelriede wurde unsere Wohnung zu klein. Aber wir wollen hier auf keinen Fall wohnen bleiben. So ideal sind die Wohnungen hier nicht. Und vor allem, wer soll denn diese Mieten bezahlen? Hier gibt's ja nichts! Keine Spielplätze, kein Schwimmbad, keine Volkshochschule, nicht mal 'ne kleine Bücherei. Einkaufen kann man hier, ja, aber als ob man immer nur essen will! Nee, hier hält uns nichts, wir ziehen hier wieder weg.

Die Bauweise der Wohnungen

Die Bauweise dieser Wohnungen konnten sich nur Menschen ausdenken, die von Anfang an wußten, daß sie selbst dort nicht zu wohnen brauchten. Diese edlen Geschöpfe haben unter strengster Ausrichtung auf den größtmöglichen Profit Wohnblöcke gebaut, in denen es entweder nur Dreieinhalb-, Drei oder Zweizimmerwohnungen gibt. Auch extra Appartmenthochhäuser wurden erstellt. Diese Bauweise ist die Regel, auch wenn es Ausnahmen gibt.
Das führt dazu, daß sich die Menschen in den Dreieinhalb-Zimmer-Wohnblocks fast tottrampeln. Und der Lärm der Kinder, die keinen vernünftigen Spielplatz haben (es gibt gerade einen!), dröhnt einem von morgens bis abends in den Ohren. Es kommt nicht selten vor, daß in einem Block mit sechs solcher Wohnungen etwa 20 bis 25 Kinder wohnen. Obwohl in Kattenturm mehr kinderreiche Familien angesiedelt wurden als in vergleichbaren anderen Stadtteilen, wurde bei der Konzeption des Wohngebietes auf die speziellen Bedürfnisse der kinderreichen Familien in keiner Weise eingegangen. Dies wird unter anderem daran deutlich, daß es Wohnungen mit über 90 Quadratmeter Wohnfläche so gut wie überhaupt nicht gibt. Der Staat läßt solche Wohnungen auch nur sehr ungern bauen, da ihm klar ist, daß die Mieten bis zu 600 DM betragen werden. Und welche dieser Familien, für die diese Wohnungen gebaut werden sollten, könnte das schon bezahlen? Die potentiellen Mieter solcher Wohnungen könnten also aufgrund der hohen Mieten nur absagen oder zu Klienten des Sozialamtes werden. Als Klienten des Sozialamtes aber würden die Mieter wieder dem Staat zur Last fallen, und genau dies will er vermeiden.

In den kleinen Wohnungen schauen sich auf der anderen Seite fast ausschließlich nur alte Leute an, die oftmals nicht wissen, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen und durchaus auch gern mit jungen Familien zusammen in einem Block wohnen würden, um am Leben mehr teilnehmen zu können.

Ein Musterstück dieser Planung ist das Wohnsilo Hermann-Entholt-Straße 1, in dem fast ausschließlich ältere Leute in Appartmentwohnungen wohnen. Dort ist es inzwischen so weit gekommen, daß drei ältere Leute aufgrund ihrer Isolation in eine Nervenklinik eingeliefert werden mußten, denn ihre Nerven gingen mit ihnen durch.

Die Situation der Kinder und Jugendlichen in Kattenturm

Wenn man tagsüber durch das große Einkaufszentrum in Kattenturm geht, wimmelt es dort von Kindern. Wenn man abends durch das Einkaufszentrum geht, begegnet man vielen Jugendlichen, die dort nur einfach so herumstehen oder -sitzen. Wie kommt's?
Daß sich die Städteplanung nicht nach den Bedürfnissen der Menschen richtet, sondern allein möglichst profitträchtige Bauten in die Gegend setzt, wird drastisch offenbar auch an der Behandlung der Kinder. Wie heißt es in einem Prospekt über Kattenturm, der vom Senator für das Bauwesen 1972 herausgegeben wurde?

"Zwischen den einzelnen Wohnblocks sind Spielzonen entstanden, die – ungestört vom Verkehr – ein wohnungsnahes und gefahrloses Spielen ermöglichen."

Wie sieht es aber tatsächlich für die Kinder in Kattenturm aus?



Auf dieser Wiese z.B., die geradezu einlädt zum Spielen und wo die Kinder tatsächlich nicht durch den Verkehr gefährdet sind,
ist das Spielen verboten!

Und jedesmal, wenn die Kinder es wieder versuchen, diese Wiese zu erobern, werden sie vom Hausmeister fortgejagt.
Wo bleiben die Kinder dann? Wohin können sie ausweichen?
Hier z.B. versuchen kleine Jungen, direkt vor dem Hauseingang Fußball zu spielen. Daß das auch keine Lösung ist, merken sie spätestens dann, wenn der Ball dauernd in die Anpflanzungen fliegt und auch hier die Leute schimpfen.
Oder diese Mädchen, sie haben sich auf dem Beton, direkt vor dem Kleinen Einkaufszentrum, ziemlich nah an der Straße, eine Decke ausgebreitet, um mit ihren Puppen zu spielen. Wo sollen sie auch sonst hingehen, wenn ihnen das Wetter schon wenigstens erlaubt, die engen Wohnungen zu verlassen und mit ihren Freunden zu spielen?

Kattenturm ist das kinderreichste Gebiet der Bundesrepublik!

18 von 100 Einwohnern sind hier Kinder, während der Bremer Durchschnitt bei 8,5 % liegt. Und wie hat man die speziellen Bedürfnisse von den fast 3 000 Kindern hier bedacht?
Einen einzigen großen Kinderspielplatz gibt es hier!

Wie's für die Jugendlichen aussieht, schildert ein Flugblatt, mit dem jetzt eine Jugendgruppe die Forderungen nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung begründet hat

"In der Freizeit ist unser Aufenthalt die Straßen, Garagen und Telefonzellen, und wenn man uns nicht vertreibt, spielen wir auch mal auf dem Rasen Fußball. (. . .)
Dann bleiben uns noch die Kneipen, vielleicht ist das der richtige Ort für uns?
Regnet es, sind wir auf überdachte Räume angewiesen:
Spielen wir aber in Hauseingängen, Fluren oder Garagen, kriegen wir Ärger, wenn wir laut sind oder mal ein paar Zigarettenkippen mehr auf dem Boden liegen.
Oder spielen wir in unseren Wohnungen, die in der Regel zu klein sind, müssen wir entweder allein etwas unternehmen oder, wenn wir unsere Freunde einladen, Krach mit unseren Eltern riskieren, die auch mal ihre verdiente Ruhe haben wollen."

Die Verkehrssituation in Kattenturm

Der Senat war aber mit der Einsperrung der Bewohner in die Wohnkäfige noch nicht zufrieden. Da hat er schließlich von seinem Planer auf dem Reißbrett einen Strich ziehen lassen. Das ist die Straßenbahnlinie 1, die mit ihrem abgezäunten Gleiskörper jetzt das Viertel in zwei Hälften teilt.
Als er dann auch noch die Robert-Koch-Straße in der einen Richtung sperren ließ, wurden die Kattenturmer rebellisch und erzwangen durch eine Unterschriftensammlung und viele Leserbriefe in der Lokalpresse, daß die Zufahrt von der Theodor-Billroth-Straße wieder freigegeben wurde.

Stadtteilzelle Kattenturm,
Bremen





Marckolsheim – Besetzung fortgesetzt

In der letzten Nummer der Kommunistischen Volkszeitung steht auf Seite 10: "Die Marckolsheimer Platzbesetzer feiern ihren Sieg."
Diese Aussage stützte sich auf Radio- und Pressemeldungen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Erfolgsberichte nur auf eine Aussage des französischen Umweltschutzministers gegenüber der ORTF zurückgehen, auf die Aussage eines Ministers also, der keinerlei Entscheidungsbefugnisse in dieser Sache hat.
Es ist so: Nichts ist entschieden, die Baugenehmigung nicht zurückgenommen. Geändert aber hat sich die Taktik der französischen Regierung, die nun versucht, die Burg von innen zu nehmen.
Der Schachzug hat bereits erste Wirkungen gezeigt. Während die einen davon ausgehen, daß sich die Lage verändert hat, daß es nun darauf ankommt, "guten Willen" zu zeigen, dem Gemeinderat von Marckolsheim "Verhandlungsspielraum" zu geben, die Position des Umweltschutzministers zu stärken, und dazu die Besetzung abzubrechen oder nur auf "Sparflamme" weiterzuführen, sind die anderen der Meinung, daß wir jetzt auf keinen Fall in unseren Aktivitäten nachlassen dürfen, daß es darauf ankommt, in der Initiative zu bleiben, daß wir den Behörden keine Verschnaufpause geben dürfen und verstärkt die sofortige Zurücknahme der Baugenehmigung fordern müssen.
fordern müssen.
Nach lebhafter Diskussion haben die 21 Bürgerinitiativen letzten Donnerstag einmütig beschlossen, den Platz weiterhin zu besetzen, bis eindeutig entschieden wird, daß das Bleiwerk nicht gebaut wird. Ferner wurde bekräftigt, daß gegen den Bau des Kernkraftwerks entschlossener Widerstand geleistet wird und daß auch dort, wenn notwendig, der Bauplatz besetzt wird.

Erfolgreicher Kampf der Bevölkerung: Die Malscher Giftkippe bleibt zu!

Wie wir in der KVZ Nr. 23/1974 berichtet haben, wurde die Malscher "Sondermülldeponie" Ende Oktober von der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden besetzt. Die Bevölkerung war entschlossen, der Gefährdung ihres Lebens durch die Ablagerung von höchst gefährlichen Giften und dem widerlichen Gestank ein Ende zu machen.
Auf einer weiteren Bürgerversammlung Mitte November in Malsch bekräftigten dann über 600 Bewohner der betroffenen Gemeinden gegenüber den anwesenden Vertretern des Landratsamtes und Abgeordneten des Landtags noch einmal ihren einheitlichen Willen, bis zur endgültigen Schließung der Deponie weiterzukämpfen.

In der vergangenen Woche nun war der zuständige Landrat Neckenauer schließlich gezwungen, in einer öffentlichen Stellungnahme bekanntzugeben, daß "der Weiterbetrieb der Sondermülldeponie nicht mehr zu verantworten" sei.
Jahrelang zeigten diese Herren in Landesregierung, Landtag und Behörden nur "Verständnis" (so wörtlich Landrat Neckenauer noch vor wenigen Wochen) für die Interessen der Kapitalisten, die ihren giftigen Industrieabfall so billig wie möglich loswerden wollen.
Der baden-württembergische Umweltminister Brünner (CDU) ging in seinem "Verständnis" für die Interessen der giftmüllproduzierenden und -beseitigenden Kapitalisten so weit, daß er ein Gutachten eines hessischen Institutes, nach dem in der Malscher Deponie ein Cyanidgehalt von 8,0 Milligramm pro Liter festgestellt wurde – das 80-fache des offiziell zulässigen Werts, eine Menge, die ausreicht, um Menschen und Tiere schon bei Kontakt mit dem Wasser zu töten – über Monate hinweg schlichtweg verheimlichte.
Der selbständige Kampf der Bevölkerung hat den Herren jetzt einen Strich durch die Rechnung gezogen. Nun heißt es plötzlich, der Weiterbetrieb der Deponie sei "nicht mehr zu verantworten"!

P.L., Wiesloch



In der kleinen Stadt Achim bei Bremen hat sich, wie wir schon in der letzten KVZ berichtet haben, eine breite Front gegen die geplante 100 %-Erhöhung der Müllgebühren gebildet, die mit der Übergabe der Müllabfuhr an einen Privatkapitalisten gebunden ist. Auf einer erneuten Versammlung erschienen rund 700 Achimer und brachten die herbeizitierten Parlamentarier ins Schwitzen. Die Versammlung beschloß, die laufende Unterschriftenaktion (schon 5 000) im ganzen Kreis weiterzuführen und forderte alle Bürger auf, die Antwortkarten an die Kreisverwaltung, durch die der Bedarf festgestellt werden soll, nicht zurückzuschicken. Am 30.11. wird in Achim eine Protestkundgebung durchgeführt, und Mitte Dezember sollen auf einer zentralen Veranstaltung in der Kreisstadt Verden die Unterschriften übergeben werden.

Im toten Trakt Köln-Ossendorf

Seit zwei Monaten besuche ich im Gefängnis Köln-Ossendorf, dem neuen "Klingelpütz", einen türkischen Arbeiter. Zusammen mit zwei weiteren türkischen Kollegen und einer Studentin wurde er Anfang Mai 1973 unter fadenscheinigen Anschuldigungen festgenommen. Angeblich fand man bei einem von ihnen eine Pistole. Ansonsten bleibt der vage Vorwurf: Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung.

Schon wenn man sich die Erlaubnis zum Besuch der U-Häftlinge bei der Staatsanwaltschaft holen will, kriegt man eine Ahnung von der Sonderbehandlung politischer Häftlinge. Das artet oft in ein regelrechtes Verhör aus: Was wollen Sie da? Woher kennen Sie den Mann überhaupt?

Auf meine Frage, warum der türkische Genosse immer noch in U-Haft sitzt, antwortete mir der Staatsanwalt dem Sinne nach, daß er dort noch lange sitzen werde, wenn er nicht zur "Zusammenarbeit" mit den Ermittlungsbehörden bereit sei. Das sollte ich dem Gefangenen klarzumachen versuchen.

Wenn man glücklich die Besuchserlaubnis hat – nicht ohne ausdrückliches Verbot, linke Zeitungen von KVZ bis Roter Morgen mitzubringen – fangen die Schikanen im Gefängnis an. Zu Anfang wird man erst einmal gründlich gefilzt, anders als die anderen Besucher. Zettel und Papiere (sie sollten zu Hause bleiben) werden lange studiert. Danach beginnt die Waffendurchsuchung: einmal mit einem elektrischen Gerät, und zur Sicherheit nochmal durch Abtasten

Schließlich kommt es dann zu dem viertelstündigen Besuch. Der politische Häftling wird dabei grundsätzlich nur einzeln vorgeführt; nicht wie bei den anderen Gefangenen, daß mehrere Häftlinge unter Aufsicht eines oder zweier Wärter miteinander sprechen können. Nein, man sitzt in trautem Kreise zu dritt, den Wärter immer auf der Pelle. Er hört genau zu und greift sofort ein, falls man auf das Verfahren zu sprechen kommt. An ungestörte Unterhaltung ist also nicht zu denken.

Dabei sind die kurzen Gespräche noch die einzige Möglichkeit, die Folgen der Isolationshaft ein wenig zu lindern. In der letzten Zeit sind die Haftbedingungen etwas gemildert worden. Aber man konnte dem Genossen deutlich die Unterbringung im "toten Trakt" anmerken: Konzentrationsschwierigkeiten und auffallende Verhaltensstörungen. Alles Folgen der Einzelhaft, der totalen Stille. Selbst den täglichen halbstündigen Rundgang im riesigen, leeren Gefängnishof macht man allein.

Systematisch den Willen der politischen Häftlinge zu brechen, lautet die Devise. Sie sollen am Ende zu allem Ja und Amen sagen. Isolierhaft also als besonders gründliche und lautlose Form der Folter. Konkrete Solidarität mit den türkischen Genossen bedeutet in dem Zusammenhang nicht nur, sporadisch Veranstaltungen und Demonstrationen zu machen, sondern auch das regelmäßige Besuchen. Das ist in Köln stark verschlampt worden. Die Betreuung von Genossen im Knast muß verstärkt werden.

Weg mit der Isolationshaft für alle Gefangenen! **R.S.**

Polizei verhindert Kundgebung

Rüsselsheim. Am Samstag, den 23.11.1974 fand in Rüsselsheim eine Demonstration statt, zu der die Initiativgruppe "Jugendhaus" aufgerufen hatte.

Mit dieser Demonstration wandten sich ca. 100Jugendliche gegen die Bevormundung durch die Stadtverwaltung, gegen Hausverbote und gegen die Unterdrückung der freien politischen Betätigung im Jugendhaus.

Die Demonstration wurde zwar genehmigt, aber die Abschlußkundgebung wurde von den Ordnungsbehörden auf einen Platz verlegt, wo der Zweck einer Kundgebung, nämlich an die Öffentlichkeit zu treten, Menschen anzusprechen und mit ihnen zu diskutieren, nicht gegeben war.

Deshalb beschlossen die anwesenden Jugendlichen die Demonstration fortzusetzen und die Kundgebung dort zu veranstalten, wo man die Rüsselsheimer Bevölkerung erreicht, nämlich auf dem Rathausplatz.

Die Polizei verhinderte dies, indem sie mit brutaler Gewalt unter Einsatz einer Hundestaffel gegen die Demonstranten vorging. Vier Demonstranten wurden verhaftet und vorübergehend in Haft genommen. Die Bevölkerung reagierte auf diesen rücksichtslosen Polizeieinsatz mit großer Empörung. Der Versuch der Stadt, mit Hilfe der Polizei die Jugendlichen von der Bevölkerung zu isolieren wird keinen Erfolg haben, weil die Jugendlichen die Demonstration nicht als Ende sondern als Anfang ihres Kampfes begreifen.

–KBW-Sympathisantengruppe Rüsselsheim–

Bei Urlaubsantritt gekündigt

Frankfurt. Am Freitag habe ich am Arbeitsamt die KVZ verkauft und dabei folgendes Gespräch geführt:

Ein etwa 55-jähriger Mann wurde mit Antritt seines Urlaubs gekündigt. Er wollte eine dringende Operation, die er schon zwei Jahre vor sich herschob, durchführen lassen. Er hatte sie verschoben, weil er sich für das "Ganze" verantwortlich gefühlt hatte und den Kapitalisten nicht im Stich lassen wollte. Da er jetzt auf der Straße liegt, hat er erfahren, daß man im Kapitalismus seine eigenen Interessen nicht zum Nutzen eines "Ganzen" zurückstellen darf.

Als er nun ins Arbeitsamt kam, wurde ihm gesagt, solange er krank sei, brauche er gar nicht wiederzukommen, denn es stünde ihm nichts zu. So geht es aber vielen Kollegen, die jahrelang ihre Knochen hingehalten haben. Sie kriegen entweder gar nichts oder müssen wochenlang auf die Unterstützung warten. Auf dem Arbeitsamt werden sie wie der letzte Dreck behandelt

Daran kann man gut aufzeigen, daß die Arbeitsämter in die Hände der Lohnabhängigen müssen, damit die kleinliche Bevormundung und Schikane aufhört. – ms, Frankfurt –

Türkische Patrioten seit einem Jahr in Haft – Hungerstreik! Die Forderung: Prozeß oder Freilassung!

Vor einem Jahr wurde Himet Subasi, vor 9 Monaten Yildirim Dagyeli von der westdeutschen Polizei in Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst verhaftet, nachdem Subasi mit Methoden, wie sie in Polizeilehrbüchern beschrieben sind, ein an Dagyeli adressiertes Paket mit Waffen und Sprengstoff ins Auto geschmuggelt worden war.

Damit wollte die Polizei beweisen, daß beide einer "kriminellen Vereinigung" angehören. Konkret richtet sich der Schlag gegen die "Patriotische Einheitsfront der Türkei", die in scharfer Opposition zum reaktionären Regime in Ankara steht.

Seit einem Jahr sitzt nun Subasi im berüchtigten Gefängnis von Frankfurt-Preungesheim gefangen, ohne daß gegen ihn ebenso wie gegen Dagyeli Anklage erhoben worden ist. Dabei hat das Bundeskriminalamt schon im Mai seinen Bericht an die Staatsanwaltschaft übermittelt. Offenbar ist die Polizeikonstruktion aber noch sehr wackelig und muß das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

Die beiden türkischen Genossen sind jetzt in den unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie fordern, daß sie "entweder vor Gericht gestellt werden oder auf freien Fuß gesetzt werden".

Gleichzeitig mit dem Hungerstreik, den die inhaftierten türkischen Genossen aufgenommen haben, haben in Frankfurt zwanzig weitere türkische Arbeiter und Studenten einen Solidaritäts-Hungerstreik aufgenommen.

Urteile in Nordhorn

300 DM Geldstrafe für Protest gegen Bombenabwurfplatz

Nordhorn. Die Prozesse gegen Demonstranten, die vor eineinhalb Jahren für die Beseitigung des Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range gekämpft haben, gehen weiter. Die Staatsanwaltschaft in Osnabrück hat die Einstellung der Prozesse verweigert. Nach Meinung der Verteidiger der Demonstranten ist diese Haltung auf eine Weisung des Justizministeriums in Hannover zurückzuführen. Einer der Verteidiger: "Das Ganze ist ein Politikum."

In der vergangenen Woche wurden vor dem Nordhorner Schöffengericht die beiden Sprecher der "Notgemeinschaft Nordhorn-Range" wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu je 300 DM Geldstrafe verurteilt. Die Verhandlung fand unter Polizeischutz statt; der Zuschauerraum war voll besetzt, weil die Menschen, die um den Bombenabwurfplatz wohnen, heute immer noch unter dem infernalischen Lärm der anfliegende Düsenbomber zu leiden haben und deshalb nach wie vor solidarisch zusammenstehen mit denen, die damals von der Polizei verhaftet worden sind. Die Folgen des Bomberlärms, unter dem die Menschen dort zu leiden haben, sind inzwischen hinreichend bekannt: Kinder reißen sich die Haare büschelweise aus, Schichtarbeiter kommen nicht in den Schlaf, die Menschen sind mit den Nerven und der Gesundheit völlig runter. Der Nordhorner Richter hatte in seiner Urteilsbegründung dazu nur den Spruch übrig: "Sie dürfen Ihr Recht nicht mit Gewalt durchsetzen." Daß aber Tag für Tag den Menschen um Nordhorn-Range Gewalt angetan wird in Form des Lärm-Terrors, davon sagte er kein Wort. Ihr Kampf ist deswegen auch gerecht, auch ohne daß, wie in der Verhandlung gefordert wurde, zum wiederholten Male ein Gutachten über die gesundheitlichen Schäden des Bomber-Lärms angefertigt zu werden braucht.

H., Osnabrück / Red.

Einstellung verweigert

Kiel. Ohne Angabe von Gründen verweigerte das Personalamt der Stadt Kiel dem Medizinalassistenten R.Stange die Einstellung als Medizinalassistent im Städtischen Krankenhaus, obwohl ihm das zugesichert worden war.

Der Grund für diese Entscheidung ist, daß der Chef der 2.medizinischen Universitätsklinik, Weißbecker, die Einstellung von Stange aus politischen Gründen ablehnt. Weißbecker, Rektor der Universität Kiel zu einer Zeit als R.Stange AStA-Vorsitzender war, hatte Stange bereits vor zwei Jahren im Zusammenhang mit studentischen Kampfaktionen gegen das Landeshochschulgesetz verboten, in **"seiner" Klinik zu praktizieren.**

Leserbrief

Betrifft: "Die Zustände in der Jugendstrafanstalt Schwäbisch Hall", KVZ Nr. 25/1974

Die Jugendstrafvollzugsanstalt Schwäbisch Hall fühlt sich seit einigen Jahren als fortschrittliche, dem Vollzug im Sinne von Erziehung statt Strafe immer näher kommende Anstalt. Dies wird belegt mit der Einrichtung von Gruppen mit den wohlklingenden Namen: "werkpädagogische", "individualpädagogische", "sozialpädagogische Abteilung", "schulische Fördergruppe", "sonderpädagogische Abteilung". (. . .)

Gruppenleiter sind Beamte und Sozialarbeiter. Sie sollen (nach den Anweisungen des Psychologen) echt und "ehrlich" sein (die Anführungszeichen bei "ehrlich" stammen leider nicht von mir, sondern von dem Psychologen, und bedeuten, wie die Praxis zeigt, sich ehrlich geben, den Gefangenen das Gefühl geben, sie hätten in dem Gruppenleiter jemanden gefunden, mit dem sie auf kameradschaftlicher Ebene verkehren können). Sollte sich jemand ehrlich (ohne Gänsefüßchen) verhalten (wie z.B. die fortschrittlichen Lehrerinnen) in seiner Tätigkeit boykottiert und schikaniert oder (wie eine Sozialarbeiterin und eine Psychologin) mit fadenscheinigen Gründen entlassen.

Die praktische Arbeit in der werkpädagogischen Abteilung z.B. besteht darin, einen Zentimeter lange Zierklämmerchen zusammenzustecken, Glühbirnen einzuschrauben und anderen stumpfsinnigen Arbeiten (bekanntlich mit minimalem Lohn). Dem Besucher gezeigt werden natürlich die in der Freizeit hergestellten Schnitzereien und Basteleien.

Die Gespräche, die geführt werden, laufen darauf hinaus, die Gefangenen, die gesellschaftliche Widersprüche erkannt haben, auf andere Gedanken zu bringen oder Ursachen nur bei sich selbst zu suchen. Durch das ständige Pendeln zwischen "Gruppenleiter" mit Macht und "Kamerad", der je nur helfen will, ergibt sich eine Vielzahl von Beeinflussungsmöglichkeiten, die dann eben nicht mehr so klar zu durchschauen sind für den Gefangenen.

Ein zweites "Ruhmesblatt" ist die Ausbildungsmöglichkeit und das Freigängerhaus in Hall. Offiziell besteht die Möglichkeit, Sonderschulunterricht zu erhalten, den Hauptschulabschluß zu machen, eine Lehre abzuschließen oder auch neu anzufangen und per Fernstudium sogar Abitur zu machen oder mittlere Reife.

Dennoch gibt es Gefangene, die nach einem Jahr Haft immer noch Analphabeten sind, und zwar nicht aus Dummheit oder Faulheit! Bei angehenden Lehrlingen wird zwar eine Berufsberatung durchgeführt, nach Berufswünschen gefragt, einen Lehrplatz jedoch erhalten sie, wenn überhaupt, bei dem Meister, der noch einen Lehrling verkraften kann. Insgesamt gibt es etwa acht verschiedene Lehrmöglichkeiten. Fernstudienleute gibt es meines Wissens ganze zwei.

Um das Bild zu verschönern, wurden nun die Zellen renoviert und bereits 1974 (!) Waschbecken mit fließendem Wasser in den Zellen eingebaut. Die Kritik am Aussehen von Bau 6 ist insofern heute nicht mehr berechtigt. Auch der Zellenbau kann nun dem interessierten Besucher gezeigt werden. . .

Den Eignungskriterien für die Einstellung der Beamten zufolge müßten diese eine Musterauswahl der Bevölkerung sein: "flexibel, . . . keine schwerwiegenden Persönlichkeitskonflikte, . . . keine Aggressivität, Alkoholneigung (das Biertrinken in der Anstalt vor den Gefangenen, denen dies natürlich untersagt war, wurde erst im Sommer 1974 in Auswirkung der Ereignisse in Mannheim verboten), keine homosexuellen Tendenzen, . . . muß in der Lage sein, persönliche Angriffe von Gefangenen zu verarbeiten und nicht auf sich zu beziehen". Dazu praktische Erfahrungen: Bei einer Auseinandersetzung zwischen einem Gefangenen und einem Beamten wurde selbstverständlich der Gefangene als schuldig befunden und bestraft. Am nächsten Tag mußte sich derselbe Beamte für eine Schlägerei mit einem anderen Beamten außerhalb der Anstalt verantworten. Ein Brief eines Gefangenen nach draußen wurde nicht durch die Zensur gelassen, da er es gewagt hatte, die Beamten Nazischweine zu nennen. Wie soll man sich aber die Hakenkreuze erklären, die während des Nachtdienstes gedankenverloren auf den Schreibtisch gemalt werden, wie die Begeisterung für Griechenlands Junta. . .

Es gäbe noch Einiges zu berichten: So die vorsorglichen Maßnahmen bei Selbstmordgefährdeten, die nicht in Psychotherapie oder irgendwelchen Erleichterungen bestehen, sondern darin, daß die Gefangenen ans Bett festgeschnallt werden oder mehrmals nachts geweckt werden, um zu sehen, ob sie noch am Leben sind. Weiterhin das Problem des Gefangenenrats, der eine reine Alibifunktion hat, aber keinerlei Rechte. Eine Gefangenenzeitung, von der zu Anfang viel erwartet wurde, jetzt aber durch Zensur an Bedeutung stark verlor, so daß wohl der Wahrheit entsprechende Darstellungen nur noch von außen kommen könnten.

N.N.

„Den Eltern platzte jetzt der Kragen"

Mörzheimer Eltern und Schüler treten gegen die unerträglichen Schulverhältnisse in den Streik/ Forderungen wurden weitgehend erfüllt

In diesem Jahr hat es in der Landauer Elternschaft schon viel Unruhe und Proteste gegen die unzumutbaren Verhältnisse im Schulwesen gegeben. In Mörzheim, einem eingemeindeten Winzerdorf, brodelte es schon seit langem. Im September hatten die Eltern der Grundschüler einen Schulstreik angedroht, mit dem sie dagegen protestieren wollten, daß eine für Mörzheim zugesagte dritte Lehrkraft an einer anderen Schule eingesetzt wurde.

Die Verhältnisse an der Mörzheimer Grundschule sind nämlich unerträglich: 47 Kinder des dritten und vierten Jahrgangs werden zusammen in einer Klasse von einer Lehrerin unterrichtet. Die 31 Kinder des ersten und zweiten Jahrgangs werden ebenfalls zusammen in einer Klasse unterrichtet.

Der Bezirksregierung ist es damals gelungen, den berechtigten Protest der Mörzheimer Eltern abzubiegen und deren Zustimmung zur Auflösung der Grundschule und zur Eingliederung der ersten und zweiten Klasse in eine Grundschule im Landauer Stadtgebiet zu gewinnen, während die dritte und vierte Klasse in Mörzheim getrennt weiter unterrichtet werden sollen.

Die Eltern der Landauer Schule haben aber dagegen protestiert, daß mitten im Schuljahr (zum 4. November) die Kinder einer anderen Schule angegliedert werden sollen, weil das zu erheblichen Schwierigkeiten und Störungen des Unterrichtsablaufs führen würde, und haben eine gerichtliche Verfügung erwirkt, wodurch die Auflösung der Mörzheimer Grundschule zum 4. November untersagt wurde.

Damit war alles wie vorher, und den Eltern in Mörzheim platzte jetzt der Kragen. Am Montag, den 11. November, erschienen die 78 Grundschüler zum Unterrichtsbeginn mit ihren Eltern und Spruchbändern, auf denen z.B. geschrieben stand: "Wir Bauernkinder sind nun doch die Dummen", "Juristen streiten – Politiker reden – Wir bleiben doch die 'Bleeden' ". Sie gaben dabei unmißverständlich zu verstehen, daß der gegenwärtige Zustand nicht mehr zu ertragen sei. "Unsere Kinder bleiben bis Mittwoch einschließlich zu Hause. Sollten wir bis Mittwoch nicht eine dritte Lehrkraft in Mörzheim haben, werden wir als Elterninitiative am Donnerstag mit anderen Mitteln vorgehen!", sagte der Elternbeiratsvorsitzende.

Ein letzter Vorschlag der Eltern, den augenblicklichen Notstand durch Teilzeitbeschäftigung von Absolventen der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule in Landau zu überbrücken, war vorher von der zuständigen Behörde abgelehnt worden, weil das Kultusministerium angeordnet hat, daß Junglehrer nicht vor dem 1. Februar 1975 eingestellt werden dürfen. Dafür hatten die Eltern natürlich kein Verständnis. Die Bezirksregierung hat nun am Mittwoch reagiert und ab Donnerstag "bis auf weiteres" zwei Lehrkräfte mit je 13 Wochenstunden "für einen gezielten Förderunterricht in der dritten und vierten Klasse" eingesetzt. Damit ist die Forderung der Eltern nach einer dritten Lehrkraft weitgehend erfüllt, da zwei Teillehrkräfte von 13 Stunden einer ganzen Lehrkraft entsprechen.

Was der Bezirksregierung jedoch bei diesem ganzen Schulstreit gelungen ist – und das muß man festhalten, wenn der Kampf eines Tages wieder irgendwo aufflackert – ist, daß sie die Eltern der einzelnen Schulen gegeneinander ausspielen konnte. Wollen die Eltern der einzelnen Schulen auf die Dauer wirkliche Erfolge erzielen, dann müssen sie sich zusammentun und gemeinsam gegen die staatlichen Willkürmaßnahmen kämpfen. Dazu wird es jedoch nur kommen, wenn in den Elterninitiativen die fortschrittlichen Kräfte aus der Arbeiterklasse und den anderen ausgebeuteten Schichten des Volkes die Führung übernehmen: denn ihre Interessen sind nicht partikulär nur an mehr Räumen oder kleineren Klassen orientiert, sondern umfassend an einer Veränderung des ganzen Schulwesens und der ganzen Gesellschaft.

U.L., Sympathisantengruppe Landau



78 Mörzheimer Grundschüler protestierten gemeinsam mit ihren Eltern gegen den Lehrermangel

Debatte über Tarifrunden

Peine. Die Schülermitverwaltung eines Gymnasiums in Peine nahm einen Antrag an, in welchem die Durchführung einer Diskussionsveranstaltung zu den anstehenden Tarifrunden während der Unterrichtszeit gefordert wurde. In dem Antrag heißt es u. a.: "Die Veranstaltung soll allen Schülern unseres Gymnasiums Gelegenheit geben, sich mit den Forderungen der Lohnabhängigen in den Tarifrunden auseinanderzusetzen."

Ausschlußverfahren

Freiburg. Der Bezirksausschuß der GEW leitete jetzt ein Ausschlußverfahren gegen die Lehrerin Brigitte Klack ein. Als Grund wird angegeben, daß verschiedene Tätigkeiten der Lehrerin darauf hinweisen würden, daß sie den KBW unterstütze. Gegen dieses Ausschlußverfahren verabschiedeten inzwischen zwei Fachgruppen der GEW Protestresolutionen.

Mietstreik

Hamburg. Seit Mitte des Jahres führen Hamburger Wohnheimstudenten einen Mietstreik durch. Anlaß dazu ist eine Erhöhung der Mietpreise für die teilweise nur 8 qm großen Zimmer von 110 auf 150 DM. Inzwischen beschloß der Hamburger Senat zwar einen Zuschuß von 20 DM pro Platz und Monat zu bezahlen, aber die Studenten fordern die vollständige Zurücknahme der Mieterhöhung. Der Streik wird von der großen Mehrheit der Wohnheimbewohner getragen.

Gelder gesperrt

Dem Studentenverband der Ingenieurs- und Fachhochschulen (SVI) und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) wurden bis auf weiteres die Zuwendungen von Geldmitteln aus dem Bundesjugendplan gesperrt. Als Grund wurde angegeben, daß beide nicht die Gewähr bieten würden, auf dem Boden der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" zu arbeiten.

Zulassungsbeschränkungen müssen weg

Immer mehr Studienbewerber werden abgelehnt/ Die Reformpolitik ist gescheitert

Insgesamt 37 000 Studienbewerbern wurde in Westdeutschland im Wintersemester 74/75 aufgrund des Numerus Clausus der Zugang zu den Hochschulen verwehrt. Im 4.Rahmenplan für den Hochschulbau für die Jahre 1975 bis 1978, der von Bildungsminister Rohde im Sommer dieses Jahres vorgelegt wurde, ist gleich schon miteingeplant, daß mehr als 130 000 Studienbewerber zwischen 1974 und 1978 keinen Studienplatz erhalten. Der Ministerrat von Baden-Württemberg hat für das Wintersemester 1975/76 den totalen Numerus Clausus in Form von Höchstzulassungszahlen für alle Pädagogischen Hochschulen und Universitäten in Baden-Württemberg beschlossen.

Man sieht, der Reformfrühling der Bildungspolitik, der jedem zum Studium helfen sollte, ist in einen bitteren Frost umgeschlagen, in dem jede Reform erstarrt ist. Das Scheitern der Reformpolitik der SPD/FDP-Koalition hat die Bildungspolitik mitgerissen und von den Versprechen der Bildungsreform bleibt nichts übrig. Dies konnte auch nicht anders sein in einem System, das seinen Maßstab am Geld und nicht an den Bedürfnissen der Volksmassen hat. In aller Deutlichkeit sagte dies die CDU-Bildungsexpertin im Stuttgarter Landtag R.Hellwig in einem Interview mit der Südwestpresse am 30.10.74: "Die Lehrerschwemme ist eine Frage der Finanzierbarkeit von Lehrern. Sie hat nichts mit der wünschenswerten Versorgung der Schulen mit Lehrern zu tun." Da in der gegenwärtigen Krise alles Geld, das über die Steuer den Lohnabhängigen abgeknöpft wird, für die Sicherung der Profite der Kapitalisten, als "Investitionsspritzen" benötigt wird, ist es kein Wunder, daß sich der Spielraum der Finanzierbarkeit von Lehrern und Studenten verengt.

Der bildungspolitische Reformfrühling mußte auch scheitern in einem System, in dem die Ausbildung als Abrichtung für die Lohnarbeit und nicht zum Zwecke der Entwicklung der Fähigkeiten der Menschen sich vollzieht. Weil sich der Zweck der Hochschule hierzulande auf die Ausbildung der Spezialisten und Funktionäre der Kapitalistenklasse und ihres Staates beschränkt, ist es auch ganz verständlich, daß die Bourgeoisie mittels ihres Staates den Zugang zu dieser Ausbildungsstätte begrenzt.

Um die Reformpolitik zu liquidieren, ist es vom Standpunkt der Bourgeoisie auch bloß konsequent, den Numerus Clausus für alle Fächer einzuführen, denn bloß so kann sie sichern, daß tatsächlich nur die die Hochschule besuchen, die sie als Spezialisten und Funktionäre braucht. Sonst geht es ihr wie z. B. in Freiburg, wo die Studenten überall auf Numerus Clausus-freie Fächer auswichen, so daß sich beispielsweise die Zahl der Bewerber für das forstwirtschaftliche Studium pro Semester von 25 bis 30 sprunghaft auf 300 Studienbewerber in diesem Semester erhöhte.

So wie die Studienbewerber versuchen, mit allen möglichen Tricks und Schlichen noch einen Platz an der Hochschule zu ergattern, so versuchen dies auch die Gymnasiasten. In einer Sendung des Süddeutschen Rundfunks am 20.11. konnte man einen Bericht über Gymnasiasten hören, die mit allen Mitteln versuchen, nicht versetzt zu werden. Einfach weil ihnen ein Abitur mit einer Note zwischen 2 und 3 keinen Studienplatz mehr sichert und weil sie daher das Schuljahr noch einmal wiederholen wollen, um eine bessere Gesamtnote zu erhalten. Bis zwei Jahre auf einen Studienplatz zu warten oder einfach noch ein Schuljahr zuzulegen, können sich natürlich auch nur die Kinder reicher Eltern, die Kinder der Kapitalisten, leisten. Daran wird deutlich, welche Seifenblase das Gerede von der Chancengleichheit darstellte, die darum auch zusammen mit der Reformpolitik geplatzt ist.

Die Mehrheit der Studenten weiß, daß das individuelle Raubrittertum auf dem Weg zur Eroberung eines Studienplatzes den Studenten nichts und der Bourgeoisie viel nützt. Denn es verschärft bloß die Konkurrenz zwischen den Studenten und schwächt ihre Position. Daß sie sich gegen den Numerus Clausus wehren und seine totale Beseitigung fordern, ist richtig. Die Arbeiterklasse kann kein Interesse daran haben, daß die Bourgeoisie eine stille Oase zur Ausbildung ihres Funktionärsnachwuchses hat, in der sie diesen in aller Ruhe zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse ausbilden kann. Dieses aber bezweckt die Bourgeoisie mit dem Numerus Clausus, mit dem sie nicht bloß die Schar ihrer Funktionäre auf das Notwendigste beschränken, sondern auch nur noch Studenten, die sich auf Seiten der Bourgeoisie geschlagen haben, auf die Hochschule lassen will. In einem Aufwasch will sie daher mit dem Numerus Clausus die Hochschule vom Einfluß der rebellierenden Studenten freimachen, um ihr Klasseninteresse ungestört durchsetzen zu können. Dagegen müssen die Studenten mit dem Kampf gegen alle Formen des Numerus Clausus angehen.

–e.r.–

„Sozialer Härtefall"

Braunschweig. Auf der letzten Senatssitzung der Technischen Universität stand unter anderem die Frage der Zulassungsbeschränkung auf der Tagesordnung. Ein Antrag zweier studentischer Vertreter, jede Einschränkung des freien Zugangs zur Hochschule abzulehnen, war von den Professoren schon früher einstimmig abgelehnt worden.

In dieser Sitzung stellte ein Professor nun ebenfalls einen Antrag: "Kinder von Hochschulangehörigen sollen – wenn sie nicht schon zugelassen sind – grundsätzlich als sozialer Härtefall anerkannt und damit zum Studium zugelassen werden."

Diesen Antrag begründete der Professor damit, daß sich die Hochschulangehörigen um das Funktionieren der Hochschule einen besonderen Verdienst erwerben würden.

Daß mit Steuergeldern des Volkes die Universitäten gebaut und die hohen Professorengehälter gezahlt werden, gibt dem Volk in Gelehrtenaugen noch lange kein Recht auf freien Zugang und Kontrolle über die Hochschulen. Für sich selbst spricht man aber dreist von "sozialem Härtefall erster Ordnung", wenn mal das eigene Kind keinen Studienplatz erhält. Der Antrag wurde im Senat – trotz Professorenmehrheit – nicht angenommen. Hier überwogen bei einigen Professoren doch die Bedenken, sich mit solcher Offenheit und Dreistigkeit zur Vetternwirtschaft zu bekennen.

4 Polizisten schreiben ab

Erlebnisse beim Flugblattverteilen in der Schule

Ich habe Flugblätter an der Lauterbornschule, in der Klasse, auf dem Schulhof und vor der Schule verteilt mit der Forderung "Zentrales Jugendhaus in Selbstverwaltung". Als ich das Flugblatt an das SMV-Brett heften wollte, ist mir gesagt worden, daß im Lehrerzimmer was über mich im Gange wäre. Ich ging hin, und es kamen einige Lehrer und der Rektor heraus, einige Schüler kamen hinzu.

Rektor Schneider hat angefangen: Ich soll das Flugblatt rausrücken. Ich habe ihm erklärt, worum es im Flugblatt ging. Er meinte, dagegen hätte er persönlich nichts; die Polizei würde aber zur Zeit Amok laufen; ich wüßte doch, was in Berlin passiert war, ich sollte aufpassen, daß ich mit solchen Leuten nicht in Verbindung käme. Es gebe Gruppen, die Menschen vor ihren Karren spannen und für ihre Zwecke ausnutzen. Er erinnerte mich daran, daß vor einigen Tagen "Rache für Holger Meins" an einer Tafel gestanden hätte. Ich habe ihm gesagt, daß ich nichts mit der RAF zu tun habe. Der Rektor sagte mir, daß ich von der Schule fliegen könnte oder "einen Tag auf dem Polizeirevier verbringen" könnte, wenn ich weiter in der Schule Flugblätter verteile.

Übrigens, als der Spruch an der Tafel gefunden wurde, sind vier Polizisten vom Hausmeister in die Schule geholt worden; sie haben den Spruch von der Tafel abgeschrieben!

D.W., Initiative für einen KAJB Offenbach

„Zweitägiger Warnstreik"

Die Behörden drohen den Eltern Bußgeldstrafen an

In Insheim, Kreis Landau/Pfalz, führten die Eltern der 165 Grundschüler einen zweitägigen Warnstreik durch. Die Eltern protestierten damit gegen die seit Jahren angeprangerten unzumutbaren Toilettenanlagen.

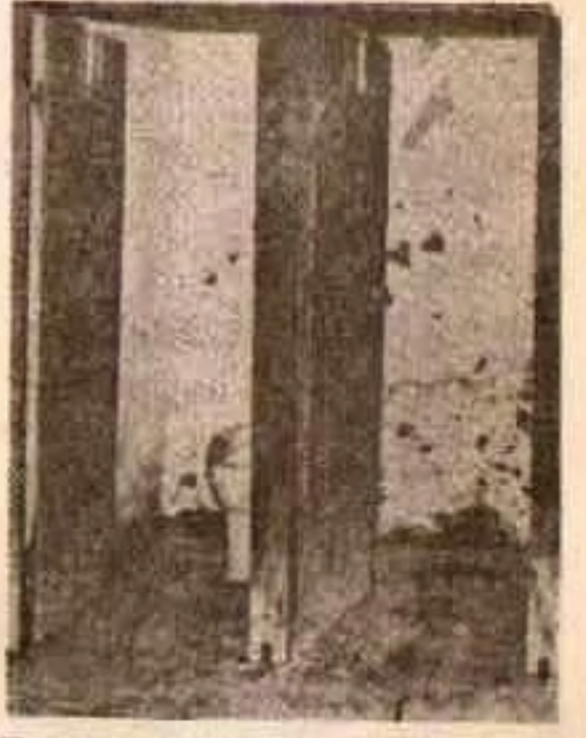
Sie hatten den Streik schon im April angekündigt. In einer Resolution heißt es: "Die Vermeidung gesundheitlicher Schäden wird beim Einsetzen der Frostperiode nur durch das Fernbleiben der Kinder von den unzumutbaren sanitären Anlagen der Schulen möglich sein."

Die Toiletten bestehen aus einfachen Bretterhäuschen im Freien, ohne Wasserspülung und Waschgelegenheit. Die Kinder nehmen morgens immer Toilettenpapier im Lesebuch mit zur Schule, weil es auf dem Klo kein Papier gibt.

Die Bezirksleitung hat kein Interesse daran, die Zustände zu ändern. Sie beabsichtigt, in zwei Jahren im Rahmen der Schaffung von Mittelpunktzentren die Insheimer Grundschule aufzulösen. Sie hat der Gemeinde empfohlen, sich mit einem fahrbaren WC zu behelfen. Den streikenden Eltern hat sie Bußgeldstrafen angekündigt. Kann man ein besseres Beispiel finden für die Arroganz der staatlichen Behörden gegenüber den elementarsten Bedürfnissen des Volkes? Vermutlich denkt sie, mit den Bauern können wir das schon machen.

Die Bevölkerung von Insheim ist aber nicht gewillt, sich die Grundschule wegnehmen zu lassen. "Wir werden um unsere Grundschule bis zuletzt kämpfen", sagte sogar der Bürgermeister. Die Gemeinde lehnt es ab, "für einen Pinkelwagen, der eigentlich auf die Kerwe gehört", 20 Monate lang eine Miete von 1 000 DM monatlich zu zahlen. Die Eltern haben angekündigt, den Warnstreik zu wiederholen wenn sich jetzt nichts tut.

–U.L., Landau–


Toilettenanlagen der Grundschule in Insheim: Bretterhütten ohne Wasserspülung und Waschgelegenheiten.

Kriegsdienstverweigerung - kein Ausweg

Am vergangenen Wochenende wurde die neue Vereinigung "Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner" durch Zusammenschluß verschiedener pazifistischer Vereinigungen gegründet. Hauptziel des Verbandes ist es, gegen den Wehrdienst aufzutreten und diejenigen zu organisieren, die den Wehrdienst verweigern und Zivildienst leisten müssen. Der Verband will einerseits den Rechtsschutz der Verweigerer organisieren, andererseits alle jungen Menschen davon überzeugen, daß die Weigerung, eine Waffe in die Hand zu nehmen, den Krieg verhindern und dem Frieden nützen kann.

Wir Kommunisten vertreten dazu eine andere Auffassung. Wir treten ein für das Recht jedes Menschen, den Wehrdienst zu verweigern. Wir sagen aber auch, daß wir die Verweigerung des Wehrdienstes dennoch nicht für richtig halten. Im folgenden drucken wir eine Stellungnahme der Deutschen Friedensgesellschaft – Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG–IDK) Emmendingen, die sich auch dem neu gegründeten Verband angeschlossen hat, und zwei Beiträge ab, die begründen, warum der Pazifismus eine falsche Linie ist, die die Arbeiterklasse wehrlos macht und ihr nur blutige Niederlagen gebracht hat.

Freie Wahl zwischen Wehr- oder Zivildienst (KVZ 21)

Stellungnahme der DFG-IdK Emmendingen

Die DFG-IDK Emmendingen hat zu obigem Artikel folgende Stellungnahme ausgearbeitet und erwartet, daß sie in einer der nächsten Ausgaben abgedruckt wird.

Wir als Pazifisten, Antimilitaristen und Mitglieder der DFG-IDK sehen uns veranlaßt, eine Stellungnahme zum Artikel "Freie Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst?" abzugeben, da er unserer Arbeit deutlich Intoleranz entgegensetzt, weil u.a. eine entschiedene Diskrepanz zwischen den Auffassungen über antimilitaristische Arbeit besteht.

Wir verstehen unter antimilitaristischer Arbeit NICHT die Umfunktionierung der Bundeswehr in eine "Volksarmee", sondern generelle Ablehnung aller Armeen. Wir sehen den Pazifismus als vorrangig an, da für uns Gewalt als politisches Mittel generell verneint wird, unabhängig von System und Ziel, da Frieden unbedingt notwendig für die dauerhafte Existenz einer jeglichen Gesellschaft ist. Pazifismus ist durchaus antimilitaristische und politische Arbeit; denn im Verweigern des Kriegsdienstes äußert sich die Ablehnung der wichtigsten Macht- und Herrschaftsmittel unseres bürgerlichen Staates. Kriegsdienstverweigerung ist die konsequente Alternative vieler Wehrpflichtiger gegen die heute verbreitete Militärdoktrin von vorgestern. Mit der Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigt die Gefährdung des Militärs und seiner Politik.

Indem wir uns gegen die herrschenden geistige Macht wenden, richten wir uns auch gegen die herrschende materielle Macht. Deshalb sind durchaus Parallelen zwischen antimilitaristischer Arbeit innerhalb wie auch außerhalb der Bundeswehr sichtbar. Die politische Arbeit unsererseits hat durchaus auch ihre Wirkung gehabt in der jetzigen sog. "Freien Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst". Wir tragen also auf keinen Fall zur Verbesserung des "militärischen Klimas" bei, wie in jenem Artikel behauptet wurde. Der Schreiber des Artikels macht es sich zu einfach, wenn er wie Zimmermann die gleiche Argumentation nur zur anderen Schlußfolgerung verwendet, wie folgendes Zitat beweist: "Dabei spekuliert er (gemeint ist Zimmermann) auf eine Schwäche der antimilitaristischen Bewegung, die darin besteht, daß gerade die Jugendlichen, die gegen die Bundeswehr eingestellt sind, von allerlei pazifistischen Organisationen aufgerufen werden, den Kriegsdienst zu verweigern." Wir sehen in der Kriegsdienstverweigerung nicht unsere Schwäche, sondern unsere Stärke. Deshalb werden die "pazifistischen Strömungen" Bestand haben.

Anbei bemerkt: Es werden im benannten Artikel einige Behauptungen (Pazifismus hat auf die Dauer keinen Bestand usw.) geäußert, die ohne Begründung im luftleeren Raum stehen. Die KVZ sollte durch ihre Formulierungen nicht den Eindruck erwecken, sie hätte unsachliche Manipulationen nötig.

DFG-IDK Emmendinggen



Ein 21 Tonnen schwerer Flak-Panzer der Bundeswehr geriet auf der Staatsstraße zwischen Trostberg und Burghausen auf die Gegenfahrbahn und überrollte den PKW. Der Fahrer des PKW wurde getötet.

Weshalb ist es falsch, den Kriegsdienst zu verweigern?

Brief eines Kriegsdienstverweigerers ans Bundesamt für Zivildienst

Als ich vor ca. 3 Jahren einen Antr. auf Kriegsdienstverweigerung stellte, bin ich von der falschen Vorstellung ausgegangen, daß eine konsequente Ablehnung des Waffenhandwerks die beste Möglichkeit zur Verhinderung eines Krieges ist. In meiner mündlichen Begründung gegenüber dem Prüfungsausschuß habe ich dies dargestellt und den Standpunkt vertreten, eine aktive Arbeit gegen kriegerische Auseinandersetzungen ließe sich durch Flugblätter und Pazifismus erreichen.

In der Zwischenzeit habe ich aus der Geschichte der Arbeiterklasse gelernt. Hier hat sich gezeigt, daß reformistische und pazifistische Strömungen die Arbeiterklasse immer in blutige Niederlagen und Kriege geführt haben und zwar im Sinne und zum Nutzen der herrschenden Klasse.

Wenn Lenin 1916 schrieb: "Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden. Wir dürfen, ohne uns zu bürgerlichen Pazifisten und Opportunisten zu degradieren, nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß außer dem Klassenkampf keine Rettung daraus möglich und denkbar ist. In jeder Klassengesellschaft ... ist die unterdrückende Klasse bewaffnet. Nicht nur das stehende Heer (sondern auch die Polizei und der Bundesgrenzschutz) ... ist Bewaffnung der herrschenden Klasse gegen das Proletariat." so ist dies auch heute noch richtig. Deshalb möchte ich nicht als Kriegsdienstverweigerer, sondern als Soldat eingezogen werden, um durch eine militärische Ausbildung meiner Klasse am besten dienen zu können.

Horst Kröger, 3036 Bomlitz I, Amselsteig 27; Bomlitz, den 5.11.74, Offener Brief an das Bundesamt für Zivildienst, 5 Köln 41, Stolbergerstraße 6

Die Kriegsdienstverweigerung ist kein Schritt zum Frieden

Auseinandersetzungen auf Veranstaltungen der DFG-IdK Worms

In der vorletzten Oktoberwoche hatten die Kriegsdienstgegner von Worms eine Veranstaltungsreihe durchgeführt, auf der mit Hilfe emotionaler Filme und Diskussionen mit Kriegsdienstverweigerern und bürgerlichen Politikern Propaganda für die Verweigerung des Wehrdienstes betrieben.

Wir meinten, daß es wichtig sei, auf diesen Veranstaltungen mit den Leuten zu reden und ihnen den Standpunkt der Kommunisten darzulegen. Die Veranstaltungen waren alle gut besucht, was zeigt, daß das Interesse für die Probleme Frieden und Militär bei den Jugendliche groß ist. Wir verteilten ein Flugblatt mit der Überschrift: Kriegsdienstverweigerung – kein Schritt zum Frieden. Es war eine gute Grundlage für unsere Diskussion, denn wir hatten darin schon unsere Position aufgezeigt, daß eben die Fragestellung der Kriegsdienstverweigerer: Krieg: Ja oder Nein? falsch ist und man richtig fragen muß: Wem nützt der Krieg?

Die Beantwortung dieser Frage mußten die Veranstalter und die an einem Abend eingeladenen Vertreter der Jungen Union, der FDP und der Jusos auslassen. Was hätten sie auch antworten sollen?

Als Abschluß der Friedenswoche wurde in Worms eine Gruppe der DFG/IdK gegründet. Dem hatten wir auf einer eigenen Veranstaltung "Die Kommunisten und das Militär" die Gründung eines Soldaten- und Reservistenkomitees entgegengestellt. Hier konnten wir auch die demokratische Forderung unseres Programms nach allgemeiner Volksbewaffnung genauer darlegen, als es auf den Veranstaltungen der Kriegsdienstgegner möglich war.

Wenn auch bis jetzt noch nicht die Gründung eines Komitees vollzogen werden konnte, so hat sich doch unter einem Teil der Jugendlichen eine starke Diskussion um die entgegengesetzten Positionen entfaltet, die wir in den nächsten Wochen noch mit ihnen weiterführen werden.

–H. SG Worms–

Angaben zur Person

Auf einem Personalbogen der Bundeswehr, den man bei Einstellungen ausfüllen muß, fanden sich neben Fragen zur Person auch folgende Fragen:

"Erklärung über Mitgliedschaft oder Verbindung zu bestimmten politischen Parteien und Organisationen sowie zu bestimmten Institutionen:
I. Waren oder sind Sie Mitglied
a) einer kommunistischen Partei oder einer kommunistischen oder offensichtlich kommunistisch beeinflußten Organisation (...) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West), in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, im Sowjetsektor von Berlin, in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete oder im Ausland? ...

Um Mißverständnisse zu vermeiden: diese Personalbögen werden Soldaten heute vorgelegt, nicht etwa nur vor 10 Jahren.

Dieses Zitat zeigt eindeutig die zwei Seiten der bürgerlichen Armee in Westdeutschland: Bespitzelung nach innen und aggressive Ziele nach außen.

–j.u.–

Unfall wegen Ermüdung

3 000 Liter Dieselöl ausgelaufen / Schuldig sind die Offiziere

Unna-Königsborn. Vom 6.-20.11. führte die 7. Division mit großen Teilen ihrer Einheiten ein Übungsschießen auf dem Schießgelände Bergen-Hohne (Lüneburger Heide) durch. Die 3. Kompanie des Versorgungsbataillons 7 nahm ebenfalls daran teil und hatte die Versorgung mit Kraftstoff und Munition zu übernehmen. Die dabei anfallenden Transporte begannen häufig frühmorgens und endeten nicht selten am späten Abend.

Der Höhepunkt wurde aber gegen Ende der Übung erreicht. Durch die Umstände der Versorgung und die langen Fahrten war jeder von uns einesteils seiner Kräfte beraubt. Und nun sollten die 280 km Rückfahrt am späten Abend angetreten werden. Auf unseren Protest hin wurde uns ausreichend Schlaf zugesichert. Wie sah es aber wirklich aus?

Zunächst wurde am Tag der Abfahrt eine halbe Stunde früher geweckt, um bis des Mittags das Lager abgebrochen zu haben. Ein Teil der Kompanie hatte bis des Mittags noch Transporte zu fahren. Um 2 Uhr standen die LKW aufgefahren und nun sollte Ruhezeit sein für die Nachtfahrt. Laufende Motoren zum Aufheizen, vorbeirollende Fahrzeugkolonnen und die Tatsache, daß wir jede Stunde wegen einer anderen Sache herausgerufen wurden (Essensausgabe, Papieraufsammeln, Marschbefehlsausgabe etc.) machte dieses Ausruhen zur Farce. Um 19 Uhr begann der Marsch, der laut Plan um 2 Uhr 45 beendet sein sollte. Obwohl laut Vorschrift alle 2 Stunden ein Technischer Halt von 30 Minuten und alle 6 Stunden eine Rast von einer Stunde einzulegen ist, machten wir nur einen Halt nach 50 km, der von 21 Uhr bis 21 Uhr 30 dauerte. Weitere Halte waren nicht geplant. So begann das, was alle Soldaten kennen und fürchten und worüber sich manche Offiziere nach Fahrten amüsieren. Die Fahrer beginnen zu ermüden, fahren Schlangenlinien und werden erst manchmal dicht vor der Leitplanke oder dem Brückengeländer wach.

Um Mitternacht passierte es dann. An der Weser auf einem Baustellenabschnitt geriet ein LKW auf die Gegenfahrbahn, weil der Fahrer eingeschlafen war. Der LKW durchbrach die Leitplanke und stürzte um. Die Tankbehälter rissen sich aus der Verankerung, purzelten über die Autobahn und nur wenige hundert Meter von der Weser entfernt liefen 3 000 Liter Dieselöl aus. Zwar blieben Fahrer und Beifahrer unverletzt und kein anderes Fahrzeug verunglückte auf dem auslaufenden Diesel, doch da pro Liter 10 Kubikmeter Erde verseucht werden und ein Trinkwasserbrunnen des Kreises Minden bedroht ist, sind der Schaden und die Kosten für die Steuergelder beträchtlich.

Leutnant Müller hat den Unfall nicht miterlebt. Er hatte an der nächsten Raststätte einen Halt gemacht und die Beifahrer gebeten: "Weckt mich, wenn die Kolonne vorbei ist." Er schien also recht müde zu sein, während er vor der Fahrt den Beifahrern unter Strafandrohung das Schlafen untersagte.

Die Übung hat einmal mehr gezeigt, wie rechtlos wir Soldaten in dieser Armee sind und unter welche unmenschlichen Bedingungen wir gezwungen werden. Wie durch Akkord und Arbeitshetze im Betrieb, so versuchen die Kapitalisten auch hier über ihre Offiziere aus uns das Letzte rücksichtslos herauszupressen.

Der Besatzung des LKW wird inzwischen bescheinigt, sie treffe kein Verschulden. Aber damit kann die Sache nicht beendet sein. Einige Menschen auf der Autobahn waren gefährdet und hätten ihr Leben lassen können. Acker und Felder am Berghang der Weser sind durch Öl verseucht und zerstört. Ein Trinkwasserbrunnen, von dem viele Menschen abhängig sind, ist bedroht. Wäre das Öl in die Weser gelaufen, hätte das ein Fischsterben zur Folge haben können.

Der Offizier in der Verkehrskommandantur, der den Marsch und seinen Ablauf so leichtfertig festgelegt hat, Leutnant Müller, der nicht wie anfänglich zugesagt, ein Zelt bis des Abends stehen ließ, damit die Fahrer vor Fahrtantritt ausreichend schlafen konnten, sie müßten ob ihres verantwortungslosen Handelns zur Rechenschaft gezogen werden. Rechenschaftspflichtig sind sie auch, aber nur ihren Vorgesetzten. Bei diesem Teil von Soldaten aber wird das Verschulden im Rahmen der Offizierskumpanei unter den Tisch gefegt.

Rechenschaftspflichtig sein aber müßten sie uns Soldaten und den anderen betroffenen Menschen. Denn diese haben ein erhebliches Interesse daran, daß ein solch verantwortungslos sich über die Interessen des Volkes hinwegsetzendes Verhalten sich nicht wiederholt.

–R.W.–

„Nervosität"

Braunschweig. Am 4.10. verteilten wir eine Flugschrift zur Gündung des Soldaten- und Reservistenkomitees Braunschweig vor der Husarenkaserne (hinter Sandwüste).

Der Wachhabende ließ das Haupteingangstor der Kaserne schließen. Begründung auf Anfrage: Vor dem Tor werden Zeitungen verteilt, niemand darf mehr hinaus.

In der Berufsschule

Das Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel berichtet

Als Vertreter des Soldaten- und Reservistenkomitees Kassel war ich zu einer Diskussion mit Schülern an der Max-Eyth-Berufsschule eingeladen worden. An der Diskussion sollten auch ein Bundesgrenzschutz-Offizier, ein Vertreter des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer und ein Zivildienstleistender teilnehmen. Weil ich den genauen Ort der Veranstaltung nicht erfahren konnte, verpaßte ich die Diskussion.

Ein Lehrer bemühte sich intensiv darum, die betreffende Klasse herauszufinden. Er mußte mich wohl für einen offiziellen Vertreter der Bundeswehr halten, denn er war sehr zuvorkommend und eifrig, obwohl ich deutlich sagte, daß ich vom Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel bin. Nachdem alles Suchen ergebnislos blieb, machte er mir den Vorschlag, mit einer anderen Klasse über das Thema Bundeswehr zu diskutieren. Da die Schüler Interesse daran hatten, willigte ich gern ein. Ich hatte dann Gelegenheit, 1 1/2 Stunden mit den Schülern zu diskutieren. Obwohl ich darauf nicht vorbereitet war, verlief die Diskussion recht gut.

Als erstes wollten sie wissen, warum ich bei der Bundeswehr bin. Ich erklärte, daß ich, bevor ich zur Bundeswehr ging, zweimal als Kriegsdienstverweigerer abgelehnt worden war. Weil ich in der Zwischenzeit die Erfahrung gemacht hatte, daß Kriegsdienstverweigerung nur passiven Widerstand bedeutet, dieser aber nicht verhindern kann, daß die Bundeswehr gegen streikende Arbeiter und bei Unruhen gegen die Volksmassen eingesetzt wird, entschloß ich mich, doch zur Bundeswehr zu gehen. Denn gemeinsam kann man in der Bundeswehr sowohl etwas gegen die beschissene Lage der Soldaten tun, als auch verhindern, daß wir Soldaten gegen unseren Willen eingesetzt werden.

Einige wollten nicht glauben, daß man "freiwillig" zum Bund geht, wenn man dagegen ist. Ich zeigte nochmals auf, warum die Notwendigkeit dazu besteht. Unser Ziel ist, die Kontrolle der Waffen durch das Volk und nicht durch die Bundeswehr-Generäle.

Ein Schüler, dessen Vater bei der Bundeswehr ist, meinte, daß die Bundeswehr doch auch viel Gutes habe. Sie biete einen sicheren Arbeitsplatz, man verdient gut und kann sogar studieren, wenn man sich lange genug verpflichtet. Und wenn man aufgestiegen ist und z.B. Hauptmann ist, kann man doch falsche Befehle vermeiden und die Soldaten besser behandeln.

Dem konnte ich entgegenhalten, daß der sichere Arbeitsplatz und die Verdienstmöglichkeiten Köder sind, um die Jugendlichen in die Armee zu locken. Ohne das Geld würde kaum jemand freiwillig zum Bund gehen. In der Bundeswehr hat der einzelne nichts zu sagen, auch die Vorgesetzten führen nur die Befehle von oben aus und geben sie nach unten weiter. Erreichen kann man nur etwas in der solidarischen Aktion aller Betroffenen.

In der kurzen Zeit konnten wir längst nicht alle Fragen diskutieren, deshalb ging es nach der Stunde noch eine ganze Weile auf dem Flur weiter.

–vk–

Japan: Grosse Empörung gegen den Ford-Besuch





Während in Japan gegen den Ford-Besuch Millionen streikten und große Demonstrationen durchführten (linkes Bild), wurden in Süd-Korea alle Aktionen von dem Park Chung Hee-Regime mit brutalem Terror unterdrückt, eine Jubelfeier wurde zum Empfang Fords abgezogen.

Gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten in Japan haben Hunderttausende von Japanern demonstriert. Am Tage der Ankunft von Präsident Ford führten die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes einen nationalen Streik durch: 3,5 Millionen beteiligten sich daran. Die Empörung der Volksmassen richtet sich gegen die fortgesetzte Aggression des US-Imperialismus im ostasiatischen Raum, besonders gegen die Tatsache, daß japanisches Territorium benutzt wird als Aufmarschgebiet und rückwärtige Linie im Krieg gegen die Völker Indochinas und gegen das koreanische Volk. Große Unruhe herrscht im japanischen Volk darüber, daß auf seinem Territorium atomare Waffen der US-Imperialisten gelagert sind und daß in seinen Küstengewässern die US-Kriegsmarine mit atomaren Waffen an Bord kreuzt. Anschließend fuhr Ford nach Südkorea und gab dem Park Chung Hee-Regime eine Garantieerklärung für weitere Waffenlieferungen und die Fortsetzung der Stationierung von 38 000 US-Soldaten.

Das Franco-Regime ist isoliert

Das zeigen die breite Streikbewegung und die Formierung der oppositionellen Fraktionen

Seit der Niederwerfung der Republik durch die Faschisten hat der Widerstand der Arbeiterklasse und breiter Volksmassen in Spanien nicht aufgehört. Mit Beginn der 60er Jahre hat sich der Widerstand in die Breite und Tiefe entwickelt. Der hartnäckige und mutige Kampf der Arbeiterklasse erschüttert das faschistische Regime. Die Bourgeoisie sucht nach Auswegen, wie sie an der Macht bleiben kann, unterstützt von den Imperialisten Europas und der USA und nicht zuletzt der sozialimperialistischen Sowjetunion. Die Veränderungen in Portugal und Griechenland haben die Massen weiter ermutigt und der Bourgeoisie auf der anderen Seite gezeigt, daß die Tage ihrer faschistischen Diktatur gezählt sind. Teile der Bourgeoisie versuchen, sich in der Opposition gegen den Faschismus zu profilieren, und die Faschisten selbst sind in mindestens zwei Lager gespalten, von denen das eine ein liberales Mäntelchen zu schneidern versucht, während das andere auf kompromißlose Verschärfung der Unterdrückung setzt. Unter Führung der revisionistischen Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) hat sich die "Junta Democratica" formiert, die Teile des sozialdemokratischen und des monarchistischen Lagers der Bourgeoisie vereint und versucht, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen auf das Ziel der parlamentarischen Herrschaft der Bourgeoisie zu lenken. Doch die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen entwickeln in ihren Kämpfen eine Kraft, die sich nicht auf dies beschränkt bürgerliche Ziel festbinden läßt.

Mit Ende der Sommerferien setzte in Spanien erneut der breite und entschlossene Kampf der spanischen Arbeiterklasse und des Volkes ein. Der Kampf richtete sich gegen die unerträgliche Teuerung des Lebens – Preissteigerungen von 20 bis 100 % bei Grundnahrungsmitteln sind an der Tagesordnung –, gegen die ständige Entwertung des Lohns, gegen die beschissenen Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen politische Knebelung und Polizeiterror.

Bei der staatlichen Autofabrik SEAT kämpften drei Wochen lang über 20 000 Arbeiter für höhere Löhne. Täglich führten sie Versammlungen und Kundgebungen durch. Der bewaffneten und berittenen Polizei gelang es nicht, diese zu unterdrücken, vielmehr mußte sie sich vor der geschlossenen Macht der Arbeiter zurückziehen.

Zwei "grises" (= Graue – Mitglieder der bewaffneten politischen Polizei) wurden von der wütenden Menge schwer verletzt bei ihrem Versuch, Flugblattverteiler festzunehmen.

Anfang der Woche wurde ein Kompromiß ausgehandelt, der zumindest teilweise die Forderungen der Arbeiter erfüllte. Mehrere Tausend SEAT-Arbeiter nahmen die Arbeit widerwillig wieder auf. 6 000 Kollegen setzten den Kampf jedoch entschlossen fort für die Freilassung und Wiedereinstellung von 12 noch gefangengehaltenen Kollegen. Drei von ihnen sollen vor ein Militärgericht gestellt werden. Damit will sich das Regime für die – verdiente – Mißhandlung an zweier seiner Handlanger rächen.

SEAT ist ein Beispiel für den entschlossenen Kampf der Arbeiter. Viele mittlere und kleine Betriebe im Industrieviertel Barcelonas wurden seit Wochen bestreikt, täglich beginnen neue Streikkämpfe. In Madrid haben die Arbeiter mehrerer Betriebe den Arbeitskampf in den letzten Tagen aufgenommen, darunter die Siemens-Zweigstelle in Getafe (Madrid).

Seit Studienbeginn im Oktober führen Teile des mittleren Lehrkörpers an den Universitäten Unterrichtsboykotts durch. Sie protestieren damit gegen ihre entwürdigende Lage; bei Einstellung werden Treueerklärungen für das Regime verlangt, Arbeitsverträge werden ihnen vorenthalten, monatelang wird das Gehalt nicht ausbezahlt.

Vergangene Woche wurde die Philosophische Fakultät an der Madrider Universität geschlossen. Die Studenten hatten seit Studienbeginn einen Vorlesungsstreik gegen verschärfte Zulassungs- und Prüfungsbestimmungen durchgeführt.

Hausfrauen schließen sich zusammen, um gegen die Preissteigerungen zu protestieren. In Madrid wurde der Versuch, unter Umgehung des Zwischenhandels, den Verkauf direkt vom Hersteller zum Verbraucher zu organisieren, von der Polizei sofort niedergeschlagen.

Der Protest von Eltern und Lehrern gegen den Schulmangel nimmt in den Städten und Stadtteilen organisierte Formen an. In Arbeitervierteln und auf dem Land konnten dieses Jahr über 20 % der schulpflichtigen Kinder keine Schule finden.

Das sind nur einige Beispiele für die Breite und Entschlossenheit, mit der das spanische Volk den Kampf führt. In diesen Tagen läuft eine neue Welle von Prozessen vor den Militär- und Sondergerichten der Staatssicherheitsbehörden an. Arbeiterführer, Priester, Mitglieder oppositioneller Organisationen und Parteien, die zum Teil seit zwei und mehr Jahren in Untersuchungshaft sitzen, sollen zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Dies zeigt: Obwohl seit Jahren der Militär- und Polizeiapparat ständig ausgeweitet und perfektioniert wird, mit Sondergerichtsbarkeit hunderte von spanischen Antifaschisten in die Gefängnisse gebracht werden, gelingt es der brutalen Polizei- und Unterdrückungsgewalt nicht, die Kämpfe der Volksmassen zu zerschlagen

Der Kampf der spanischen Arbeiterklasse und des Volkes für die Befreiung vom faschistischen Joch und für Demokratie in den Händen des Volkes wird von der Kommunistischen Partei Spaniens (KPS) immer unverfrorener umgefälscht in einen Kampf für die bürgerliche Demokratie. Die von ihr propagierte "Nationale Versöhnung", nämlich die Versöhnung zwischen herrschender Klasse und den ausgebeuteten Klassen soll ein Schritt hin zum friedlichen Übergang zum Sozialismus sein. Als ob es je eine Versöhnung zwischen den Klassen geben kann, höchstens ein taktisches Zusammengehen in ganz begrenzten und konkreten Fragen.

Die Propagierung der "Nationalen Versöhnung" seitens der KPS verbreitet Illusionen und verhökert das Volk und seinen Kampf an die Bourgeoisie. Zielstrebig hat die KPS sich als Juniorpartner der Bourgeoisie aufgebaut. Nur zu deutlich wurde dies auf der KP-Kundgebung im Juni 1974 in Genf. Und sie erpreßt die Bourgeoisie, damit die Bourgeoisie sie ja als Juniorpartner akzeptiere. Carrillo, der Generalsekretär der KPS auf einer Pressekonferenz im Juni 1974: *"Unter den gegenwärtigen Bedingungen könnte sich aufgrund des bereits bestehenden politischen Dialogs zwischen den verschiedenen Kräften eine Regierung der nationalen Versöhnung herausbilden. Gelingt dies nicht, können die wirtschaftliche Lage, die Unzufriedenheit im Volk, der Kampf der Arbeiter und Studenten ein sehr großes Ausmaß erreichen und dann wären Lösungen dieser Art schwieriger."*

Die KPS mit ihrem noch großen Einfluß auf die Arbeiterklasse verspricht der Bourgeoisie Ruhe an der Klassenfront.

Niemals in ihrer Geschichte zuvor hat sie das getan. Im Gegenteil: Die KPS hat als Kampfmittel gegen die faschistische Diktatur und die bürgerliche Herrschaft überhaupt immer am politischen Generalstreik festgehalten. Zum allgemeinen Generalstreik gegen das Franco-Regime hat sie die Arbeiterklasse Spaniens immer wieder aufgerufen, ohne daß sie dieses richtige Ziel je erreicht hätte.

In diesen Wochen und Monaten scheint die Lage besonders günstig für einen allgemeinen politischen Streik in Spanien. Jetzt aber verzichtet die KPS auf den Streikaufruf und propagiert ihr Programm der nationalen Versöhnung mit der Bourgeoisie. Das zeigt, daß die KPS nicht einmal mehr in Worten am Sozialismus festzuhalten bereit ist. In Zeiten der großen Unruhe und Bewegung unter der Arbeiterklasse und den breiten Volksmassen sucht sie lieber den Ausgleich mit der Bourgeoisie als den Kampf tatsächlich zu führen.

Es hat sich außerdem gezeigt, daß die KPS offen auf den Kurs der Sozialimperialisten eingeschwenkt ist. An dem letzten Treffen der revisionistischen Parteien hat sie teilgenommen und ihre Differenzen zur politischen Linie der KPdSU weitgehend aufgegeben.

Die KPS hat am 30.Juni in Paris die Bildung einer "Junta Democratica" bekannt gegeben. Mit dieser "Junta" hofft sie, die gesamte oppositonelle Bewegung Spaniens zu sammeln. Die sozialdemokratische PSOE und die Christdemokraten unter Jimenez haben sich noch nicht entschieden. Mit der Organisierung einer bürgerlichen Sammlungsbewegung statt des revolutionären Kampfes gegen das Franco-Regime ist die bürgerliche Linie dieser Partei offenkundig geworden. Das von den Revisionisten fallengelassene Banner des revolutionären Generalstreiks wird unterdessen aufgenommen von neuen, nichtrevisionistischen Organisationen, die sich inzwischen in Opposition zur Politik der KPS in Spanien gebildet haben.

–KS/Red.–

Gegen die „Iran-Woche" des Schah-Regimes

Wir haben bereits zweimal darüber berichtet, daß das Schah-Regime in den nächsten Wochen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik eine "Iran-Woche" durchführen wird. Die Föderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin e.V. – Mitglied der CISNU hat gegen diese "Iran-Woche" des Schah-Regimes einen Aufruf veröffentlicht, den wir hier nachdrucken. Die Föderation Iranischer Studenten ruft am 30.11.1974 alle ihre Mitglieder und Sympathisanten in der BRD zu einer Demonstration in Köln auf um zu zeigen, daß das Schah-Regime keineswegs die Unterstützung des iranischen Volkes hat, sondern dieses Volk ausbeutet und unterdrückt. Der BRD-Imperialismus dagegen hat ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Regimes, das besser als jedes gegenwärtig denkbare Regime, ihm die Beteiligung an der Ausbeutung eines großen Landes der Dritten Welt sichert. Wo die westdeutsche Bourgeoisie ein enges Freundschaftsverhältnis mit dem Schah-Regime pflegt kommt es darauf an, daß sich eine enge Freundschaft zwischen der westdeutschen Arbeiterklasse und dem iranischen Volk entwickelt im Kampf gegen den Imperialismus.

Die Kölner Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) wird die Demonstration der FIS unterstützen.

Aufruf der FIS

In den nächsten Wochen veranstaltet das faschistische Schah-Regime, unterstützt von der Bundesregierung, eine "Iran-Woche" in Bonn/Köln und anderen Städten der BRD. Auftakt dazu ist ein Gala-Abend für über 1 000 Politiker und Vertreter der westdeutschen Kapitalistenklasse im Steigenberger Hotel in Bonn. Während dieser "Iran-Woche" wird das Schah-Regime durch ein Millionenschauspiel mit Filmen, Ausstellungen, Trachtenvorführungen und Shows Lügengeschichten über angebliche Fortschritte des Irans verbreiten und in der Öffentlichkeit für seine Herrschaft werben. Diese Propagandaschau soll die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik über die elende Lage der Volksmassen im Iran und über den faschistischen Terror gegen die fortschrittliche Opposition hinwegtäuschen.

Dieses Millionenspektakel wird in einer Zeit durchgeführt, in der die Geschäfte des westdeutschen Imperialismus im Iran auf Hochtouren laufen. Der westdeutsche Imperialismus ist am Iran interessiert und versucht dort seinen imperialistischen Einfluß zu erweitern. In den vergangenen Monaten hat er mit dem Schah-Regime Milliardenverträge abgeschlossen. Als stärkster Handelspartner des Irans setzen die BRD-Monopole auf die Herrschaft des faschistischen Schah-Regimes und gewähren ihm ihre allseitige Unterstützung. Beispiele dafür sind die Waffenlieferungen der BRD an den Iran und die Ausbildung der iranischen Offiziere in der Bundeswehr.

In der westdeutschen Öffentlichkeit muß jedoch die Unterstützung der iranischen Faschisten gerechtfertigt werden. Deshalb fordert die Bundesregierung diese Propagandaschau, die das Ansehen des Schah-Regimes aufpolieren soll. Hingegen wird die Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), die über die Verbrechen des Schah-Regimes und über die wahren Verhältnisse im Iran aufklärt, immer stärkeren Repressionen seitens der westdeutschen Behörden ausgesetzt. So wurden z.B. die Demonstrationen der CISNU, die sich gegen die Erschießung iranischer Oppositioneller richteten, mit der Begründung verboten, daß sie die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Iran und die Belange der Bundesrepublik gefährden.

Das iranische Regime redet über Entwicklung und Fortschritt des Irans. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? Der Iran ist ein vom Imperialismus abhängiges Land. Die imperialistischen Länder, an der Spitze die USA, plündern rücksichtslos die Reichtümer des Irans und verhindern systematisch seine Entwicklung. Auch die Sowjetunion beteiligt sich an der Ausbeutung der iranischen Volksmassen. Sie liefert dem Schah-Regime Waffen und Industriegüter zu hohen Preisen und kauft bei ihm billig Erdgas und andere Rohstoffe, die sie mit enormen Profiten an andere Länder weiterverkauft.

Garant für die imperialistische Ausbeutung des Irans ist das reaktionäre Schah-Regime. Durch die imperialistische Ausplünderung ist der Iran trotz seiner Reichtümer und anderer günstiger Voraussetzungen ein unterentwickeltes und armes Land. Ein Industriearbeiter verdient bei annähernd gleichem Lebenshaltungsindex wie in der BRD für einen 10-12 Stundentag höchstens 6 DM. Grundnahrungsmittel wie Brot, Zucker und Fleisch sind Mangelware. Die Preise für Konsumgüter steigen jährlich um 23 %. Ein Großteil der Bauern, ruiniert durch die "Weiße Revolution", strömt in die Städte und vergrößert das Heer der Arbeitslosen.

Das Schah-Regime versucht durch den Einsatz von Geheimdienst, Polizei und Armee die sozialen Widersprüche im Land und den Freiheitskampf des Volkes zu unterdrücken. So z.B. wurden im Juni 1974 13 Arbeiter der Mosaikfabrik "Irana" während des Lohnstreiks erschossen. Laut Meldungen von "Le Monde" werden wöchentlich 2 Oppositionelle hingerichtet. Die Demonstration der Studenten gegen die Waffenkäufe des Schahs forderte 19 Todesopfer. Nach Angaben von Amnesty International gibt es im Iran 40 000 politische Gefangene. Der faschistische Terror ist das einzige Mittel des Schah-Regimes für die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft.

Neben der Sicherung der imperialistischen Interessen im Iran spielt das Regime die Rolle des Gendarms im Golfgebiet. Als Handlanger des US-Imperialismus führt der Schah mit einer 11 000 Mann starken Gruppe einen Vernichtungskrieg und versucht die unter der Führung der PFLO befreiten Gebiete wieder dem imperialistischen Machtbereich einzuverleiben.

Die Föderation Iranischer Studenten (FIS) – Mitglied der CISNU – wird während der kaiserlichen "Iran-Woche" verstärkt über die Verbrechen des iranischen Regimes und über die wahren Verhältnisse im Iran aufklären und diese Propagandaschau entlarven.

Die FIS ruft alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen auf, sie bei diesen Aktivitäten zu unterstützen.

Weg mit der Propagandaschau des faschistischen Schah-Regimes!
Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem iranischen Volk!
Es lebe der Kampf des Volkes im Iran für Freiheit, Unabhängigkeit und soziale Revolution!
US-Imperialismus und alle anderen Imperialisten – raus aus dem Iran!
BRD-Imperialismus – raus aus dem Iran!
Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime!

Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin - Mitglied der CISNU

THE PEOPLE'S FRONT
FOR THE LIBERATION OF
OMAN AND THE ARABIAN GULF

ADEN OFFICE: Maktari Bldg., Madram Street,
MAALLA, ADEN.
P. O. Box No. 5037 - Tele. 22642 - 23084
Cable: NHIEZ

Von der PFLOAG, der Volksfront für die Befreiung von Oman und dem Arabischen Golf, sind inzwischen beim Nahostkomitee Heidelberg sowie beim Arabischen Studentenverein Freiburg (ASV) und KBW Freiburg Bestätigungen eingegangen für den Erhalt der Geldsendungen. Das Nahostkomitee Heidelberg hatte 40.000 DM überwiesen und der ASV Freiburg hatte zusammen mit dem KBW 3.350 DM überwiesen. Die Briefe haben den gleichen Wortlaut. Im folgenden drucken wir den Brief an das Nahostkomitee Heidelberg im vollen Wortlaut:

Nahost Komitee Heidelberg
Genossen,

Wir danken Euch sehr herzlich für Eure Unterstützung mit 40.000 DM und für Eure aktive Teilnahme an der Solidaritätsaktion mit dem Kampf des Volkes von Dhofar. Eure Entschlossenheit bei der Unterstützung des Volkskrieges in Oman ehrt Euch. Für uns ist das ein starker Ansporn in unserem gerechten bewaffneten Kampf.
Lang lebe die Solidarität im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion.
Mit revolutionären Grüßen

الجبهة الشعبية لتحرير عمان والخليج العربي
مكتب عدن
عمارة القطري ، شارع الشهيد مدرم ، المعلا ، عدن
ص . ب ٥٠٣٧ ، تلفون ٢٢٦٤٢ ـ ٢٣٠٨٤
برقيا : نخيج

„Über dem Kolonialstaat Israel beginnt die Sonne unterzugehen"

Anerkennung der PLO durch die UNO / In Zukunft Beobachterstatus bei der Weltorganisation

In der Nacht vom 22. zum 23.11.74 beendete die UNO-Vollversammlung ihre Palästina-Debatte. Es wurden zwei Resolutionen abgestimmt, die mit überwältigender Mehrheit sich für die Rechte des palästinensischen Volkes und deren legitimer Vertreterin PLO aussprachen.
89 Staaten stimmten für das Recht des palästinensischen Volkes auf "Selbstbestimmung,... nationale Unabhängigkeit und Souveränität,... Rückkehr in die Gebiete und auf die Besitztümer, die ihnen entrissen und von denen sie vertrieben wurden,..." "Die Resolution stellt fest, daß 'das palästinensische Volk ein wesentlicher Bestandteil für die Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ist', sie fordert alle Staaten und internationalen Organisationen auf, das palästinensische Volk bei seinem Kampf um Wiedergewinnung seiner Rechte zu unterstützen." (zit. nach le monde 23.11.)
8 Staaten stimmten gegen diese Resolution, 37 – darunter alle EG-Staaten – enthielten sich der Stimme. Mit großer Mehrheit wurde anschließend der PLO Beobachtungsstatus in der UNO zugesprochen.

Der israelische UNO-Botschafter Tekoa kommentierte diesen Sieg des palästinensischen Volkes mit den Worten *"Über der UNO geht die Sonne unter"*.
Was sich in den Augen dieses Vertreters des israelischen Unterdrückerstaates als das Ende der Weltorganisation darstellt, ist jedoch nichts anderes als das unaufhaltsame Fortschreiten der Völker der Welt in ihrem Kampf um Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und nationale Befreiung, der allerdings die Sonne über den Staaten, die sich auf Ausbeutung und Unterdrückung dieser Völker gründen, untergehen läßt.

Die Zionisten wollten einen Siedlerstaat nach nordamerikanischem Muster errichten.

Die Besiedlung Palästinas, seit Anfang dieses Jahrhunderts organisiert durch die zionistische Weltorganisation, ist in ihren Zielen und Methoden vergleichbar mit der Errichtung der Vereinigten Staaten von Amerika. Wie die Siedler in Nordamerika vor 200 Jahren, die Vorfahren derjenigen, die heute überwiegend dieses Land bewohnen, so gingen auch die Zionisten daran, die einheimische Bevölkerung zu vertreiben und auszurotten, als diese sich gegen die gewaltsame Aneignung ihrer Ländereien und die Zerstörung ihrer Ländereien zur Wehr setzte. Was uns heute meist nur noch durch John Wayne-Filme in Erinnerung gerufen wird, der jahrzehntelang Ausrottungskrieg gegen die einheimischen Indianer in Nordamerika diese Bilder von Mord und Terror gegen die sogenannten Barbaren, und auch die heldenhafte Verklärung dieser Verbrechen, all das wiederholt sich in Palästina seit Beginn der jüdischen Ansiedlungsversuche.

Die Kolonisierung Palästinas

Einer der Begründer des Zionismus, Theodor Herzl, schrieb in seinem Buch 'Der Judenstaat': *"Die Zionisten müssen sich zunächst in zureichender Weise den Grundbesitz der arabischen Bevölkerung verschaffen. Die Einheimischen – insbesondere die Armeen – sollen 'unbemerkt' über die Grenze in Nachbarländer transportiert werden. . ."*
Nach diesem Plan bemächtigten sich die Siedler zunächst "strategischer Schlüsselpositionen". Zur endgültigen Inbesitznahme des Landes wurden besondere Wohn- und Lebensformen, die Kibbutzim, geschaffen, die als militärische Stützpunkte vergleichbar den amerikanischen Forts die gemeinsame Verteidigung des geraubten Landes gegen die Einheimischen ermöglichen. Parallel hierzu schufen sich die Siedler eigene Verwaltungsorgane, aus denen die Einheimischen ausgeschlossen waren, so daß sie bereits in den vierziger Jahren das strategische Netz ihrer Siedlungen fest im Griff hatten. Der systematische Aufbau eigener militärischer Verbände vervollständigte dieses Vorgehen. So ergaben nach den Schätzungen einer englisch-amerikanischen Untersuchungskommission aus dem Jahre 1946 alle militärischen Einheiten zusammen ungefähr 70 000 Mann unter Waffen. Welche Aufgabe diese Verbände zu erfüllen hatten, wurde der Weltöffentlichkeit zum ersten Mal 1948 plastisch vor Augen geführt, als die zionistischen Siedler die Durchführung des 1947 beschlossenen UN-Teilungsplanes für Palästina zu ihren Gunsten verhinderten. Unzählige Städte und Dörfer wurden angegriffen die Bevölkerung verjagt oder liquidiert. So z.B. in dem Dorf Deir Jassin westlich von Jerusalem, dort töteten israelische Verbände die ganze Dorfbevölkerung, *"was der schweizerische Vertreter des Roten Kreuzes ein willentliches Massaker nannte"*. Menachim Begin, heute Führer der rechten Likud-Opposition im israelischen Parlament, nannte dieses Massaker ausdrücklich "gerechtfertigt, da es ohne den "Sieg" von Deir Jassin keinen israelischen Staat gegeben hätte. Ein anderer Zionistenführer, der heutige Ministerpräsident Isak Rabin, beschrieb die Strategie der zionistischen Truppen: *"Indem wir keinen Stein auf dem anderen lassen und alle Einwohner verjagen . . ., wird es kein einziges Dorf geben, in das die Araber zurückkehren können."* Daß dieses Vorgehen auch während und nach dem Juni-Krieg 1967 erfolgreich beibehalten wurde, geht aus den Berichten israelischer Soldaten hervor, die selbst über das Verhalten ihrer Offiziere empört waren: *"Wir fragten die Offiziere, warum diese Flüchtlinge von einem Ort zum anderen geschickt und überall vertrieben wurden. Sie sagten uns, daß dies gut für sie wäre, sie sollten gehen... Wir vertrieben sie. Sie machten sich in Richtung nach Süden auf den Weg wie verlorenes Vieh. Die Schwachen starben."*
(aus dem Bericht eines israelischen Journalisten über den Befehl an seine Einheit, arabische Dörfer zu zerstören.)
In dem UNO-Bericht aus dieser Zeit heißt es: *"Als die israelische Armee das Dorf Almine einnahm, die Ernte und die Häuser zerstörte, weigerten sich vier der jungen Leute, das Vieh zu verlassen; sie wurden sofort getötet. In El Arish und Massakieh drangen israelische Soldaten in mehrere Privathäuser ein und erschossen Zivilpersonen, darunter mehrere Kinder."* (UN-Document A/8089, §§ 115, 116-121)
Nach der Besetzung großer arabischer Territorien 1967 begannen die Israelis systematisch, die verbliebenen Palästinenser in ihren Dörfern zu umringeln. Sie enteigneten die zu den Dörfern gehörenden Ländereien und siedelten dort Israelis an. Doch es ist ihnen nicht gelungen, die Palästinenser in Reservaten in ihrer eigenen Heimat zusammenzutreiben. Der Protest und der Kampfeswille des palästinensischen Volkes ist trotz vieler Niederlagen nicht zu brechen gewesen.
Was den europäischen Siedlern in Nordamerika gelang, Vertreibung der einheimischen Indianer, Vernichtung ihrer Identität als Volk, Dezimierung bis fast zur völligen physischen Vernichtung, Zusammentreibung der letzten Überlebenden in sog. Reservaten, wo sie wie Tiere als Touristenattraktion ausgestellt werden, all das ist den Zionisten in Palästina nicht mehr gelungen. Nordamerika war zunächst eine Kolonie Englands und wurde dann ein Siedlerstaat nach europäischem Muster. Das Kolonialzeitalter aber ist vorbei. Die Völker haben überall in der Welt ihre Sache selber in die Hand genommen und im Vertrauen auf die eigene Kraft die Kolonialherren zum Teufel gejagt. Dieses Schicksal wird den Zionisten nicht erspart bleiben. –U.T.–

Alle Zitate aus: W.Holstein, Kein Frieden um Israel, Fischer-Taschenbuch Nr. 1226

Die Aktion der FDLP von Beit Shean

Beit Shean Ein Kommando der FDLP (Demokratische Front – früher Demokratische Volksfront – zur Befreiung Palästinas) nahm israelische Geheimdienstbeamte (nicht Frauen und Kinder wie die bürgerliche Presse hier behauptet) als Geiseln, um zahlreiche politische Gefangene aus israelischen Gefängnissen zu befreien. Das Gebäude wurde von israelischen Spezialeinheiten gestürmt, die drei Palästinenser und vier Israelis kamen dabei um.

Die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (FDLP) hieß früher FDPLP – Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas. Die Umbenennung erfolgte vor einigen Wochen. Der Vorsitzende der FDLP ist Nayef Hawatmeh. Er war auch schon Vorsitzender der FDPLP.
–red.–

"Wahlen" in Tunesien

Bei den Wahlen, die kürzlich in Tunesien stattgefunden haben, hat die "Sozialistische Verfassungspartei" des Staatspräsidenten Bourgiba alle Parlamentssitze "erobert". Das ist jedoch nicht verwunderlich, denn diese Partei ist die einzige zugelassene Partei in Tunesien. Sie übt die politische Herrschaft im Interesse der Bourgeoisie und des Imperialismus seit der Unabhängigkeit Tunesiens 1956 aus. Wie gut sie das macht, davon zeugt das Portrait, daß die ARD vor einigen Monaten im Rahmen der Sendereihe "Kraftproben" von dem Hosenkapitalisten Müller-Wipperfürth gab. Über die Arbeiterinnen in seiner Fabrik Monastir (Tunesien) sagte Müller-Wipperfürth in der Sendung:
"Die sind . . . wie Artisten, wenn sie an der Maschine sitzen. Diese Büglerin hier ist 14 Jahre alt und hat eine Leistung, die 50 % höher liegt als die jeder Büglerin in Deutschland oder Belgien.
Frage: Sie halten nichts davon, daß sich die Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisieren?
Müller-W.: Warum? Wir kommen auch so klar, –besser. Mir ist es lieber, wenn die Leute nicht gelenkt werden. Wenn die hier streiken, werden sie bestraft. Da brauch' ich nur noch die Gendarmerie anzurufen oder das Arbeitsamt oder den Gouverneur – dann ist Feierabend . . ."
Der Durchschnittslohn in Tunesien beträgt 3 DM pro Tag!
nach einer Korrespondenz
aus Göttingen

Schlag und Gegenschlag

Vdk. Najif Hawatmeh heißt der Führer der „Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas", die den Terroranschlag auf ein Wohnhaus in der israelischen Ortschaft Beth Schean verübt hat. Hawatmeh ist einer der klarsten und radikalsten Köpfe in der palästinensischen Führung. Flugzeugentführungen und ähnliche Terrorakte in westlichen Ländern hat er in der Vergangenheit mehrfach als vom arabischen Standpunkt nutzlos und schädlich bezeichnet. Beim Kampf in Israel gegen die Israelis hingegen ist ihm jedes Mittel recht. Die „Volksfront" Hawatmehs gehört nicht zu den vier palästinensischen Gruppen, die kurz vor der Reise des Palästinenser-Führers Arafat die „Organisation zur Befreiung Palästinas" murrend verließen. Hawatmeh hat vielmehr mehrfach erklärt, er halte sowohl Verhandlungen mit den Israelis wie die Bildung einer provisorischen Regierung für einen künftigen palästinensischen Staat für zweckmäßig.

Der Überfall in Beth Schean war also nicht eine beliebige Wahnsinnstat verbrecherischer arabischer Banden, sondern ein überlegter politischer Akt. Dabei hatte zu dem Kalkül der Planung gehört, daß es neuerdings eine erhebliche Zahl junger Araber gibt, die bereit sind, ihr Leben für Operationen in Israel selbst dann zu riskieren, wenn die Chancen des Überlebens dabei verschwindend gering sind. Diese Bereitschaft, das eigene Leben zu verschenken, wenn es nur gelingt, einige Feinde zu töten, steht in radikalem Gegensatz zu der traditionellen Mentalität der arabischen Völker. Sie widerspricht auch dem Konzept, auf das Israel in der Ära Golda Meir/Dajan seine Politik in den besetzten arabischen Gebieten aufgebaut hatte. Araber sind feige, man kann sie leicht einschüchtern, man muß nur stark sein, um jeden Preis immer und überall stark sein — solche Sätze waren jahrelang nicht Werturteile, sondern Richtlinien einer Strategie der israelischen Führung.

Diese Strategie hat versagt. Vor allem deshalb sind die neuen Spannungen in den von Israel besetzten arabischen Territorien gefährlich. Auf Operationen und Terroranschläge der Fedaijin mit immer härteren Gegenschlägen zu antworten, bis an die Grenzen des Krieges oder notfalls sogar darüber hinaus, dieses bekannte Konzept steht den Israelis zur Lösung ihrer Probleme bereit. Aber wo ist ein Weg, mit dem der Orient zur Entspannung und Beruhigung zurückgeführt werden könnte?

Der obige Artikel aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zeigt, wie die westdeutsche Bourgeoisie sich auf die neuen Verhältnisse im Nahen Osten einzustellen beginnt . . .

Palästinensische Massenaktionen zur Unterstützung der PLO

Im Zusammenhang mit der Palästina-Debatte in der UNO fanden sowohl in den palästinensischen Flüchtlingslagern außerhalb Palästinas als auch in den von Israel besetzten Gebieten Aktionen statt, mit denen das palästinensische Volk eindrucksvoll seinen Kampf um nationale Unabhängigkeit und Souveränität demonstrierte.
Im Libanon fanden zur Eröffnung der UNO-Debatte am 13.11. große Demonstrationen statt. In den besetzten Gebieten gab es Massenaktionen in Djenine, Nablus, Ramallah, El Bireh, Khallul und Al-Khalia (Hebron) und anderen kleineren Städten und Dörfern und auch im Gazastreifen. Die Demonstrationen standen unter der Parole: "Palästina den Arabern!" In Djenine wurde ein junges Mädchen bei einer Demonstration von israelischen Polizeieinheiten erschossen.
Nablus Um 8.30 Uhr versammelten sich die Bewohner auf dem zentralen Platz der Stadt. Es waren viele Schüler und Schülerinnen. Als die Demonstration durch die Straßen zog, schlossen alle Geschäfte und die aufgefahrenen israelischen Militäreinheiten wurden mit Steinen und Orangen beworfen. Sie umzingelten die Demonstranten, ein Teil wurde verhaftet. Alle geschlossenen Geschäfte wurden gekennzeichnet. Die Schließung der Geschäfte erfolgte aufgrund eines Aufrufs der PNF (Palästinensische Nationale Front), die zu einem Generalstreik aufgerufen hatte.
Khallul und Al-Khalil Der Korrespondent des israelischen Rundfunks mußte zugeben, daß auf dem Markt nichts einzukaufen war, weil alle Geschäfte geschlossen hatten. Es war sehr schwierig, den Marktplatz zu betreten, weil sich so viele Menschen dort versammelt hatten. Er berichtete weiter: alle Schulen sind geschlossen!

Rafah (Gazastreifen) Die Bewohner demonstrierten gegen den israelischen Ministerpräsidenten Rabin, als er das Gebiet besuchte. Sie protestierten dagegen, daß ihnen ihr Land weggenommen wird um zionistische Siedlungen darauf zu bauen und gegen die Verhaftungswelle, mit der die Zionisten die protestierenden Bauern abzuschrecken versuchte.
(Alles Zitate aus arabischen Zeitungen)

Ostjerusalem Am Montag, den 18.11. kam es dann auch zu Demonstrationen in Ostjerusalem. Schüler besetzten ein College und hißten die palästinensische Fahne. Das Gebäude wurde gestürmt, zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Demonstrationen halten jedoch an.

Libanon In den Libanon abgeschoben wurden am 21.11. fünf Palästinenser aus den besetzten Gebieten, drei von ihnen sind Lehrer. Ihnen wird vorgeworfen, an der Organisierung der Massenaktionen der letzten Tage beteiligt gewesen zu sein.

Palästina-Basar

Beispielhafte Solidaritätsaktion in Darmstadt

Auf Initiative der Sympathisanten der FDLP (Demokratische Front für die Befreiung Palästinas) wurde in Darmstadt am 16.11. in der Innenstadt ein Bazar zur Unterstützung des palästinensischen Volkes durchgeführt. Ein gemeinsames Flugblatt, unterzeichnet von Sympathisanten der FDLP, der Ortsaufbaugruppe des KBW und deren Massenorganisationen, dem MSB-Spartakus, der DKP-Hochschulgruppe, dem SHB und dem griechischen Studentenverband Darmstadt wurde zu diesem Zweck verteilt. Im Bericht der Darmstädter Genossen heißt es weiter:

Wir beschrieben unsere Info-Stände mit den Forderungen des palästinensischen Volkes und stellten, unterstützt durch viele Bilder und Plakate, die Lebenssituation des palästinensischen Volkes dar. Viele Menschen in Darmstadt erklärten in den Diskussionen die Forderungen des palästinensischen Volkes nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für gerecht. Einer meinte: "Wir würden es uns ja auch nicht einfach gefallen lassen, wenn man uns aus unserer Heimat vertreiben würde, um z.B. die Eskimos hier anzusiedeln." Vielfach konnte man in den Diskussionen feststellen, daß die Meinung, die Araber wollten alle Juden ins Meer treiben, sich überhaupt nicht in den Köpfen der Leute festgesetzt hatte. Eine Frau sagte dazu: "Die israelische Regierung will das Volk doch nur gegen die Araber aufhetzen und daß sie jetzt selber endlich eins drauf kriegt, freut mich." (gemeint waren die Demonstrationen in mehreren israelischen Städten gegen die Verschlechterung der Lebenssituation für das israelische Volk.)
Zu den Landkarten, die die ständig vergrößerten israelisch-besetzten Gebiete zeigten, meinte ein älterer Mann: "Gerade wir Deutschen müßten doch genau wissen, daß es nicht richtig ist, wenn ein Staat durch Kriege anderen Völkern sein Land wegnehmen will."

Alles in allem war dieser Basar sehr erfolgreich und wir meinen auch ein gutes Mittel, den Kampf des palästinensischen Volkes für seine nationalen Rechte und sein Recht auf Selbstbestimmung politisch und materiell zu unterstützen.
Der Verkaufserlös betrug 618,60 DM und an Spenden wurden noch 169,– DM gesammelt.
Die Spenden dienen dem Aufbau einer Krankenstation in dem libanesischen Flüchtlingslager "Rashidieh".
–Ma. Darmstadt–

Spendenkonto

Landrover für Zimbabwe (ZANU)
Volksbank Mannheim
Konto Nr. 10 683 26



Spendensammlung vom 15. November bis zum 21. November 1974

G.N., Brodersdorf	388,76 DM
Kommunistische Gruppe, Diepholz	105,93 DM
C.F., Braunschweig	25,00 DM
RA Schw., Bremen	500,00 DM
V.Schw., Darmstadt	50,00 DM
P.Da., Heidelberg	151,00 DM
E.G., Stuttgart	10,00 DM
R.H., Müllheim	100,00 DM
H-J.M., Münster	20,00 DM
W.R., Westberlin	360,00 DM
F.Sch., Leihgestern	30,00 DM
F.V., Essen	100,00 DM
W.Sch., Viernheim	40,00 DM
Sammlung der SG Saarbrücken	103,00 DM
Sammlung auf Veranstl. der OG Bremen	493,28 DM
Th.U., Westberlin	50,00 DM
R.M., Ellerau	50,00 DM
A.S., Bremen	300,00 DM
M.G., Köln	300,00 DM
Sammlung OAG Kiel	100,00 DM
SG Essen	200,00 DM

Kontostand am 21.11.1974	13.297,41 DM

Mannheim. Äußerst erfolgreich verlief der Auftakt der Rundreise des Genossen Rex Chiwara der ZANU durch die Bundesrepublik mit der Zimbabwe – Solidaritätsveranstaltung in Mannheim. über 2 500 DM wurden für die Landrover gespendet

Vom 25.11. bis 6.12. wird R.J.K. Chiwara, der Vertreter der ZANU (Zimbabwe National Union), der Befreiungsorganisation von Zimbabwe, auf Einladung des KBW eine Rundreise durch die Bundesrepublik vornehmen und in den folgenden Städten auf Solidaritätsveranstaltungen sprechen.

28.11.	Westberlin
29.11.	Bochum
30.11.	Dortmund
1.12.	Herne
2.12.	Göttingen
3.12.	Hildesheim
4.12.	Kiel
5.12.	Hamburg
6.12.	Bremen

Erfolgreiche Aktion "Zwei Landrover für das Volk von Zimbabwe"

Kassel. Ein Basar wurde organisiert, an dem sich jeder Student beteiligen sollte, der bereit ist, den Erlös der verkauften Sachen (Kleider, Plakate, Bücher usw.) für das Volk von Zimbabwe zu spenden.
Es wurden genügend Sachen zusammengetragen, weil sich viele Studenten an der Aktion "Zwei Landrover für das Volk von Zimbabwe" beteiligen wollten. In politischen Debatten waren sie überzeugt worden, daß sie sich für eine gerechte Sache einsetzen.
Insgesamt wurden 745,39 DM als Spende abgeschickt.

L.G., Kassel

Schuldirektion auf der Seite des rhodesischen Siedlerregimes

Berlin-Zehlendorf. Der Direktor der Droste-Hülshoff-Schule hat das Aufhängen einer Wandzeitung verboten, mit der über den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Siedlerregiem informiert wurde. Zwei Schülern, die an dem Aufhängen der Wandzeitung beteiligt waren, wurde in einem Brief an die Eltern der Rausschmiß angedroht.
Mit der Unterdrückung der Information über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe und der Androhung von Strafmaßnahmen gegen die beiden Schüler hat die Direktion der Schule offen Partei ergriffen für das rhodesische Siedlerregime und gegen den gerechten Kampf des Volkes von Zimbabwe.
Aus: Ortsbeilage Westberlin zur KVZ Nr. 26/1974

Die Sowjetunion kann keine friedliche Koexistenz mit der VR China ertragen

Offiziell hat die Regierung der Sowjetunion auf die erneuten Vorschläge der Volksrepublik China zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht geantwortet. Diese Vorschläge waren in einem Grußtelegramm des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses und des Staatsrates der Volksrepublik China an den Obersten Sowjet enthalten. Die Sowjetunion hat dieses Grußtelegramm nicht einmal zu veröffentlichen gewagt. In dem Grußtelegramm stand unter anderem:

"Die chinesische Regierung hat bei vielen Gelegenheiten vorgeschlagen, daß beide Seiten die Verhandlungen in gutem Geiste führen und gutnachbarliche Beziehungen herstellen sollten. Um dies zu erreichen, ist es zuallererst notwendig, in Übereinstimmung mit der Übereinkunft, die im September 1969 zwischen den Ministerpräsidenten Chinas und der Sowjetunion erreicht wurde, ein Abkommen zu unterzeichnen, das einen beiderseitigen Gewaltverzicht, die Beibehaltung des Status quo an der Grenze, die Verhütung bewaffneter Konflikte und das Auseinanderrücken der Streitkräfte auf beiden Seiten einschließt, und man dann dazu übergeht, die gesamten Grenzfragen durch Verhandlungen beizulegen." (Eigene Übersetzung aus dem Französischen)

Die gegenwärtigen Grenzen beruhen auf ungleichen Verträgen der Zarenherrschaft

Wobei geht es bei den Grenzfragen? Die heutigen Grenzen zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion gehen zurück auf **"ungleiche Verträge"**, die als Ergebnis der imperialistischen Raubpolitik des zaristischen Rußland mit dem alten, von den Imperialisten unterjochten China zustande gekommen sind. Diese Grenzbestimmungen sind außerdem in zahlreichen einzelnen Punkten umstritten. Die heutige Sowjetunion hat an dieser Grenze große Truppenmassen aufgestellt, durch die die Volksrepublik China bedroht ist. 1969 hat die Sowjetunion durch militärische Angriffe die bestehenden Grenzen zu ihren Gunsten ändern wollen.

Worauf kommt es der Volksrepublik China an? Wie gegenüber anderen Staaten kommt es ihr auch gegenüber der Sowjetunion nicht darauf an, historische Ansprüche auf traditionell chinesisches Gebiet geltend zu machen und dieses Gebiet zurückzuerhalten, sondern es kommt ihr darauf an, daß festgehalten wird, daß diese Grenzen das Ergebnis ungleicher Verträge gewesen sind, um dann den heutigen Grenzverlauf genau festzulegen und zu einer Regelung im beiderseitigen Interesse zu kommen.

Worauf kommt es der heutigen Sowjetunion an? Es kommt ihr darauf an, die ungleichen Verträge in angeblich freie Vereinbarungen umzulügen, die bestehenden Grenzzwistigkeiten offen zu halten, um einen ständigen Grund zur Truppenmassierung im Norden Chinas zu haben und die Bedrohung der Volksrepublik China aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig braucht sie diese Truppen auch, um die dort lebenden Völker niederzuhalten, muß es aber nicht zugeben, solange sie eine Normalisierung der Beziehungen mit der Volksrepublik China verhindert.

Die Sowjetunion muß die Vorschläge der Volksrepublik China vor den Massen verheimlichen

Angesichts dieser Lage ist es nur zu gut verständlich, daß die Sowjetunion auf die gerechten und äußerst maßvollen Vorschläge der Volksrepublik China, die keineswegs neu sind, nicht eingehen will. Die Sowjetregierung wagt es aber nicht, die Vorschläge in der Sowjetunion zu veröffentlichen und offen abzulehnen. Das könnte gegenüber den sowjetischen Massen nicht gerechtfertigt werden. Außerdem würde die ganze Hetze gegen die Volksrepublik China in sich zusammenbrechen, mit der die heutige Sowjetunion ihre Truppenmassierungen an der chinesischen Grenze rechtfertigt.

Andererseits muß die Sowjetunion aber in der internationalen Sphäre zu den Vorschlägen der Volksrepublik China Stellung nehmen, wenn sie nicht eindeutig als Unruhestifter und imperialistische Supermacht dastehen will. Dazu benutzt die Sowjetunion die Zeitungen ihrer *"Bruderparteien"* deren Korrespondenten in den letzten Wochen im Außenministerium der Sowjetunion antanzen mußten, um als Sprachrohr der Sowjetunion gegenüber der Weltöffentlichkeit zu funktionieren. So erschien am 18.11. in der tschechoslowakischen *Rude Pravo* ein Artikel, der sich *"auf offizielle Kreise in Moskau stützt"* und in der westdeutschen DKP-Zeitung *"Unsere Zeit"* erschien am gleichen Tag ein Artikel, der sich stützt auf *"Gespräche mit sowjetischen politischen Kreisen, die mit der Chinapolitik befaßt sind."* In beiden Artikeln werden die Vorschläge als unannehmbar bezeichnet.
Die Süddeutsche Zeitung faßt den Artikel in *Rude Pravo* am 19. November zusammen:

Dem Bericht zufolge *"weigert sich die sowjetische Führung, dem chinesischen Vorschlag zu entsprechen und Zehntausende von Quadratkilometern ihres "historischen Territoriums" zu räumen sowie die sowjetische Grenze in einer Länge von 1 000 km zu entblößen. In der 'aggressiven Forderung der Maoisten, unter diesen Voraussetzungen an den Verhandlungstisch zu kommen', sieht der Kreml Rude Pravo zufolge einen neuen Beweis der 'ungeheuerlichen, widersinnigen Heuchelei der maoistischen Führung'."* Das ist wirklich plump und kann sich die *Rude Pravo* überhaupt nur leisten, weil das Volk in der CSSR sich nicht über die Vorschläge der Volksrepublik China informieren kann.

Das "historische Territorium"

Was das "historische Territorium" betrifft, so hat Lenin zu der Geschichte, in deren Verlauf das zaristische Rußland dieses Gebiet sich aneignete, folgendes geschrieben:

"Will man die Dinge bei ihrem richtigen Namen nennen, so muß man sagen, daß die europäischen Regierungen (und die russiche ist dabei so ziemlich eine der ersten) mit der Aufteilung Chinas bereits begonnen haben. Aber sie haben mit der Aufteilung nicht offen begonnen, sondern heimlich, wie Diebe. Sie sind daran gegangen, China auszurauben, wie man einen Leichnam ausraubt, und als dieser vermeintliche Tote Widerstand zu leisten versuchte, fielen sie wie wilde Tiere über ihn her, indem sie ganze Dörfer niederbrannten, wehrlose Einwohner, Frauen und Kinder im Amur ertränkten, niederschossen und auf die Bajonette spießten. Und all diese christlichen Heldentaten wurden begleitet vom Geschrei gegen die chinesischen Barbaren, die es wagen, ihre Hand gegen zivilisierte Europäer zu erheben." (1900) Soviel zur Geschichte dieses "historischen Territoriums" der Sowjetunion.

Die Machthaber der Sowjetunion sind die Erben des alten Zaren

Die heutigen Beherrscher der Sowjetunion sind wahrhaftig die Erben der alten Zaren, auch wenn sie ihre Schandtaten nicht christlich, sondern *"sozialistisch"* rechtfertigen, nicht offen rassistisch auftreten, sondern von *"aggressiven Forderungen der Maoisten"* reden, um ihre Truppenmassierung im Norden Chinas zu rechtfertigen. Auch die innere Seite der chinafeindlichen Politik der heutigen Beherrscher der Sowjetunion ist gut mit der Politik der alten Zaren vergleichbar:

"Aber die Politik der Zarenregierung in China stellt nicht nur eine Verhöhnung der Interessen des Volkes dar – sie ist auch bestrebt, das politische Bewußtsein der Volksmassen zu korrumpieren. Die Regierungen, die sich nur durch die Macht der Bajonette halten, die stets genötigt sind, die Volksempörung einzudämmen und zu unterdrücken, haben seit langem die Wahrheit erkannt, daß die Unzufriedenheit des Volkes durch nichts zu beseitigen ist; man muß versuchen, diese Unzufriedenheit auf jemand anders abzulenken." (Lenin, 1900). Damals auf die barbarischen Chinesen, heute auf die maoistischen Chinesen.

Ganz so plump wie die Rude Pravo kann die UZ in Westdeutschland nicht auftreten, wenn sie sich zum Sprachrohr des sowjetischen Außenministeriums machen will. Hier in Westdeutschland werden die Vorschläge der Volksrepublik China bekannt. Selbst die bürgerliche Presse informiert korrekter als die Zeitungen der revisionistischen Länder. Die Leser der UZ wie auch die Mitglieder der DKP sind sträflicherweise der Aufklärung und Information der "maoistischen Gruppen" ausgesetzt.

Die DKP setzt auf die imperialistischen Wunschträume der sowjetischen Machthaber

Und wer sich genau informieren will, kann sich die Peking-Rundschau besorgen. Folglich ist in dem Artikel der UZ auch nicht von *"aggressiven Forderungen"* der Volksrepublik China die Rede, sondern werden Spekulationen angestellt über die Gründe für den *"Coup der Maoisten"*. Es wird eine Erklärung gegeben, warum die chinesischen Vorschläge in der Sowjetunion nicht veröffentlicht wurden. Sie seien nicht veröffentlicht worden, weil sie eine *offenkundige Lüge"* enthielten, denn in Wirklichkeit habe es 1969 keine Übereinkunft zwischen den Ministerpräsidenten der Volksrepublik China und der Sowjetunion gegeben. Vergebliche Mühe, ihr Herren! Selbst wenn euch das jemand glaubt, so bleibt doch die Frage, warum die Sowjetunion nicht die gerechten und äußerst maßvollen Vorschläge akzeptiert, die ihr die Volksrepublik China seit Jahren macht. Darauf gibt die UZ überhaupt keine Antwort. Stattdessen liefert sie unfreiwillige Enthüllungen darüber, auf was für Kräfte die Sowjetunion bei ihrer Politik gegenüber der Volksrepublik China spekuliert. Sie spekuliert auf Kräfte, die wie die herrschende Clique in der Sowjetunion die Volksrepublik China aus einer Diktatur des Proletariats in die Diktatur einer neuen Bourgeoisie umwandeln wollen. Im Namen ihrer Auftraggeber macht die UZ Andeutungen über *"eine wesentliche Gruppe chinesischer Militärs, zu denen auch Lin Piao gehörte"* die zu einem Zurückweichen vor der sozialimperialistischen Großmachtpolitik der Sowjetunion bereit seien. *"Diese Kreise sähen ein Scheitern der bisherigen Militärdoktrin, die sich mit der Atom- und Raketenrüstung übernommen habe, die nicht in dem notwendigen Tempo weitergeführt werden könne, weil das volkswirtschaftliche Potential der Volksrepublik China dazu zu klein sei. Deshalb stelle sich für diese Kräfte die akute Frage einer normalen Rüstung. Dafür aber brauche man eine normale wirtschaftliche Entwicklung, eine Änderung der Strukturen zwischen militärischem und zivilem Bedarf. Diese militärischen Kreise träten für Bildung eines Berufsheeres, das der Verteidigung der nationalen Interessen genügt, ein."* So referiert die UZ ihre *"Gespräche mit sowjetischen politischen Kreisen, die mit der Chinapolitik befaßt sind."* Diese "politischen Kreise" meinen auch, der erneute Vorschlag der Volksrepublik China zu einer Normalisierung der Beziehungen der Volksrepublik China und der Sowjetunion sei ein Zugeständnis an diese von der Sowjetunion erhofften *"militärischen Kreise"*. All dies ist nicht weniger plump als der Bericht in der Rude Pravo, nur in anderer Weise. Es enthüllt die Wunschträume der sowjetischen Sozialimperialisten auf einen Putsch vn solchen "Militärs", die der Atomdrohung der beiden Supermächte nachgeben wollen, eine *"normale wirtschaftliche Entwicklung"* wollen und die Volksarmee und das bewaffnete Volk durch eine Berufsarmee ersetzen wollen. Das sind natürlich ganz vergebliche Wunschträume der sowjetischen Sozialimperialisten, wie die breite Kritikbewegung an Konfuzius und Lin Piao zeigt. Bekanntlich haben sich die chinesischen Vorschläge seit Beginn der Grenzstreitigkeiten mit der Sowjetunion um kein Jota geändert, und in dem Grußtelegramm wird direkt auf diesen unveränderten Standpunkt der Volksrepublik China hingewiesen, wie er seit 1969 der Sowjetunion bekannt ist. Die Hoffnungen der Sowjetunion, die Volksrepublik China zu verspeisen, sind leere Hoffnungen, und das chinesische Volk wird weiterhin wachsam sein gegenüber seinen äußeren und inneren Feinden.
Herausgekommen ist bei den beiden Artikeln der Rude Pravo und in Unserer Zeit eine weitere Demaskierung der heutigen Beherrscher der Sowjetunion und ihrer Hofschreiber aus den *"revisionistischen Bruderparteien"*.

-J.S.-

Indochina

Bundesregierung soll die GRUNK anerkennen

In der Frankfurter Rundschau vom 23. November haben über 80 Persönlichkeiten aus acht Städten der Bundesrepublik in einer Anzeige gefordert:
"Schluß mit der fortgesetzten Einmischung der USA in Kambodscha!
Anerkennung der GRUNK als rechtmäßiger Regierung des kambodschanischen Volkes durch die Bundesregierung!
Unterstützung der Wiederherstellung der legitimen Rechte der GRUNK in der UNO durch die Bundesregierung!"
Es wird außerdem dazu aufgefordert, die Anzeige auch noch nachträglich finanziell zu unterstützen, da sie zum Teil aus privaten Mitteln vorfinanziert wurde. **Einzahlungen auf das Konto Kempf/Härdle (Rechtsanwälte) Nr. 23 490 617 Heidelberger Volksbank.** Es heißt dort weiter: *"Über den Anzeigenpreis hinausgehende Beträge werden als Spenden auf das Konto der Mission der GRUNK in Paris überwiesen."*

Frankreich: Anerkennung der GRUNK gefordert

In Paris fordert das Büro von 53 Organisationen, die gemeinsam für den Frieden und die Unabhängigkeit der Völker Indochinas kämpfen, von der französischen Regierung die Anerkennung der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha. Das Büro spricht insbesondere im Namen der KPF, der Sozialistischen Partei, der Gewerkschaften C.G.T., C.F.D.T. und F.E.N. (Lehrergewerkschaft). (Aus: Le Monde vom 9. November)

Fortgesetzter Widerstand und verstärkte Unterdrückung in Südvietnam

In Reaktion auf die massiven Demonstrationen der letzten Wochen für den Sturz des Thieu-Regimes haben die Behörden in Saigon angekündigt, daß "alle Personen, die Druckerzeugnisse, Flugblätter, Pressekommuniques oder Fotografien, die der nationalen Sicherheit schaden, verbreiten, aufbewahren oder in Umlauf bringen, mit Gefängnis bestraft werden". Alle Versammlungen sind untersagt. Frau Ngo Ba Thanh, eine der Aktivisten der dritten Kraft, steht unter Hausarrest; trotzdem konnte sie nach draußen mitteilen, daß sie fordert "den sofortigen Rücktritt Thieus, um den Platz für eine einsichtigere Person zu räumen, die bereit ist, mit der dritten Kraft und der Provisorischen Revolutionsregierung zusammenzuarbeiten, in nationaler Versöhnung und Eintracht, um den Frieden wiederherzustellen". (Aus: Le Monde vom 9. November)

Fernseher für Vietnam

Heidelberg. Vor zwei Wochen haben die Indochina-Komitees damit begonnen, Fernseher für den Aufbau eines Fernsehnetzes in Vietnam zu sammeln. **Damit unterstützen wir eine Aktion des Kölner Initiativkomitees für den Aufbau eines Film- und Fernsehwesens in Vietnam. In Heidelberg haben wir uns auch an die Lokalpresse gewandt, die anstandslos unseren Aufruf mit der Angabe der Kontaktadresse des Komitees veröffentlichte. Der Aufruf machte deutlich, daß die Fernseher für Nordvietnam bestimmt sind.**
Auf die Anzeige hin meldeten sich ungefähr 50 bis 60 Menschen, bei denen wir Fernseher abholen konnten. Wir diskutierten mit ihnen über den Zweck der Sammlung und verkauften oder verschenkten die Indochina-Information. Wir stellten fest, daß offensichtlich viele Menschen bereit sind, einen Beitrag zur Unterstützung des Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes zu leisten.
Ein erster Transport von rund 30 Geräten wurde bereits nach Köln gebracht und dem Initiativkomitee übergeben, zum Weitertransport nach Vietnam. Wir werden diese Aktion weiterführen und fordern dazu auf, weiterhin alte oder defekte Fernseher zu spenden.

N.F., Heidelberg

Eine Ausstellung in Peking:

Die Kunst der Arbeiter

Peking. In diesen Wochen findet in Peking eine umfangreiche, außergewöhnliche Gemäldeausstellung statt. Die Künstler sind Arbeiter. Sie kommen aus Schanghaier Schiffswerften, aus den Bergwerken von Dairen und aus Fabriken verschiedener Industriezentren Chinas. In gleicher Weise einmalig und ebenso massenhaft besucht von der Bevölkerung war vor einigen Monaten die Ausstellung von Bauernmalereien aus dem Kreise Huhsiän (Schensi). Die politische Aussagekraft der ausgestellten Bilder und ihre künstlerische Qualität sind ein Erfolg der Linie Mao Tse-tungs und der Großen Proletarischen Kulturrevolution, eine ausgezeichnete Bestätigung der Diktatur des Proletariats in China und ein Schlag ins Gesicht aller Bourgeoisien der Welt.



Von den Kollegen selbst gemalt: Kranarbeiten in luftiger Höhe.

Neben Bildern aus der Revolutionsgeschichte zeigen die Künstler, wie sie in der Gemeinschaft mit anderen arbeiten und heute den Klassenfeind bekämpfen. Sie vergleichen das Elend vor der Befreiung des Landes mit der heutigen Macht des Volkes. Ihre Aussage ist, daß die Massen die Geschichte machen, und daß Revolution und Entwicklung der Produktion zusammengehören.

Die Bilder haben verschiedenste Größen, bis zu mehreren Quadratmetern. Auffällig ist die Vielfalt der Stile. Meist sind sie kontrastreich und sehr farbig. Es gibt viele Farbgraphiken und schwarz-weiße Holzschnitte, die hauptsächlich von Bergarbeitern stammen. Oft dargestellt werden Männer und Frauen an ihrem Arbeitsplatz. Ihre Produktionsgegenstände sind im Verhältnis zu den Menschen riesig. Da sind Ozeanschiffe, gewaltige Zahnräder, Maschinen, Brücken usw. Die Künstler haben einen ausgeprägten Sinn für Perspektiven und Bewegungen. Häufig sind auch Bilder, die die gegenwärtige Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius zum Thema haben. Da werden Szenen von Diskussionen im Betrieb festgehalten – oder auch die gespannten Gesichter beim Lesen einer Wandzeitung. Der Betrachter bemerkt die sichere Pinselführung dieser viele Amateurkünstler.

Diese Galerie ist wie ein Film über die Vielgestaltigkeit des Lebens beim Aufbau des Sozialismus in China. Man sieht Schauspielproben von Arbeiterdarstellern in der Fabrik, die Bedienung eines Hochofens, die Fahrt der ersten produzierten Reihe großer Lastwagen durch die von Menschen umsäumten Straßen von Schanghai, ein politisches Schulungstreffen der Kollegen, Arbeiten am Kran u.v.a. Die Bilder aus dem Arbeitsleben machen deutlich, daß durch gemeinsamen Willen und kollektive und organisierte Anstrengungen die Gegenstände und die Natur im Sinne der arbeitenden Massen veränderbar sind.

Das sind nicht die Bilder praxisferner beobachtender "Künstler". Die Werktätigen schildern selber durch das Mittel der Kunst ihr produktives und kämpferisches Leben. Auch sind diese Bilder oft nicht nur das Produkt eines Einzelnen, sondern der Künstler läßt sich von den Kollegen beraten, was in das Bild gehört, was hervorgehoben werden muß usw. Die Parteikomitees propagieren die proletarische Richtung in der Kunst und leiten die Maler allgemein in inhaltlichen Fragen an. Die Gewerkschaft hat zur technischen Anleitung zahlreiche Mallehrgänge eingerichtet. Die Sicherheit im Ausdruck der gemalten Gesichter und die Schönheit der Formen der die Menschen umgebenden Gegenstände machen klar: im Sozialismus herrscht das Volk, und es hat Freude am Leben.

Mao Tse-tung sagt, daß das in "der Kunst widergespiegelte Leben in seinen Äußerungen erhabener, schärfer ausgeprägt, konzentrierter, typischer und idealer und folglich auch allumfassender als die Alltagswirklichkeit sein kann und sein soll." Kunst muß "den Massen helfen, die Geschichte vorwärtszutreiben." Die Kunst im heutigen China ist tatsächlich eine Waffe im Klassenkampf, und sie spornt die Massen zur Weiterführung der Revolution an. In den Fabriken, in den Dörfern, überall werden von den Arbeitern, Bauern und Soldaten Gemäldeausstellungen organisiert. Die Begeisterung für die Kunst ist sehr groß. In der Pekinger Ausstellung fiel auf, daß viele Menschen – von alten bis zu sechsjährigen Kindern – mit mitgebrachtem Malgerät vor den Bildern standen und sie zu kopieren versuchten. (Auch ich wurde wegen meines ausländischen Gesichtes versteckt skizziert.)

Vor der Kulturrevolution saßen die Revisionisten in den kulturellen Institutionen. Sie versuchten die künstlerisch-schöpferische Betätigung der Massen zu verhindern. Sie propagierten ebenso wie die Kapitalistenklasse überall in der Welt, daß nur ausgewählte Personen, "Genies", Kunst machen könnten. Die Arbeiter und Bauern seien von diesem Kreis ausgeschlossen. Das chinesische Volk hat die weitere Propaganda der Vertreter dieser Linie in ihrem eigenen Land revolutionär verhindert. Die Massen sind die wahren Künstler.

Uwe Kräuter, Peking

Chimurenga (Aufstand)

Von der Mannheimer Gruppe "Drum Links"

Chimurenga Zimbabwe Chimurenga
Chimurenga Zimbabwe Chimurenga

1.
Eines Tages, vor fast 80 Jahren
kamen Kolonialisten nach Zimbabwe gefahren.
Haben Söldner geschicktt und das Land unterdrückt.
Weiße Minderheit gegen schwarze Völkerscharen.

Chimurenga Zimbabwe Chimurenga
Chimurenga Zimbabwe Chimurenga

2.
Mit Armeen und mit Polizei
schützen weiße Siedler ihre Tyrannei
haben Land geraubt und Minen aufgebaut
doch unterdrückte Völker kämpfen sich frei.

Chimurenga Zimbabwe Chimurenga
Chimurenga Zimbabwe Chimurenga

3.
Ausbeutung und Unrecht führt zum Krieg
bei dem der Feind des Volkes letztlich unterliegt
Was am Anfang mißlang dauert jezt nicht mehr lang
führt das Volk von Zimbabwe zum Sieg.

Chimurenga Zimbabwe Chimurenga
Chimurenga Zimbabwe Chimurenga

4.
Und die Ausbeuter können sich nicht freun
ZANU wird die Feinde zerstreun.
Kämpft überall im Land mit der Waffe in der Hand
und sie werden Zimbabwe befrein!

Chimurenga Zimbabwe Chimurenga
Chimurenga Zimbabwe Chimurenga
Chimurenga!

Kindermarsch ins Rathaus



In der Obdachlosensiedlung von Mannheim müssen die Kinder wegen der beengten Wohnverhältnisse auf der Straße spielen. Das bringt Gefahren mit sich, und viele Kinder sind schon angefahren worden. Die Stadt hat die Eltern schon lange vertröstet, für die Kinder was zu tun. Nichts aber geschah, außer, daß jetzt in einem freien Gelände, wo schon lange ein Spielplatz hin soll, die Stadt Parkplätze bauen will. Das haben die Bewohner und die Kinder aber nicht hingenommen und so zogen sie mit 50 Kindern und einigen Eltern zum Rathaus und stellten Oberbürgermeister Ratzel zur Rede. Als er die vielen Kinder mit ihren Plakaten sah, wurde er sichtlich nervös und versprach, etwas für die Kinder zu tun. Diese nahmen ihn beim Wort und werden ihn, wenn nötig, auch wieder mal daran erinnern. Wenn nötig, noch deutlicher. Auf unserem Bild sehen wir sie mit ihren Transparenten auf dem Platz bei der Siedlung.

